



3

Staatsrechnung

Zusatzerläuterungen
und Statistik

2010

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.300.10d

INHALTSÜBERSICHT

Band 1 Bericht zur Bundesrechnung

Zahlen im Überblick
Kommentar zur Jahresrechnung
Jahresrechnung
Kennzahlen
Bundesbeschluss

Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen

Rechnungspositionen
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen

Rechnungspositionen
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
Zusätzliche Informationen zu den Krediten

Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik

Zusatzerläuterungen
Statistik

Band 4 Sonderrechnungen

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte
Infrastrukturfonds
Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
Eidgenössische Alkoholverwaltung

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Zentral ist das Kapitel «Jahresrechnung», welches die Finanzierungs- und Mittelflussrechnung, die Erfolgsrechnung, die Bilanz, die Investitionsrechnung und den Eigenkapitalnachweis sowie den Anhang enthält. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks. In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Krediten ausgewiesen. Im Vordergrund steht die Rechenschaftsablage über die Verwendung der Kredite im Vergleich zum Budget. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Voranschlagskrediten und Ertragspositionen (Kapitel «Rechnungspositionen») die Aufwände und Erträge für die Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten

enthalten. *Band 2A* enthält die Zahlen, *Band 2B* die Begründungen. *Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» unter anderem vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsfunktionen sowie die FLAG-Steuerung. Der Statistikeil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

Band 4 enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden. Im Jahr 2010 waren dies die Sonderrechnungen für den Fonds für die Eisenbahngrossprojekte, den Infrastrukturfonds, den ETH-Bereich und die Eidgenössische Alkoholverwaltung.

Zusatzerläuterungen und Statistik

Seite

Zusatzerläuterungen		5
1	Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen	7
11	Direkte Bundessteuer	8
12	Verrechnungssteuer	9
13	Stempelabgaben	12
14	Mehrwertsteuer	13
15	Mineralölsteuer	14
16	Schwerverkehrsabgabe	15
17	Qualität der Einnahmenschätzungen	16
2	Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	19
21	Soziale Wohlfahrt	20
22	Finanzen und Steuern	21
23	Verkehr	23
24	Landesverteidigung	25
25	Bildung und Forschung	26
26	Landwirtschaft und Ernährung	27
27	Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit	28
28	Übrige Aufgabengebiete	29
3	Querschnittsfunktionen	31
31	Personal	31
32	Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)	33
33	Bundestresorerie	35
34	Beratungsaufwand	38
35	Öffentlichkeitsarbeit	39
4	Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	41
5	Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	45
6	Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	49
7	Aufgabenüberprüfung: Stand der Umsetzung	51
Statistik		57
A	Übersicht	63
B	Finanzierungsrechnung	67
C	Erfolgsrechnung	89
D	Bilanz	97
E	Bundestresorerie	109
F	Personal	113

ZUSATZERLÄUTERUNGEN



Entwicklung der Einnahmen

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
				absolut	%
Ordentliche Einnahmen	60 949	58 208	62 833	1 884	3,1
Fiskaleinnahmen	55 890	53 822	58 157	2 267	4,1
Direkte Bundessteuer	17 877	16 485	17 886	9	0,0
Verrechnungssteuer	4 380	3 010	4 723	343	7,8
Stempelabgaben	2 806	2 650	2 855	49	1,8
Mehrwertsteuer	19 830	20 260	20 672	842	4,2
Übrige Verbrauchssteuern	7 279	7 390	7 602	323	4,4
Mineralölsteuer	5 183	5 055	5 134	-49	-0,9
Tabaksteuer	1 987	2 229	2 356	370	18,6
Biersteuer	110	106	112	2	2,0
Verkehrsabgaben	2 114	1 945	2 210	96	4,6
Automobilsteuer	312	325	373	61	19,6
Nationalstrassenabgabe	351	320	347	-3	-0,9
Schwerverkehrsabgabe	1 452	1 300	1 490	38	2,6
Zölle	1 033	920	1 079	46	4,5
Spielbankenabgabe	415	370	381	-34	-8,1
Lenkungsabgaben	151	792	748	596	394,5
Übrige Fiskaleinnahmen	4	-	0	-4	-92,2
Regalien und Konzessionen	1 354	1 323	1 391	37	2,8
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	246	233	243	-3	-1,1
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumschlags	53	62	74	21	39,5
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	187	168	209	22	11,6
Übrige Regalien und Konzessionen	35	27	32	-3	-7,4
Finanzeinnahmen	1 608	1 212	1 233	-375	-23,3
Zinseinnahmen	535	429	360	-175	-32,7
Beteiligungseinnahmen	771	775	790	20	2,5
Übrige Finanzeinnahmen	303	8	83	-219	-72,5
Übrige laufende Einnahmen	1 802	1 668	1 720	-83	-4,6
Entgelte	1 396	1 257	1 272	-124	-8,9
Wehrpflichtersatzabgabe	148	140	155	8	5,3
Gebühren	227	207	217	-11	-4,7
Rückerstattungen	198	98	108	-90	-45,4
EU Zinsbesteuerung	166	186	120	-46	-27,6
Übrige Entgelte	657	626	672	15	2,2
Verschiedene Einnahmen	406	412	447	41	10,1
Investitionseinnahmen	295	183	333	38	12,7

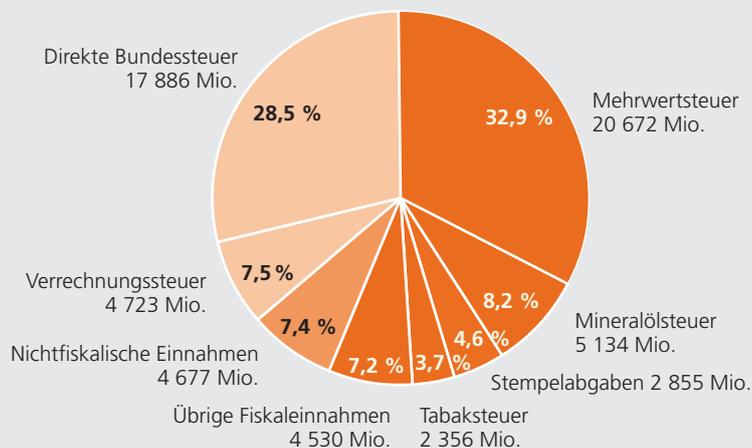
Die Grafik auf der nächsten Seite zeigt die Zusammensetzung der ordentlichen Einnahmen des Bundes im Rechnungsjahr. Im Vergleich zum Vorjahr ergaben sich die grössten Verschiebungen bei den Sammelkategorien übrige Fiskaleinnahmen (Anteil: +0,9 %-Pkt.) und nichtfiskalische Einnahmen (Anteil: -0,9 %-Pkt.):

- Zu den *übrigen Fiskaleinnahmen* zählen u.a. die Tabaksteuer, die Verkehrsabgaben und die Zölle. Das überdurchschnittliche Wachstum war getrieben durch die Lenkungsabgaben (ordentliche Verbuchung der CO₂-Abgabe ab 2010) und die Tabaksteuer (einmaliger Effekt aus der Einführung von Steuerfreilagern im Vorjahr).
- Bei den *nichtfiskalischen Einnahmen* waren insbesondere die Finanzeinnahmen rückläufig, bedingt durch den Wegfall des Coupons aus der UBS-Pflichtwandelanleihe und die tieferen Zinseinnahmen.

Der *Anteil der direkten Steuern* nimmt leicht ab auf 36,0 Prozent (2009: 36,5 %) der ordentlichen Einnahmen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die direkte Bundessteuer praktisch auf dem Vorjahresniveau verharrt und deshalb ein kleineres Stück am Einnahmenkuchen ausmacht (-0,8 %-Pkt.). Auch der zunehmende Anteil der Verrechnungssteuer (+0,4 %-Pkt.) konnte dies nicht verhindern. Dagegen erhöht sich der *Anteil der indirekten Steuern* (d.h. alle anderen Fiskaleinnahmen) von 55,2 Prozent auf 56,5 Prozent, bedingt durch die überdurchschnittlichen Zuwachsraten der Mehrwertsteuer (Anteil: +0,4 %) und – wie bereits erwähnt – der übrigen Fiskaleinnahmen.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen ausführlich kommentiert und die Qualität der Einnahmenschatzung analysiert.

Struktur der Einnahmen 2010

Ordentliche Einnahmen
R 2010: 62 833 Mio.

11 Direkte Bundessteuer

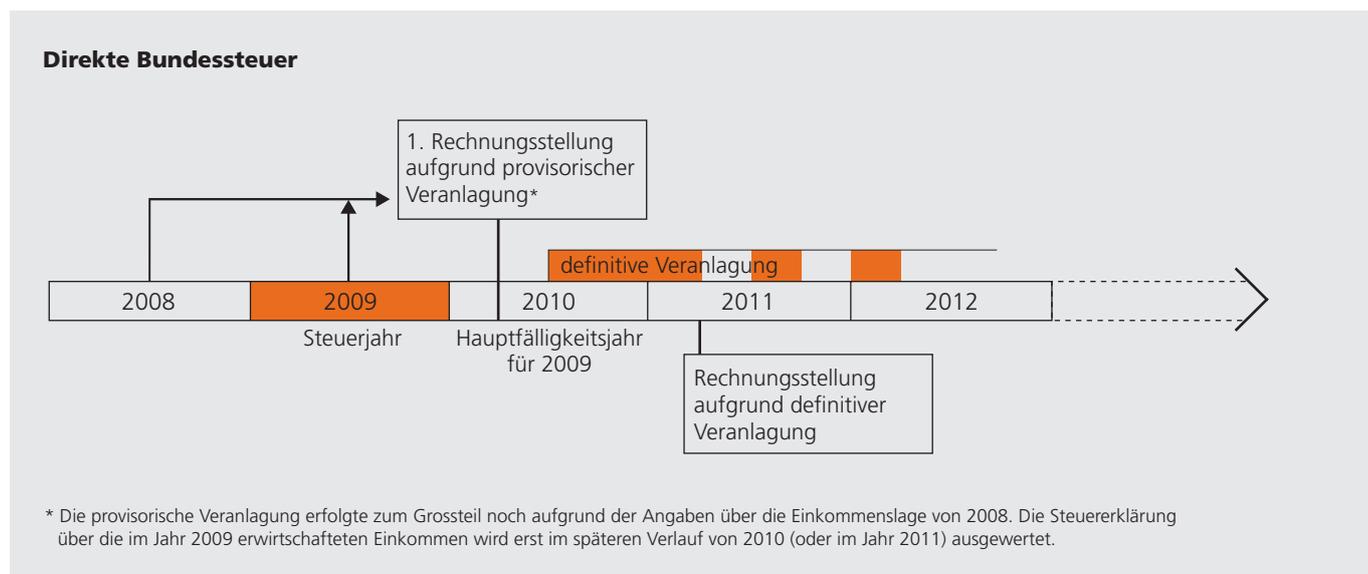
Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Direkte Bundessteuer	17 877	16 485	17 886	9	0,0
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	29,3	28,3	28,5		
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	8 157	7 491	8 088	-69	-0,9
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 877	9 114	9 980	103	1,0
Pauschale Steueranrechnung	-157	-120	-182	-25	15,8

Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen der natürlichen Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Die Vereinnahmung der Steuer aus einem bestimmten Steuerjahr kann sich aber über mehrere Jahre erstrecken. Der Grund dafür liegt im *Veranlagungs- und Bezugsverfahren* der direkten Bundessteuer: Zwischen der ersten provisorischen Rechnungsstellung aufgrund der letzten Steuererklärung und der definitiven Veranlagung bzw. dem nachfolgenden Bezug der direkten Bundessteuer durch die Kantone vergehen mindestens ein bis zwei Jahre (vgl. Schema). Das Rechnungsjahr 2010 war das sogenannte «Hauptfälligkeitsjahr» für die Steuerperiode 2009. Im Hauptfälligkeitsjahr stammen in der Regel rund 75 Prozent der Einnahmen aus der Steuerperiode im Vorjahr. Der Rest rührt aus früheren Steuerperioden und zu einem kleinen Teil aus frühzeitigen Fälligkeiten (z.B. Quellensteuern, ratenweiser Vorausbezug). Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden Verteilungsannahmen getroffen, die zusammen mit der Prognose der Sollerträge eine wichtige Rolle bei der Schätzung der Einnahmen der direkten Bundessteuer spielen.

Die *Bedeutung der bereits frühzeitig entrichteten Steuern* hat in den letzten beiden Jahren stark zugenommen. Dafür verantwortlich ist der vermehrte Einsatz des ratenweisen Vorausbezugs der direkten Bundessteuer durch die Kantone. Dadurch erhalten die Steuerpflichtigen die Möglichkeit (aber nicht die Pflicht), ihre Steuerrechnung für ein bestimmtes Steuerjahr bereits im selben Kalenderjahr zu begleichen. Das System des ratenweisen Vorausbezugs wurde bis anhin in den Kantonen Waadt, Genf sowie neu auch im Kanton Freiburg eingeführt. Im Rechnungsjahr 2010 belaufen sich die vorzeitig fälligen Beträge auf rund 1,6 Milliarden oder rund 9 Prozent der gesamten Einnahmen aus der direkten Bundessteuer. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von annähernd 30 Prozent. Der Hauptteil dieses starken Zuwachs ist auf die beschriebenen Ratenzahlungen zurückzuführen. Die ratenweise Begleichung der direkten Bundessteuern erfreut sich somit einer steigenden Beliebtheit bei den Steuerpflichtigen. Dieser Trend dürfte auch in den kommenden Jahren anhalten, insbesondere weil auch andere Kantone vor der Einführung eines solchen Bezugssystems stehen.

Die beschriebene Entwicklung – zumal in diesem Ausmass – war zum Zeitpunkt der Budgetierung allerdings nicht vorhersehbar. So wurden im Voranschlag die Einnahmen aus frühzeitigen Fälligkeiten aufgrund der damaligen Erfahrungen auf rund 0,3 Milliarden geschätzt. Dieser Wert wurde nun gemäss Rechnungsergebnis um 1,3 Milliarden übertroffen.

Im Vergleich zu den Einnahmen 2009 ist die Entwicklung im 2010 also zu rund 300 Millionen auf die Vorverschiebung der Zahlungen zurückzuführen. Bereinigt um diesen Effekt, wäre die direkte Bundessteuer sogar rückläufig und damit Ausdruck der Rezession im 2009, welche sich bei dieser Steuer veranlagungsbedingt verzögert auswirkt.



12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Verrechnungssteuer	4 380	3 010	4 723	343	7,8
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,2	5,2	7,5		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	4 373	3 000	4 714	341	7,8
Steuerrückbehalt USA	7	10	10	3	35,0

Der Ertrag aus der *Verrechnungssteuer (Schweiz)* ergibt sich aus der Differenz zwischen den Steuereingängen (26,1 Mrd.) und den Rückerstattungen (21,3 Mrd.). Er erreichte damit erneut ein hohes Niveau (4,7 Mrd.). Im Vorjahresvergleich nahm er um beinahe 350 Millionen (+7,8%) zu, doch er liegt um 1,7 Milliarden unter dem Rekordbetrag des Jahres 2008 (6,4 Mrd.). Das Ergebnis übertraf bei weitem den budgetierten Betrag, der auf der Grundlage eines langjährigen Mittels von drei Milliarden errechnet wurde. Entgegen den Befürchtungen schlugen sich jedoch weder die Wirtschaftsrezession im 2009 noch die Schwierigkeiten im Bankensektor mit der gewohnten Verzögerung bei den Dividendenausschüttungen im Folgejahr in Form eines geringeren Gesamtvolumens nieder. Die Zunahme in der Rechnung 2010 erklärt sich im Gegenteil dadurch, dass hohe Mehreinnahmen aus Dividendenausschüttungen mit einer relativ stabilen

Rückerstattungsrate zusammenfielen. Den Kantonen fliesst ein Anteil von zehn Prozent am Steuerertrag zu.

Eingänge 2010

2010 weisen die *Eingänge* wieder einen Aufwärtstrend auf, nachdem sie in den beiden vergangenen Jahren rückläufig waren. Absolut gesehen verstecken sich hinter der verzeichneten Erhöhung (2,3 Mrd. oder +9,9%) jedoch gegenläufige Entwicklungen. Auf der einen Seite nahmen die Eingänge aus *Dividendenausschüttungen* stark zu, obwohl sie teilweise die Unternehmensergebnisse des Rezessionsjahres 2009 betrafen. Auch die Eingänge aus den *Rückkaufprogrammen* (4,0 Mrd.) verzeichneten eine markante Zunahme. Diese Einnahmen beliefen sich auf insgesamt 19 Milliarden gegenüber 16 Milliarden im Vorjahr,

fielen also um 22,3 Prozent höher aus. Auch die Einnahmen aus den *anderen Investitionen*, die 2009 stark rückläufig waren, nahmen leicht zu. Von 2,0 Milliarden im Jahre 2009 stiegen sie auf 2,2 Milliarden, was hauptsächlich auf eine grössere Attraktivität der Anlagefonds zurückzuführen ist.

Die Eingänge aus *Obligationen* (3,0 Mrd.) nahmen dagegen ab (-382 Mio. oder -11,3 %). Ausserdem verzeichneten vor allem die Eingänge aus *Kundenguthaben bei den Banken* einen sehr starken Rückgang; sie sanken von 2,3 Milliarden auf 1,3 Milliarden (-42,8 %). Ursache dieser Entwicklung sind die bereits seit einiger Zeit tiefen Zinssätze sowie die ersten Auswirkungen der Franchise-Erhöhung auf 200 Franken, die Anfang 2010 in Kraft trat.

Rückerstattungen 2010

Die *Rückerstattungsgesuche* können mit einer mehr oder weniger grossen zeitlichen Verzögerung eingereicht werden, ein Teil davon frühestens nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Leistung steuerpflichtig wird. Die vorhandenen Statistiken lassen einzig eine Aufschlüsselung der Rückerstattungen nach Kategorien von Anspruchsberechtigten zu.

2010 beliefen sich die *Rückerstattungen* auf 21,3 Milliarden (siehe vorstehende Tabelle); sie wuchsen demnach ähnlich stark (10,4 %) wie die Eingänge. In absoluten Zahlen ausgedrückt entfällt etwa die Hälfte der Zunahme (2,0 Mrd.) auf die Rückerstattungen an *natürliche Personen mit Wohnsitz in der Schweiz* (+ 1009 Mio., d.h. +21,5 %) und die andere Hälfte auf die Rückerstattungen an *juristische Personen mit Sitz in der Schweiz* (+962 Mio., d.h. +8,5 %). Die Rückerstattungen an *Antragsteller mit Wohnsitz im Ausland* blieben dagegen praktisch unverändert (+42 Mio.).

Gemäss Rechnungslegungsregeln zur *zeitlichen Abgrenzung* berücksichtigt das Total der Rückerstattungen die Abgrenzungen am Jahresende in Höhe von 2,4 Milliarden, die den Anträgen um Steuererrückerstattung für das Jahr 2010 entsprechen, welche bis zum 10.1.2011 eingereicht wurden oder mit Gewissheit erwartet werden können. Insgesamt wurden für die Verrechnungssteuereingänge Abgrenzungen in Höhe von 624 Millionen vorgenommen.

Budgetierungsmethode

Die *Einnahmen* aus der Verrechnungssteuer unterliegen jedes Jahr starken Schwankungen, und zwar wegen punktuellen, von Natur aus unvorhersehbaren Einflüssen, aber auch aufgrund der Besonderheiten dieser Steuer. Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer werden *durch eine Subtraktion* ermittelt, indem die auf Anfrage effektiv vorgenommenen Rückerstattungen von den stark volatilen Eingängen abgezogen werden. Die Entwicklung dieser Steuer wird aber jedes Jahr vor allem dadurch beeinflusst, wie weit die Verbuchung der Eingänge und die Einreichung der entsprechenden Rückerstattungsgesuche *zeitlich auseinanderliegen*. *Nicht parallel verlaufende Variationen* in der Entwicklung der Eingänge und der Rückerstattungen können grosse Schwankungen verursachen.

Angesichts der Unmöglichkeit, die zahlreichen Faktoren, welche die Volatilität der Steuer verursachen, in der Budgetprognose zu berücksichtigen, beruht die Budgetierung der letzten Jahre auf dem *langjährigen Durchschnittsbetrag* von drei Milliarden. Dieser Durchschnitt wurde jedoch seit einiger Zeit regelmässig übertroffen, so auch 2010. Das lässt vermuten, dass die Einnahmen aus dieser Steuer seit einigen Jahren aus strukturellen Gründen höher ausfallen als zwischen 1994 und 2003 beobachtet wurde. Der genannte Zeitraum von zehn Jahren diente als Referenz für die Schätzung des langjährigen Durchschnitts, der seit 2005 dem Voranschlag zu Grunde gelegt wird. Die Schätzung wurde Jahr für Jahr überprüft.

Trotz hoher Werte in den Jahren 2005 bis 2008 war der genannte Betrag im Voranschlag 2010 nicht nach oben korrigiert worden, da für 2010 eine Fortsetzung der Rezession erwartet wurde. Die tatsächlichen Einnahmen im Jahre 2010 zeigen nun, dass sich der *höhere Steuerertrag* in der Hochkonjunktur von 2005 bis 2007 trotz abgeschwächter Wirtschaftstätigkeit in den Jahren 2008 und 2009 als dauerhaft erweist. Zudem erscheint es immer wahrscheinlicher, dass die Ergebnisse der letzten Jahre Ausdruck einer *steigenden Grundtendenz* sind.

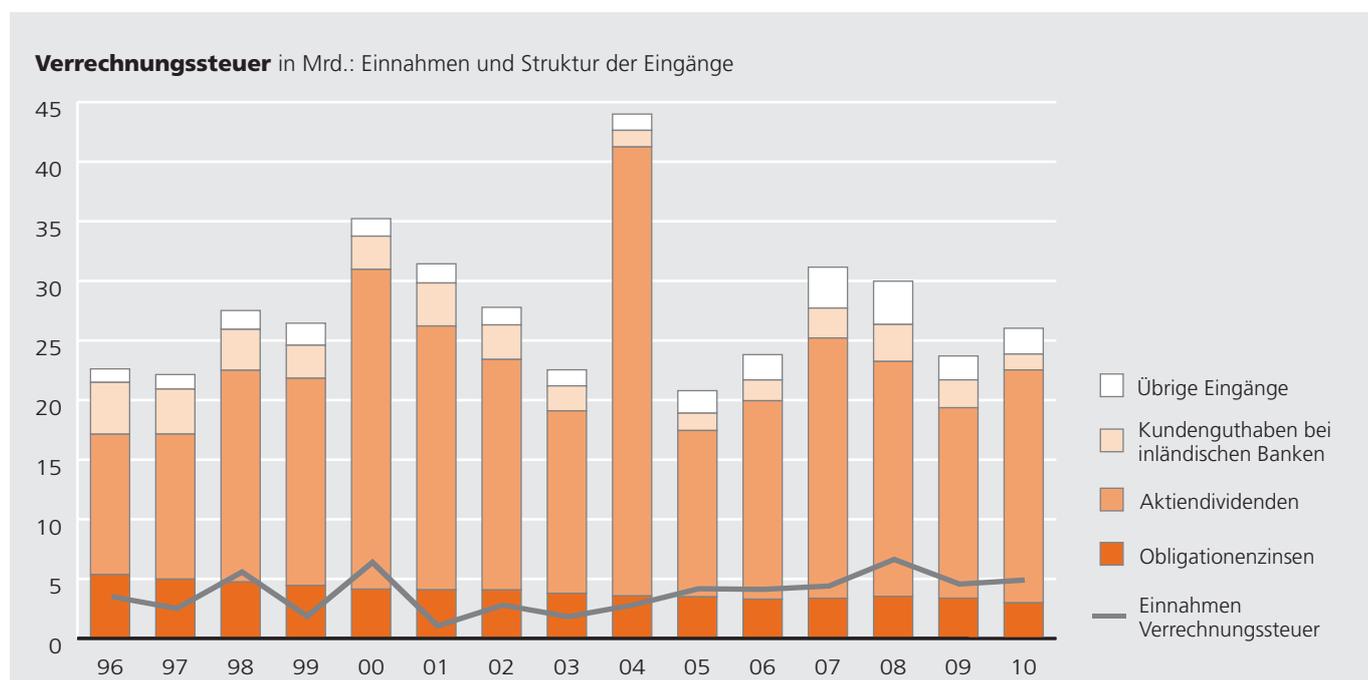
Die Gründe für die Entwicklungsdynamik des Verrechnungssteuerertrags sind weiterhin unklar. Um eine detailliertere Analyse dieses Steuerertrags vornehmen zu können, bedürfte es

Verrechnungssteuer - Komponenten und Rückerstattungsquote

Mio. CHF	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Eingänge	27 785	22 544	44 008	20 791	23 818	31 152	29 980	23 702	26 056
Veränderung in %	-11,6	-18,9	95,2	-52,8	14,6	30,8	-3,8	-20,9	9,9
Rückerstattungen	25 180	20 911	41 388	16 811	19 891	26 941	23 534	19 329	21 342
Veränderung in %	-17,7	-17,0	97,9	-59,4	18,3	35,4	-12,6	-17,9	10,4
Bund	13 657	9 386	9 751	10 051	13 713	19 690	16 140	11 249	12 211
Kantone	4 030	4 057	3 444	3 074	3 374	3 277	4 042	4 683	5 693
DBA	7 493	7 468	28 193	3 686	2 804	3 974	3 351	3 397	3 439
Verrechnungssteuer (Schweiz)	2 605	1 632	2 620	3 979	3 927	4 211	6 446	4 373	4 714
Veränderung in %	205,5	-37,3	60,5	51,9	-1,3	7,2	53,1	-32,2	7,8
Rückerstattungsquote in %	90,6	92,8	94,0	80,9	83,5	86,5	78,5	81,6	81,9

einer Statistik, die jede Rückerstattung einem Zahlungseingang zuordnen könnte. Die Besonderheiten der Verrechnungssteuer verunmöglichen jedoch eine solche Zuordnung. So ist nicht in Erfahrung zu bringen, ob ausser der günstigen Konjunktur für die Schweizer Wirtschaft in letzter Zeit noch weitere Faktoren für dauerhafte Mehreinnahmen sorgten. Unter anderem könnte das veränderte Verhalten mancher Wirtschaftsakteure (Steuerhinterziehung) oder Portefeuille-Umschichtungen (Änderung des ausländischen Anteils am einheimischen beweglichen Vermögen) zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Im Rahmen der Finanzplanung 2012–2015 wird die *Budgetierungsmethode* für die Verrechnungssteuer derzeit überprüft. Angesichts des Aufwärtstrends des Ertrags, der sich zu bestätigen scheint und der mit zyklischen, aber auch zufallsbedingten Schwankungen zusammenfällt, erweist sich nach eingehender Prüfung eine glättende Schätzmethode im vorliegenden Fall als das prognosetauglichste Instrument. Angesichts des sehr hohen Betrags, der 2010 schliesslich erreicht wurde, ist eine Korrektur der bisherigen Schätzungen nach oben in den kommenden Jahren unerlässlich.



13 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Stempelabgaben	2 806	2 650	2 855	49	1,8
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	4,6	4,6	4,5		
Emissionsabgabe	672	575	779	107	15,9
Umsatzabgabe	1 472	1 400	1 417	-55	-3,7
Inländische Wertpapiere	228	150	232	4	1,8
Ausländische Wertpapiere	1 244	1 250	1 185	-59	-4,7
Prämienquittungsstempel	662	675	659	-3	-0,4

Entgegen den Befürchtungen verzeichnete der *Ertrag aus den Stempelabgaben* im 2010 keinen weiteren Rückgang, sondern sogar eine leichte Zunahme, die er einer substanziellen Aufstockung der abgabepflichtigen Obligationenanleihen verdankt. Er fiel daher spürbar höher aus als der veranschlagte Wert. Der Rückgang beim Umsatzstempel hingegen setzte sich fort, doch er fiel etwas weniger deutlich aus als budgetiert. Auch die Prämienquittungsstempel gingen geringfügig zurück.

Die Einnahmen aus den *Emissionsabgaben* verzeichneten eine starke Zunahme. Sie brachten insgesamt 204 Millionen mehr ein als budgetiert. Hinter dieser Differenz verstecken sich gegenläufige Entwicklungen:

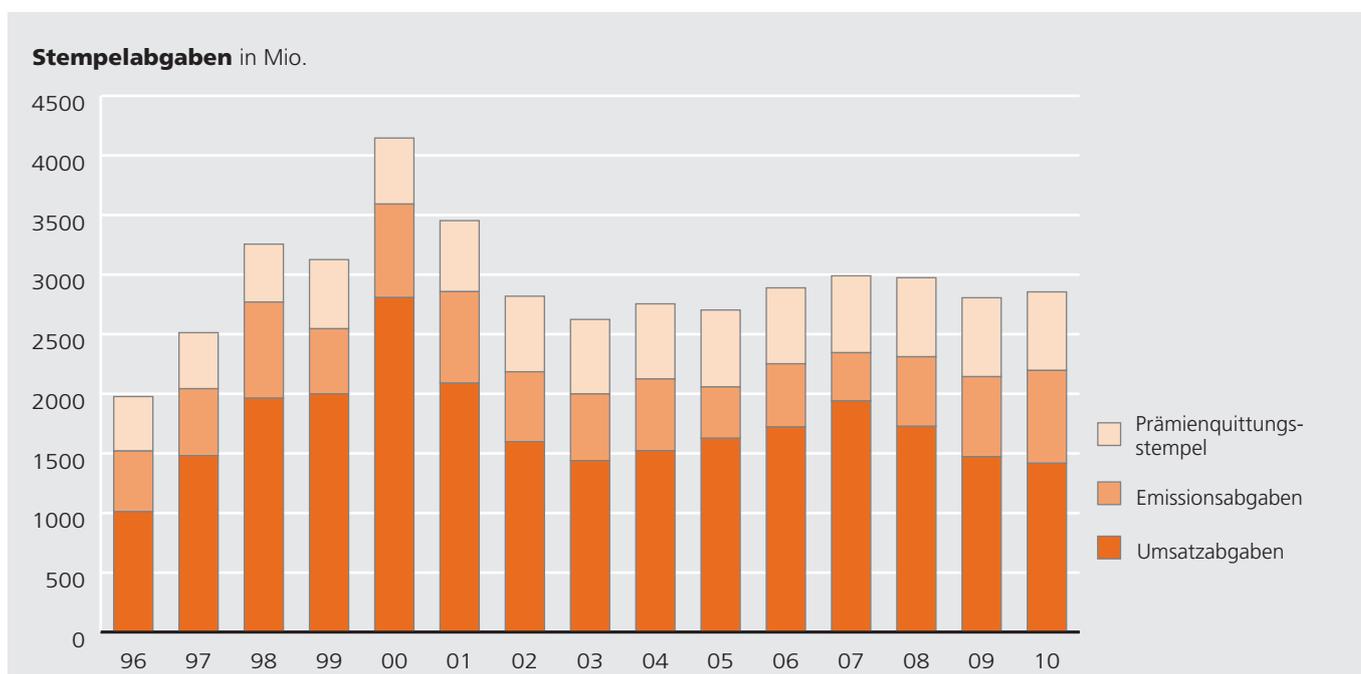
- Zum einen übertrafen die Emissionsabgaben auf *Obligationenanleihen und Geldmarktpapieren* die Erwartungen bei weitem. Sie erzielten einen Höchststand von 527 Millionen, während sie 2009 nur 341 (+186 Mio.) und 2008 lediglich 219 Millionen erreichten. Gegenüber dem Budget beträgt die Abweichung demnach 252 Millionen. Trotz tiefer Zinssätze wurden die Anleihen von Schweizer Schuldner im 2010 stark nachgefragt, vielleicht weil die hohe Bewertung des Schweizer Frankens damit zusammenfiel, dass die Lage auf den Finanzmärkten wegen der Unsicherheit bezüglich

der Stabilität im Euroraum erneut angespannt war. Als Folge davon nahmen insbesondere die Emissionen im Finanzsektor markant zu, welche 2009 stagniert hatte. Ausserdem trug auch die Verlängerung der Laufzeit mancher Anleihen zu den Mehreinnahmen aus den Emissionsabgaben bei, da eine solche Verlängerung nicht nur nach dem nominellen Wert der Anleihe, sondern auch nach deren Dauer berechnet wird.

- Die Abgaben auf den *Beteiligungsrechten* dagegen waren das zweite Jahr in Folge rückläufig. Sie betrug lediglich 252 Millionen gegenüber 331 Millionen im Vorjahr und fielen damit etwas geringer aus (-79 Mio.) als die budgetierten 300 Millionen.

Wie bei der Budgetierung erwartet, setzte sich der Rückgang bei der *Umsatzabgabe* zum dritten Mal in Folge fort, wenn auch langsamer.

- Der *budgetierte Betrag* wurde leicht übertroffen (+17 Mio.). Die Aktienmärkte zeichneten sich 2010 durch eine starke Volatilität aus. Insgesamt erfuhren die Börsenkurse in den ersten Monaten des Jahres eine weitere Steigerung, wurden danach im zweiten Halbjahr unter dem Einfluss der Schul-



denkrise in der Eurozone jedoch korrigiert. In der zweiten Jahreshälfte zeichnete sich dank allgemein günstiger makroökonomischer Eckwerte und dank insgesamt positiver Unternehmensergebnisse eine Besserung ab. Die Gesamtvolumen der abgabepflichtigen Geschäfte waren allerdings wie erwartet erneut rückläufig.

- Die Mindereinnahmen *gegenüber dem Vorjahr* (-55 Mio.) sind auf die Abgaben im Bereich der ausländischen Wertpapiere zurückzuführen, auf die über 80 Prozent dieser Abgabekategorie entfallen; sie erreichten weder das Ergebnis von 2009 (-59 Mio.) noch den budgetierten Wert (-65 Mio.). Im

Gegensatz dazu verzeichneten die Abgaben auf inländischen Wertpapieren gegenüber der Rechnung 2009 eine sehr geringfügige Zunahme. Deshalb übertrafen sie schliesslich den veranschlagten Wert (+82 Mio.), der stark unterschätzt worden war.

Der Ertrag aus dem *Prämienquittungsstempel*, der sich seit 2007 regelmässig geringfügig erhöht hatte, nahm dagegen wieder ein wenig ab und erreichte den veranschlagten Betrag nicht ganz. Insbesondere die Anlagen in Form von Lebensversicherungen, die mit Einmalprämien finanziert werden, verzeichneten gegenüber dem Rechnungsjahr 2009 einen Rückgang von 3,9 Prozent.

14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Mehrwertsteuer	19 830	20 260	20 672	842	4,2
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	32,5	34,8	32,9		
Allgemeine Bundesmittel	16 065	16 430	16 751	685	4,3
Zweckgebundene Mittel	3 765	3 830	3 921	157	4,2
Krankenversicherung 5%	849	860	884	35	4,2
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 167	2 210	2 257	90	4,2
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	444	450	462	18	4,2
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	305	310	318	13	4,2

Die Mehrwertsteuereinnahmen liegen mit 20,7 Milliarden um 842 Millionen oder 4,2 Prozent höher als in der Vorjahresrechnung. Der Voranschlagswert wird um 412 Millionen oder 2,0 Prozent übertroffen. Dabei ist zu beachten, dass im Voranschlagswert – nicht aber im Einnahmenwert – der Bundesanteil an den Bussen und Zinsen aus der Mehrwertsteuer enthalten ist; ohne diesen Sonderfaktor (44 Mio.) beträgt der Zuwachs 456 Millionen. Das Einnahmenwachstum fällt somit deutlich höher aus als das nominale Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 (2,0 Prozent). Dieses starke Wachstum im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt steht in direktem Zusammenhang mit dem vergleichsweise ebenfalls starken Einbruch der Mehrwertsteuereinnahmen im Jahr 2009.

Damals wurde der Schweizer Aussenhandel von der globalen Wirtschaftskrise erfasst. Die Importe verzeichneten gemäss der Aussenhandelsstatistik einen Rückgang von rund 14 Prozent und mit ihnen auch jener Teil der Mehrwertsteuer, welcher auf der Einfuhr von Gegenständen erhoben wird. Der Rückgang der Einfuhrsteuer bewirkte einen ebenfalls starken Rückgang der Vorsteuerabzüge und damit einen Anstieg bei der im Inland erhobenen Mehrwertsteuer. Dieser positive Effekt auf die Mehrwertsteuerforderungen wirkte sich allerdings verzögert aus: Während die Einfuhrsteuer bereits beim Import fällig wird, können die tieferen Vorsteuerabzüge erst mit der nächsten Mehrwertsteuerabrechnung geltend gemacht werden. Dazwischen können mehrere Monate vergehen. In der Folge erlebten die Mehrwertsteuereinnahmen einen im Vergleich zum nominalen

Bruttoinlandprodukt (-1,6%) überdurchschnittlichen Rückgang von 3,3 Prozent.

Im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung verzeichnete auch der Schweizer Aussenhandel im Jahr 2010 einen unerwarteten und kräftigen Aufschwung. Die Importe legten im Vergleich zum Vorjahr um über 8 Prozent zu. Von dieser Entwicklung konnten die Mehrwertsteuereinnahmen des Bundes in doppelter Hinsicht profitieren: Einerseits führte die Erholung der Importe zu einem unmittelbaren Anstieg der Einfuhrsteuern, andererseits setzte die Trendwende bei den Vorsteuerabzügen aufgrund der abrechnungsbedingten Verzögerung erst einige Monate später ein als bei den Importen. Das starke Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen im Rechnungsjahr ist somit als gegenläufiger Aufholeffekt nach dem starken Einbruch im Vorjahr zu verstehen.

Weiter wurde im Rechnungsjahr 2010 das revidierte Mehrwertsteuergesetz in Kraft gesetzt. Damit wurden verschiedene Massnahmen umgesetzt, die bei den steuerpflichtigen Unternehmen für zahlreiche administrative Vereinfachungen und entsprechende Kosteneinsparungen sorgen. Gleichzeitig wurde beim Bund mit spürbaren Mindereinnahmen gerechnet. Die letzten verfügbaren Schätzungen rechnen mittelfristig mit Mindereinnahmen von rund 540 Millionen, wovon allein 360 Millionen im Einführungsjahr erwartet wurden. Bereinigt um diese finanziellen Auswirkungen der Mehrwertsteuerreform erhöht sich das Einnahmenwachstum im Rechnungsjahr auf 6,1 Prozent.

Ein solches Wachstum erscheint allerdings angesichts einer Zunahme des nominalen BIP von vergleichsweise nur 2,0 Prozent sehr hoch. Zwar ist eine Revision der BIP-Jahresdaten durch das BFS im Sommer durchaus möglich und damit eine Neueinschätzung denkbar. Gleichzeitig sind die oben beschriebenen Effekte nicht genau quantifizierbar. Deshalb ist aus heutiger Sicht auch keine abschliessende Aussage darüber möglich, ob die Ausfälle aufgrund der Mehrwertsteuerreform im geschätzten Ausmass eingetreten sind.

Die Einnahmen werden nach dem Forderungsprinzip ausgewiesen. Dies bedeutet, dass insbesondere die bereits ausgestellten Rechnungen dem Rechnungsjahr als Einnahmen angerechnet werden. Erfahrungsgemäss wird nicht der gesamte Bestand der

offenen Debitoren vereinnahmt. Aus diesem Grund ergeben sich auch Debitorenverluste, welche als Aufwand separat ausgewiesen werden. Im Rechnungsjahr beliefen sich die Debitorenverluste auf 167 Millionen. Die in der Tabelle ausgewiesenen zweckgebundenen Anteile der Mehrwertsteuer enthalten jeweils noch die Debitorenverluste. Für die Berechnung der daraus abgeleiteten Transferausgaben, z.B. an die AHV, müssen deshalb die Debitorenverluste noch in Abzug gebracht werden. Der AHV stehen deshalb nicht die gesamten 2719 Millionen (2257 zuzüglich Bundesanteil von 462 Mio.) zu, sondern effektiv nur 2697 Millionen (2239 zuzüglich Bundesanteil von 459 Mio.). Der Anteil der Mehrwertsteuer an der Einlage in den FinöV-Fonds beträgt nach Abzug der anteiligen Debitorenverluste 316 Millionen.

15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut %	
Mineralölsteuer	5 183	5 055	5 134	-49	-0,9
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,5	8,7	8,2		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 087	3 010	3 063	-24	-0,8
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 072	2 020	2 050	-22	-1,0
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	24	25	20	-3	-14,0

Der Ertrag aus den Mineralölsteuern hängt von verschiedenen Faktoren ab. Hauptbestimmungsgrössen sind der Fahrzeugbestand, die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer und der durchschnittliche Treibstoffverbrauch pro Kilometer.

2010 waren 5,4 Millionen Strassenmotorfahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert. Der Bestand hat im Rechnungsjahr um 1,7 Prozent zugenommen (2009: +0,5%). Was die Anzahl zurückgelegter Kilometer anbelangt, so hängt ihre Entwicklung von der Konjunktur als auch von den Wetterverhältnissen ab, auf welche insbesondere der Freizeitverkehr stark reagiert. Der durchschnittliche Verbrauch ist im Jahr 2009 erstmals auf unter 7 Liter je 100 km gesunken.

Bisherige Beobachtungen lassen darauf schliessen, dass ein Konjunkturaufschwung, wie er im 2010 erfolgte, bei Unternehmen und Privaten tendenziell einen Mehrverbrauch an Treibstoff nach sich zieht, was entsprechende Mehreinnahmen zur Folge hat. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer fallen 2010 trotz stärker steigendem Fahrzeugbestand und anziehender Konjunktur jedoch tiefer aus als im Vorjahr. Dies dürfte auf sinkende Einnahmen aus dem Tanktourismus (tiefer Euro-Kurs) zurückzuführen sein.

Die Hälfte der Nettoeinnahmen aus der Mineralölsteuer auf Treibstoffen und der gesamte Nettoertrag des Zuschlags werden zur Finanzierung von Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr eingesetzt.

16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
				absolut	%
Schwerverkehrsabgabe	1 452	1 300	1 490	38	2,6
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,4	2,2	2,4		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	944	836	968	24	2,6
Kantonsanteile	472	418	484	12	2,6
Übrige	36	46	37	2	4,3

Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) bemisst sich nach den zurückgelegten Kilometern sowie dem höchstzulässigen Gesamtgewicht und der Emissionskategorie des abgabepflichtigen Fahrzeugs. Von den Bruttoeinnahmen werden die Erhebungskosten der Zollverwaltung sowie der Anteil des Fürstentums Liechtenstein abgezogen. Der verbleibende Ertrag ist zweckgebunden. Nach Abzug der Debitorenverluste sowie der Entschädigung der Kantone für den Vollzug der LSVA und die polizeilichen Kontrollen (vgl. Tabelle *Übrige*) wird ein Drittel den *Kantonen* und zwei Drittel dem Bund zugewiesen. Der Bundesanteil dient der Finanzierung der *Eisenbahngrossprojekte* sowie anderer Infrastrukturprojekte im öffentlichen Verkehr.

Der *Voranschlag 2010* beruhte auf der Annahme, dass der konjunkturelle Einbruch eine massive Einbusse bei den LSVA-Einnahmen nach sich ziehen würde. Zum Zeitpunkt der Budgetierung rechnete man noch mit einer tiefen Rezession im Jahr 2009 und einer zaghaften Erholung im Jahr 2010. Zudem wurde eine überproportionale Wirkung auf die LSVA-Einnahmen erwartet, da insbesondere die transportintensiven Warenexporte und -importe sowie Investitionsgüterumsätze überdurchschnittlich stark rückläufig waren. Im Rückblick lässt sich aber feststellen, dass die Rezession bereits Mitte 2009 zu Ende war und danach ein kräftiger Aufschwung einsetzte. Gleichzeitig fällt auch auf, dass die LSVA-Einnahmen weniger sensibel auf die konjunkturelle

Entwicklung reagierten als angenommen. Der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe fiel somit klar höher aus als veranschlagt (+190 Mio.; +14,6%).

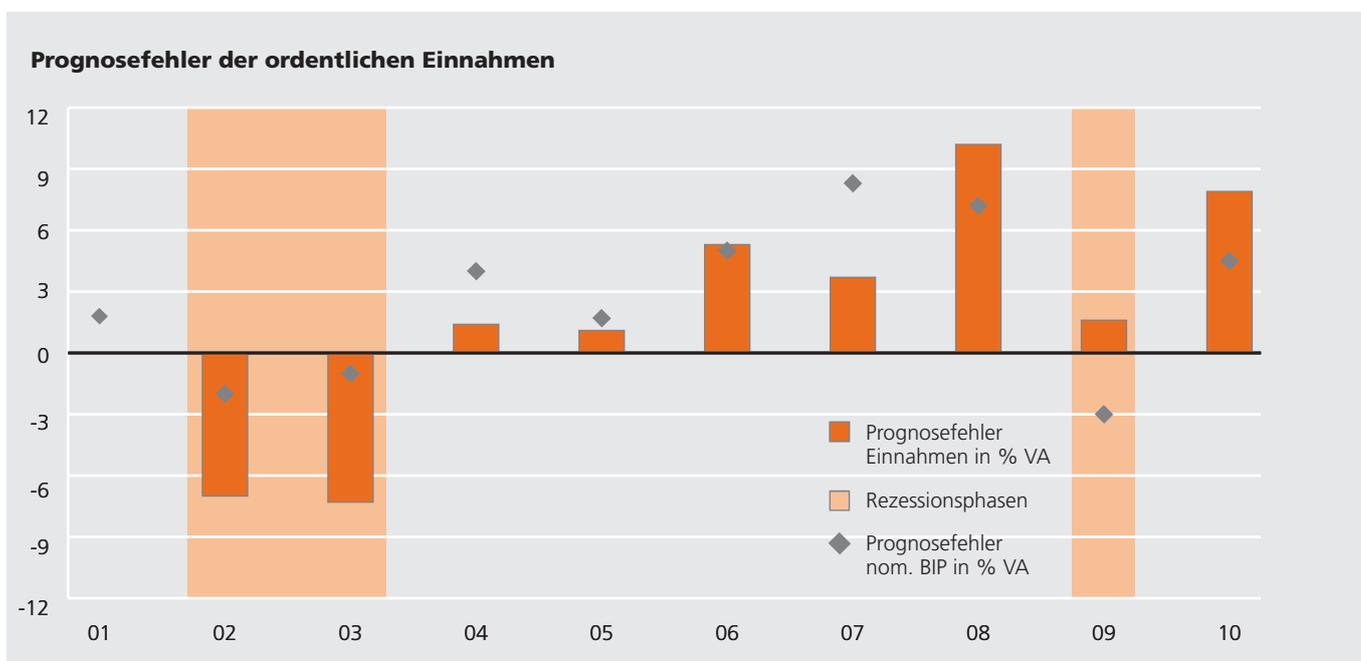
Gegenüber dem Vorjahr nehmen die Erträge um 2,6 Prozent zu, was in erster Linie mit der konjunkturellen Entwicklung zusammenhängt. Dabei wächst der Ertrag auf ausländischen Fahrzeugen, der im letzten Jahr rückläufig war, etwas stärker an als jener auf inländischen Fahrzeugen. Ebenfalls leicht einnahmensteigernd wirkt die 2009 durchgeführte Abklassierung der EURO 3-Fahrzeuge in die mittlere Abgabekategorie, da diese Massnahme im Jahr 2010 erstmals voll durchschlägt. Diesen Mehreinnahmen stehen allerdings auch Mindereinnahmen aus der Umstellung des Fahrzeugparks gegenüber.

Nur schwer abschätzen lassen sich die finanziellen Auswirkungen aus dem Entscheid des Bundesgerichts vom 19.4.2010 betreffend die im Jahr 2008 vorgenommene Erhöhung der LSVA. Dieses hat die Beschwerde der Eidg. Zollverwaltung gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.10.2009 gutgeheissen und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aufgehoben. Ab Frühjahr 2010 waren somit wieder die Ansätze 2008 gültig. Da aber 2009 bis im Monat Oktober ebenfalls die Ansätze 2008 angewendet wurden, dürfte sich die Tarifierungsanpassung im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig auswirken.

17 Qualität der Einnamenschätzungen

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Fehler bei der Prognose der ordentlichen Einnahmen des Bundes im Verlauf der letzten Dekade. Die Prognosefehler sind in Prozent des Voranschlagswertes ausgedrückt um einen unverzerrten Vergleich über die Zeit zu ermöglichen. Ein positiver (negativer) Prognosefehler bedeutet, dass die Einnahmen unterschätzt (überschätzt) worden sind bzw. dass die effektiven Einnahmen den Budgetwert übertroffen (unterschritten) haben. Im Jahr 2003 ereignete sich im betrachteten Zeitraum mit einem negativen Prognosefehler von 7,3 Prozent die grösste Überschätzung der ordentlichen Einnahmen. Hingegen wurden die Einnahmen im Jahr 2008 mit einem positiven Prognosefehler von 10,2 Prozent am stärksten unterschätzt.

Die starken Schwankungen der Prognosefehler sind nicht zuletzt Ausdruck der zahlreichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten, welchen die Schätzungen der ordentlichen Einnahmen des Bundes unterliegen. So müssen neben der Einschätzung der volkswirtschaftlichen Entwicklung und deren Einfluss auf das Steueraufkommen des Bundes oftmals auch Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, deren finanziellen Auswirkungen oftmals nur schwer voraussehbar sind. Die Einnamenschätzungen werden durch den relativ langen Prognosehorizont von bis zu 20 Monaten bis zum Abschluss des entsprechenden Rechnungsjahres zusätzlich erschwert.



Prognosefehler im Detail

Um die Qualität der Einnamenschätzung über einen längeren Zeitraum zu untersuchen eignet sich der *durchschnittliche absolute Prognosefehler* als einfaches Mass. In den letzten zehn Jahren beträgt dieser für die ordentlichen Einnahmen des Bundes 4,6 Prozent. Somit werden die Einnahmen jedes Jahr durchschnittlich um 4,6 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Hinter dieser Zahl verbergen sich allerdings grosse Unterschiede zwischen den verschiedenen Einnahmenkategorien. Von den grossen Fiskaleinnahmen waren in den vergangenen zehn Jahren die Schätzungen der *Mehrwertsteuereinnahmen* am genauesten: Hier wurden die Einnahmen durchschnittlich nur um 2,2 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Dicht dahinter folgen die Schätzungen der *Mineralölsteuereinnahmen* mit einem durchschnittlichen absoluten Prognosefehler von 2,6 Prozent. Während die Genauigkeit der Einnahmen-

schätzungen der *direkten Bundessteuer* (5,0 %) im Vergleich zu den Gesamteinnahmen nur wenig schlechter ausfällt, sind bei den Stempelabgaben und insbesondere bei der *Verrechnungssteuer* deutliche Ausreisser zu beobachten: Die durchschnittlichen absoluten Prognosefehler betragen bei diesen Einnahmen 10,0 Prozent bzw. 48,2 Prozent. Sie widerspiegeln die starke Volatilität dieser Einnahmen: Die Stempelabgaben unterliegen den Turbulenzen der Aktienmärkte und den hohen Fluktuationen der Emissionsvolumen. Der Verrechnungssteuerertrag weist seit vielen Jahren grosse unvorhergesehene Schwankungen auf, was eine genaue Prognose unmöglich macht (vgl. Ziff. 12). Zur Erinnerung: Der Ertrag dieser Steuer stieg von 4,2 Milliarden im Jahr 2007 auf 6,5 Milliarden im Jahr 2008 (+53 %), um auf 4,4 Milliarden im folgenden Jahr zurückzufallen, was natürlich den Prognosefehler wesentlich beeinflusst hat.

Vergleich mit den Kantonen

Neben dieser vergleichenden Darstellung innerhalb verschiedener Einnahmenkategorien des Bundes ist auch ein relativer Vergleich mit der Einnahmenschätzqualität anderer Körperschaften von Interesse. Zu diesem Zweck bietet sich insbesondere ein Vergleich mit der Qualität der kantonalen Einnahmenschätzungen an. Ein solcher kann sinnvoll sein, weil Bund und Kantone teilweise auf ähnliche Steuersubstrate zugreifen. Ein kürzlich zu Handen des Kantons Zürich veröffentlichtes Gutachten der Universität Luzern¹ liefert diesbezüglich einige interessante Einsichten. In dieser Untersuchung wurde u.a. die durchschnittliche absolute Abweichung der Rechnung gegenüber dem Budget in den Jahren 1999 bis 2009 für den Durchschnitt aller 26 Kantone berechnet. Mit einem Wert von 7,3 Prozent liegt der durchschnittliche absolute Prognosefehler der kantonalen Einnahmenschätzungen deutlich höher als – für dieselbe Zeitperiode – beim Bund mit einem Wert von 4,7 Prozent. In der Tat weisen an dieser Kennzahl gemessen nur gerade drei Kantone im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2009 präzisere Einnahmenschätzungen auf als der Bund.

Dieser Vergleich muss jedoch relativiert werden. So basiert die Berechnung der erwähnten Kennzahl beim Bund auf den ordentlichen Einnahmen. Verschiedene ausserordentliche und nicht budgetierte Transaktionen (z.B. Erlös aus UBS-Pflichtwandelanleihe) sind darin nicht enthalten. Die kantonalen Zeitreihen wurden hingegen nicht bereinigt, was tendenziell zu grösseren Prognosefehlern führt. Insbesondere der ausserordentliche Erlös aus dem Verkauf der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank im Jahr 2005 verzerrt den Vergleich zwischen Bund und Kantonen. Zudem erschweren unterschiede zwischen dem kantonalen und eidgenössischen Steuermix den Vergleich zusätzlich: Der Bund finanziert seinen Haushalt deutlich stärker mit indirekten Verbrauchssteuern (z.B. MWST), die bekanntlich einfacher zu prognostizierten sind als direkte Einkommens- und Vermögenssteuern. Dennoch: Insgesamt scheint die Genauigkeit der Einnahmenschätzungen des Bundes im Vergleich zu den Kantonen nicht abzufallen.

Prognosefehler 2001–2010: konjunkturelles Muster

Die orange hinterlegten Flächen in der Grafik markieren die Jahre, in denen sich die Schweizer Volkswirtschaft in einer Rezession befand. Als Rezession wird in diesem Zusammenhang eine Phase definiert, in der sich die Schweiz in einer gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung befand und die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandprodukts unter ihrem langfristigen Potenzial lag. Mit dieser Darstellung lässt sich ein Muster in der Entwicklung der Prognosefehler erkennen: So werden die Bundeseinnahmen während eines wirtschaftlichen Abschwungs tendenziell überschätzt (negativer Prognosefehler) und in der nachfolgenden Aufschwungsphase eher unterschätzt (positiver Prognosefehler). Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürften sich diese Schätzfehler gegenseitig aufwiegen. Dies war auch in den vergangenen zehn Jahren annähernd der Fall. So summieren sich die negativen und positiven Prognosefehler bei den ordentlichen Einnahmen auf rund 10,3 Milliarden auf. Dies entspricht, bezogen auf die insgesamt vereinnahmten ordentlichen Einnahmen des Bundes in dieser Zeitperiode (rund 544 Mrd.), einem durchschnittlichen Prognosefehler von rund 1,7 Prozent. *Mit anderen Worten wurden die ordentlichen Einnahmen seit 2001 durchschnittlich um 1,7 Prozent zu tief geschätzt. Allerdings ist dieser Mittelwert statistisch gesehen nicht signifikant von null verschieden, d.h. die Einnahmen wurden weder systematisch über- noch unterschätzt.*

Abhängigkeit von Wirtschaftsprognosen

In der Grafik sind ebenfalls die Fehler bei der Prognose des nominalen Bruttoinlandproduktes abgetragen (rote Kreise). Dieser berechnet sich als prozentuale Differenz zwischen dem zum Zeitpunkt der Budgetierung erwarteten nominalen Bruttoinlandprodukt (Niveau in Mrd.) und dem tatsächlich realisierten nominalen Bruttoinlandprodukt gemäss der vorläufigen Schätzung des Seco (2010), bzw. der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Bundesamtes für Statistik. Hier zeigt sich wie stark die Güte der Einnahmenschätzungen von den Wirtschaftsprognosen abhängt. Dies lässt sich auch statistisch mit einem Korrelationskoeffizienten zwischen den beiden Reihen von 0,76 erfassen. Das davon abgeleitete Bestimmtheitsmass zeigt, dass in der vergangenen Dekade mehr als die Hälfte der Streuung der Einnahmenschätzfehler in Zusammenhang mit Schätzfehlern bei den Wirtschaftsprognosen steht.

¹ Universität Luzern (2010). Einnahmenschätzungen der Finanzdirektion des Kantons Zürich. Gutachten zu Handen von Frau Regierungsrätin Dr. Ursula Gut

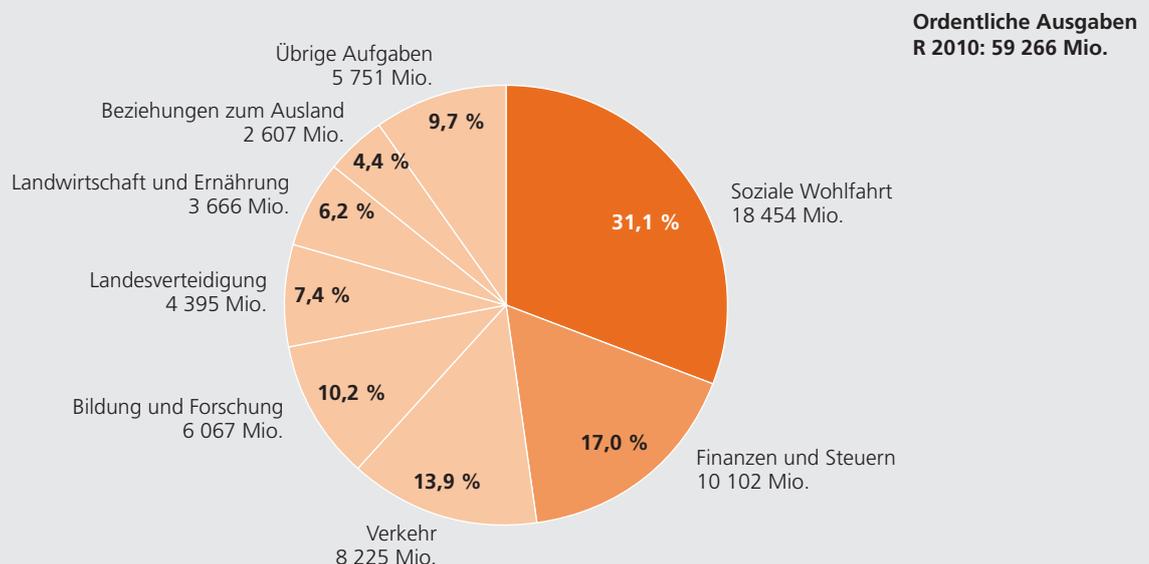
Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
				absolut	%
Ordentliche Ausgaben	58 228	60 237	59 266	1 038	1,8
Δ in % Vorjahr	2,9	3,5	1,8		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 482	2 529	2 469	-13	-0,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	890	978	910	20	2,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 587	2 748	2 607	20	0,8
Landesverteidigung	4 515	4 918	4 395	-120	-2,7
Bildung und Forschung	5 715	6 136	6 067	351	6,1
Kultur und Freizeit	395	451	413	18	4,5
Gesundheit	276	217	228	-48	-17,2
Soziale Wohlfahrt	18 049	19 065	18 454	404	2,2
Verkehr	8 099	8 065	8 225	126	1,6
Umweltschutz und Raumordnung	726	1 198	1 140	414	57,0
Landwirtschaft und Ernährung	3 692	3 701	3 666	-27	-0,7
Wirtschaft	560	610	591	31	5,5
Finanzen und Steuern	10 241	9 620	10 102	-139	-1,4

Die ordentlichen Ausgaben des Bundes wachsen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 1 Milliarde bzw. 1,8 Prozent. Das verglichen mit der wirtschaftlichen Entwicklung moderate Wachstum ist u.a. darauf zurückzuführen, dass der Hauptharst der Konjunkturstabilisierungsmassnahmen per Ende 2009 (2. Stufe) ausgelaufen ist. Im Jahr 2010 stand mit der 3. Stufe die erstmalige Rückverteilung der CO₂-Abgabe im Vordergrund; die für die Arbeitsmarktstützung vorgesehenen Mittel wurden demgegenüber kaum in Anspruch genommen. Das Ausklingen der Stabilisierungsmassnahmen führte namentlich beim Verkehr, der 2009 von diesen profitiert hatte, zu einem tieferen Wachstum im Jahr 2010 (1,6%). In absoluten Zahlen wuchsen die Ausgaben für Bildung und Forschung, die soziale Wohlfahrt (insb. Zunahme Rentenbestand AHV und Wachstum der Gesundheitskosten bzw. IPV) sowie das Aufgabengebiet Umweltschutz und Raumordnung (Rückverteilung CO₂-Abgabe) am stärksten. Tiefer als im Vorjahr waren die Ausgaben für die Landesverteidigung

(hohe Kreditreste, v.a. bei der Materialbeschaffung), für die Gesundheit (nur noch eine Restzahlung für Pandemie-Impfstoffe) und für Finanzen und Steuern. Tieferen Passivzinsen (-288 Mio.) stehen hier höhere Transfers an die Kantone (NFA und Kantonsanteile an Bundeseinnahmen) gegenüber.

Diese Effekte haben auch zu leichten Verschiebungen in der Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten geführt. Erneut rückläufig sind die Anteile des Aufgabengebiets Finanzen und Steuern (sinkende Passivzinsen, -0,6 %-Pkt.) und der Landesverteidigung (geringe Kreditausschöpfung, -0,4 %-Pkt.). Demgegenüber sind erstmals mehr als 10 Prozent der Bundesausgaben in Bildung und Forschung geflossen (+0,4 %-Pkt.). Aufgrund der erstmaligen Rückerstattung/Verwendung der CO₂-Abgabe nimmt auch der Anteil der «übrigen Aufgaben» um 0,5 Prozentpunkte zu. Die Anteile der restlichen Aufgabengebiete haben sich kaum verändert.

Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten 2010



21 Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut %	
Soziale Wohlfahrt	18 049	19 065	18 454	404	2,2
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	31,0	31,7	31,1		
Altersversicherung	9 671	9 919	9 935	264	2,7
Invalidenversicherung	3 581	3 780	3 523	-58	-1,6
Krankenversicherung	1 847	2 095	2 008	161	8,7
Ergänzungsleistungen	1 312	1 258	1 271	-41	-3,1
Militärversicherung	195	236	216	22	11,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	406	632	439	33	8,1
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	144	144	126	-18	-12,5
Migration	842	946	885	43	5,1
Soziale Hilfe und Fürsorge	53	55	51	-2	-3,2

Die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt machten im Jahr 2010 31,1 Prozent der Bundesaussgaben aus. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie um 2,2 Prozent und wiesen damit ein leicht stärkeres Wachstum auf als die ordentlichen Ausgaben insgesamt (+1,8%). Der Zuwachs von rund 400 Millionen ist insbesondere auf Mehrausgaben in der Altersversicherung (+264 Mio.) und der Krankenversicherung (+161 Mio.) zurückzuführen, während die Ausgaben für die Invalidenversicherung knapp 60 Millionen tiefer ausfielen als im Vorjahr. Der Voranschlag wurde um 612 Millionen unterschritten, was vor allem auf die Invalidenversicherung sowie die Arbeitsvermittlung zurückzuführen ist.

Die Überweisungen des Bundes zugunsten der *Alters- und Hinterlassenenversicherung* (AHV) setzen sich aus verschiedenen Beträgen zusammen. Einerseits zahlt der Bund einen fixen Beitrag von 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben. Andererseits werden der AHV die Erträge aus der Spielbankenabgabe sowie 83 Prozent des Ertrags aus dem Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV überwiesen. Die Gesamtausgaben der AHV stiegen – bei konstanten Renten – demografiebedingt um 2,4 Prozent auf 36,6 Milliarden. Die Überweisungen des Bundes erhöhten sich stärker, nämlich um 2,7 Prozent (264 Mio.). Dies lag am markanten Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen, das den Rückgang der Erträge aus der Spielbankenabgabe mehr als kompensierte.

Bei der *Invalidenversicherung* (IV) leistet der Bund einen Beitrag von 37,7 Prozent der Ausgaben. 2010 waren die Gesamtausgaben der IV bei unveränderter Höhe der IV-Renten leicht rückläufig, was sich in einem entsprechenden Rückgang des Bundesbeitrags äusserte (-58 Mio. bzw. -1,6%). Die Abnahme ist auf die 4. und 5. IV-Revision und den damit verbundenen Rückgang der Anzahl Neurenten zurückzuführen. Die IV-Ausgaben entfallen zu drei Vierteln auf Geldleistungen wie Renten, Hilflosenentschädigungen und Taggelder. 15 Prozent der Mittel werden für individuelle Massnahmen verwendet (Hilfsmittel, Schulungen). Der Rest deckt Verwaltungskosten, Beiträge an Organisationen und Zinsen.

Der Beitrag des Bundes an die *Ergänzungsleistungen* (EL) beträgt 5/8 jener Ausgaben, die der Existenzsicherung von AHV- und IV-Rentnern dienen. Den Rest (also 3/8 der EL zur Existenzsicherung sowie übrige EL für die Deckung von Heimaufenthalten)

tragen die Kantone. Der Ausgabenrückgang gegenüber 2009 zeigt ein verzerrtes Bild, weil die Rechnung durch Nachzahlungen an die Kantone im Rahmen der NFA von 68 Millionen belastet wurde. Unter Ausklammerung dieses Übergangseffekts resultiert ein bereinigtes Wachstum der EL von 2,3 Prozent. Dieses geht sowohl auf eine Zunahme der Anzahl EL-Bezüger als auch auf einen höheren durchschnittlichen EL-Betrag zurück.

Um die gesetzlich festgelegten Beiträge an AHV, IV und EL zu finanzieren, stehen dem Bund die zweckgebundenen Einnahmen aus der *Alkohol- und Tabakbesteuerung* sowie 17 Prozent der Einnahmen aus dem *Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV* zur Verfügung. Die Einnahmen aus der Alkohol- und Tabakbesteuerung stiegen 2010 um 366 auf 2599 Millionen. Der Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent belief sich auf 459 Millionen (+19 Mio.; +4,3 %). Mit diesen zweckgebundenen Einnahmen konnten 25,7 Prozent der Bundesbeiträge für die AHV, IV und EL gedeckt werden. 2009 hatte der Anteil noch 24,3 Prozent betragen.

Die Ausgaben des Bundes für die *Krankenversicherung* fallen vor allem im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Sie nahmen gegenüber dem Vorjahr um rund 161 Millionen oder 8,7 Prozent zu. Dieser markante Anstieg ist auf die Entwicklung der Gesundheitskosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) zurückzuführen. Der Beitrag des Bundes an die Prämienverbilligung beträgt gemäss Artikel 66 Absatz 2 KVG 7,5 Prozent der OKP-Bruttokosten. Die Aufwendungen des Bundes hierfür sind zum Teil zweckfinanziert. 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV- und FinöV-Anteile) werden zu diesem Zweck verwendet, was 2010 rund 884 Millionen ausmachte. Damit wurden etwa 44 Prozent der Bundesaussgaben für die Prämienverbilligung gedeckt.

Der Bund trägt die gesamten Kosten für die *Militärversicherung*. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausgaben 2010 um 22 Millionen oder 11,3 Prozent. In diesen Zahlen sind allerdings keine zeitlichen Abgrenzungen berücksichtigt. Bei einer periodengerechten Darstellung beträgt der Aufwand für 2010 etwa 219 Millionen, was ungefähr dem periodengerechten Aufwand für 2009 entspricht. Diese Entwicklung ist insbesondere auf den sukzessiven Rückgang des Rentenbestands zurückzuführen.

Im Bereich *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* nehmen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahresbudget um rund 33 Millionen (+8,1%) zu. Die Zunahme in diesem Bereich ist primär durch die Erhöhung des Bundesbeitrags an die ALV bedingt (der Bundesbeitrag an die ALV beträgt 0,15 % der beitragspflichtigen Lohnsumme). Zwei Elemente erklären diese Entwicklung: Erstens die grössere Zunahme der beitragspflichtigen Lohnsumme im 2010 und zweitens die Auszahlung der Schlussrechnung für das Jahr 2009 (+16,4 Mio.). Die Zunahme in diesem Bereich liegt weit unter den für 2010 budgetierten Werten. Die Verbesserung der Arbeitsmarktbedingungen im Jahre 2010 wirkte sich so aus, dass ein Grossteil des Kredits für zusätzliche arbeitsmarktliche Massnahmen im Rahmen des 3. wirtschaftlichen Stabilisierungspakets des Bundes gar nicht beansprucht wurde. Insgesamt wurden bloss 9 von 232 Millionen eingesetzt, die das Parlament im 2010 für zusätzliche arbeitsmarktliche Massnahmen gewährt hatte.

Die Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* umfassen zum grössten Teil die Zusatzverbilligungen von Mietzinsen (rund 59 %) sowie die Darlehen zur Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger (34 %). Die Ausgaben für die Wohnbauförderung nahmen 2010 um rund 18 Millionen oder 12,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Dies ist einerseits den kontinuierlich auslaufenden

und 2010 um rund 5 Millionen abnehmenden Zusatzverbilligungen von Mietzinsen zuzuschreiben. Andererseits liegen auch die Wohnbaurdarlehen des Bundes um 7 Millionen unter dem Vorjahreswert. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Darlehen 2009 im Rahmen der ersten Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen stark aufgestockt wurden.

Die Ausgaben für die *Migration* sind im Rechnungsjahr gegenüber dem Vorjahr um gut 43 Millionen oder 5,1 Prozent gestiegen, obwohl die Gesuchszahlen stabil geblieben sind. Im Vergleich zum Voranschlag 2010 sanken die Ausgaben im Bereich der Migration jedoch um 61 Millionen oder 6,4 Prozent. Der Mehraufwand gegenüber dem Rechnungsjahr 2009 fiel besonders im Bereich der Sozialhilfe und Betreuung von Flüchtlingen an (+54 Mio.), da die Zahl der anerkannten Flüchtlingen in finanzieller Zuständigkeit des Bundes zugenommen hat (vermehrte Gesuchstellung von Personen aus Herkunftsländern mit einer hohen Anerkennungsquote). Kostensteigernd wirken sich auch die erstmaligen Beitragszahlungen an den EU-Aussengrenzenfonds aus (+19 Mio.). Demgegenüber sanken die Kosten für die Sozialhilfe für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene gegenüber 2009 um 30 Millionen. Dank einem Abbau der Pendenzen im erstinstanzlichen Verfahrensprozess nahm hier der durchschnittliche Bestand an Personen in finanzieller Zuständigkeit des Bundes ab.

22 Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
				absolut	%
Finanzen und Steuern	10 241	9 620	10 102	-139	-1,4
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	17,6	16,0	17,0		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 178	3 773	4 229	51	1,2
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 255	2 945	2 972	-283	-8,7
Finanzausgleich	2 808	2 903	2 901	93	3,3

2010 entfielen von den Gesamtausgaben 17,0% Prozent auf den Aufgabenbereich Finanzen und Steuern, gegenüber 17,6% Prozent im Vorjahr. Dieser leichte Rückgang ist auf folgenden Kontrast zurückzuführen: einerseits wirkt sich die Konjunkturerholung positiv auf die Einnahmen aus, weil sie sich in einer Zunahme der Anteile Dritter niederschlägt; andererseits schliesst das Vorjahr mit einem guten Ergebnis ab, weil die Zinslast geringer ausfiel. Der Aufgabenbereich Finanzen und Steuern weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Was ihn auszeichnet, ist, dass er von den finanzpolitischen Prioritätenbildung ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmarktbedingungen, Zinssatzentwicklung, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

Im Gegensatz zu den meisten anderen grössten Aufgabengebieten verzeichneten die Ausgaben in diesem Bereich gegenüber 2009 einen Rückgang (-1,4 %), der hauptsächlich auf die geringeren Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung zurückzuführen ist, obwohl sich die Finanzausgleichszahlungen und die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen gegenüber entwickelt haben.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBSt) und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die *Anteile an den Bundeseinnahmen*. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen

Debitorenverluste (Zoll, LSVa). Die Anteile an den Bundeseinnahmen steigen insbesondere wegen den Mehreinnahmen aus der dBSt und der LSVa, die in erster Linie durch die konjunkturelle Erholung bedingt sind (vgl. Band 1, Kap. 31). Die Anteile der Kantone an den Verrechnungssteuereinnahmen verzeichnen deshalb gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 34 Millionen (+7,9%). Gleich verhält es sich mit dem Ertrag der Einnahmen aus der LSVa (182 Mio.), der gegenüber 2009 um 12 Millionen wächst.

Die Ausgaben für die *Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung* umfassen die Passivzinsen sowie die Kommissionen, Gebühren und Abgaben der Bundestresorerie. Ihre Abnahme gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie den Ausgaben für Passivzinsen anzulasten, die um 290 Millionen (-9,1%) zurückgingen. Dies ist generell Ausdruck eines geringeren Finanzierungsbedarfs aufgrund der guten Ertragslage der Vorjahre; es widerspiegelt aber auch die rückläufige Zinssatzentwicklung. Der Rückgang der Passivzinsen wird hauptsächlich durch zwei Faktoren bestimmt: Erstens die sinkende Zinslast der Anleihen (-214 Mio.) aufgrund der Verringerung der finanziellen Grundlast (namentlich infolge der Rückerstattung von Obligationen im Umfang von 4,6 Milliarden); zweitens die hohen Agios (321 Mio.), die aus der Verringerung der Zinslast resultieren. Die Verringerung der Zinslast bei den Agios im 2010 fiel gegenüber 2009 um 88 Millionen höher aus. Hinzu kommt, dass sich im Rechnungsjahr auch die Zinslast auf den Depotkonten um 19 Millionen verringerte, weil ein rückläufiges Depotvolumen mit sinkenden Zinssätzen zusammenfiel. Schliesslich führte die einschlägige Reglementierung dazu, dass 2010 gar keine Ausgaben unter dem Titel Verrechnungssteuer auf Disagios verbucht wurden, im Gegensatz zur Rechnung 2009, in der unter diesem Titel 15 Millionen ausgewiesen wurden. Der allgemeine Rückgang der Passivzinsen wird allerdings durch einen Mehraufwand bei den Zinsswaps (+29 Mio.) gebremst, der durch die sinkenden Zinssätze – insbesondere die kurzfristigen – erzeugt wird. Der Grund dafür ist die Tatsache, dass wenn die variablen Zinseinnahmen aus der

Nettoposition an Payerswaps infolge sinkender Zinssätze stark rückläufig sind, der entsprechende Aufwand in diesem Bereich steigt. Auch die Mehrausgaben infolge Fremdwährungsverlusten (+28 Mio.), die auf die Volatilität der Devisenkurse, insbesondere des Euro, zurückzuführen sind, dämpfen den Rückgang der Passivzinsen. Die Ausgaben für Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie schwanken (+5 Mio.) zum einen wegen dem Volumen der 2010 aufgelegten Anleihen (die ab 2011 Zinsen abwerfen) und zum andern wegen der durchschnittlichen Laufzeit der Anleihen, deren Volumen dasjenige der wichtigsten Anleihen des Vorjahres übersteigt. Zur Erinnerung: Die Kommissionen sind ab dem Zeitpunkt ihrer Ausgabe für die ganze Laufzeit der Mittelbeschaffung geschuldet.

Der *Finanzausgleich* ist diesem Aufgabenbereich zugeordnet. Die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen des vertikalen Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs belaufen sich insgesamt auf 2901 Millionen, d.h. sie nehmen gegenüber 2009 um 93 Millionen (+3,3%) zu. Die Anpassung des vertikalen Ressourcenausgleichs und des Lastenausgleichs erfolgt nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) sowie des Bundesbeschlusses über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcen- und Lastenausgleichs. Der Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich (1962 Mio.) wächst um 5,4 Prozent (+100 Mio.), parallel zu Entwicklung des Ressourcenpotenzials aller Kantone von 2009 bis 2010. Die Mittelzuweisung für den Lastenausgleich hängt von der Anpassung des Vorjahreswerts an die Teuerung ab. Für 2010 wurde eine Teuerung von -1% eingesetzt. Die verfügbare Summe belief sich demnach auf 695 Millionen; das sind 7 Millionen weniger als 2009. Die Summe ist zur Hälfte für den geografisch-topografischen Lastenausgleich bestimmt (2010 profitieren 17 Kantone, gleich viele wie 2009), die andere für den sozio-demografischen Lastenausgleich (2010 profitierten 8 Kantone, ebenfalls gleich viele wie 2009). Die Höhe des dritten Standbeins des Finanzausgleichs – die Zahlungen für den Härteausgleich – blieb gegenüber 2009 unverändert (244 Mio.).

23 Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
				absolut	%
Verkehr	8 099	8 065	8 225	126	1,6
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,9	13,4	13,9		
Strassenverkehr	2 678	2 881	2 914	236	8,8
Öffentlicher Verkehr	5 325	5 052	5 215	-110	-2,1
Luftfahrt	96	132	96	0	-0,3

Die Ausgaben im Verkehrsbereich sind gegenüber 2009 um 126 Millionen oder 1,6 Prozent und damit leicht unterdurchschnittlich gewachsen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Vergleichswert 2009 infolge der zusätzlichen Ausgaben für die 2. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen im Umfang von 395 Millionen aussergewöhnlich hoch lag.

Beim *Strassenverkehr* ist gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum um 236 Millionen (+8,8%) zu verzeichnen (für eine Gesamtsicht inkl. Infrastrukturfonds siehe Box auf der folgenden Seite):

- Die Nationalstrassenausgaben stiegen um 244 Millionen auf 2240 Millionen (+12,2 %). Die Steigerung ist in erster Linie auf einen um 77 Millionen tieferen Anteil der Schienenprojekte im Agglomerationsverkehr an der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds zurückzuführen. Da die jährliche Einlage zudem um 39 Millionen erhöht wurde, nahm die den Nationalstrassen zurechenbare Einlage insgesamt um 116 Millionen zu. Die Ausgaben für Ausbau, Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen stiegen um 122 auf 1633 Millionen.

Entgegen den Jahren 2008 und 2009 konnte im Jahr 2010 (u.a. aufgrund einer längeren Bausaison und Verkürzungen der Realisierungsfristen bereits laufender Projekte) ein grösseres Volumen an Ausbau- und Unterhaltsvorhaben abgerechnet werden. Im Hinblick auf den MWST-Erhöhung per 1.1.2011 haben zudem viele Bauunternehmen die Rechnungsstellung auch zeitlich beschleunigt und auf Dezember 2010 vorverlegt. In der Summe ergab sich ein *Überhang fakturierter Leistungen von 147 Millionen*, welcher erst der Rechnung 2011 belastet wird. Das ASTRA hat die nötigen Massnahmen – soweit durch das Amt beeinflussbar – eingeleitet, damit diese Mehrbelastung in der Rechnung 2011 aufgefangen werden kann.

- Die Beiträge an Hauptstrassen erreichten 199 Millionen. Neben den regulären Investitionsbeiträgen an Hauptstrassen im Umfang von 168 Millionen wurden 31 Millionen in den Infrastrukturfonds eingelegt.
- Die Beiträge an die Kantone im Bereich der übrigen Strassen sowie der Verkehrstrennung stiegen von 87 auf 93 Millionen (der Zuwachs ist infolge des angewendeten, gerundeten Aufgabenschlüssels rein berechnungsbedingt).

- Die nicht-werkgebundenen Beiträge an die Kantone gingen infolge des leicht tieferen Treibstoffabsatzes um 7 Millionen auf 383 Millionen zurück.

Die Ausgaben für den *öffentlichen Verkehr* sanken gegenüber dem Vorjahr um 110 Millionen (-2,1 %):

- Die Ausgaben für die Bahninfrastruktur nahmen insgesamt um 189 Millionen auf 2503 Millionen ab (-7,0 %). Dieser Rückgang ist zu einem massgeblichen Teil auf die 2009 erfolgte einmalige Aufstockung der Betriebs- und Investitionsbeiträge für die Bahninfrastruktur im Rahmen der 2. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen auch die Ausgaben für aus dem Infrastrukturfonds finanzierte Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs (Tram- und S-Bahnen) um 77 auf 319 Millionen ab.
- Die Einlage in den FinöV-Fonds nahm um 56 auf 1611 Millionen zu (+3,6%). Verantwortlich für die Zunahme waren insbesondere die Mehreinnahmen aus der LSVA, insb. aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs im Jahr 2010. Aufgrund der besseren Konjunkturlage konnten auch höhere Einnahmen aus dem Mehrwertsteuer-Promille eingelegt werden. Schliesslich lag die Einlage aus der Mineralölsteuer (für 25 % der NEAT-Bauaufwendungen) mit 320 Millionen um 19 Millionen über dem Vorjahr.
- Die Zunahme der Ausgaben für den Regionalen Personenverkehr um 30 Millionen (+3,9%) ist vornehmlich auf eine Aufstockung zur Finanzierung von Angebotserweiterungen und Fahrzeugerneuerungen zurückzuführen (gemäss Beschluss zum Legislaturfinanzplan 2009–2011).
- Die Abnahme der Ausgaben für die Güterverkehrsverlagerung um 7 Millionen (-2,6%) ist grösstenteils auf einen geringeren Bedarf bei den Terminalanlagen sowie bei der Abgeltung des kombinierten Verkehrs zurückzuführen.

Die Ausgaben des Bundes für die *Luftfahrt* blieben gegenüber dem Vorjahr beinahe unverändert. Da die Teilrevision I des Luftfahrtgesetzes nicht wie geplant Mitte 2010 in Kraft trat (sondern voraussichtlich am 1.4.2011), ergaben sich allerdings namhafte Minderausgaben gegenüber dem Voranschlag (Abgeltung Ertragsausfälle Skyguide).

Bundeshaushalt und Infrastrukturfonds

Nebst direkten Ausgaben im Aufgabengebiet Verkehr (bspw. für Ausbau und Unterhalt) tätigt der Bund auch Verkehrsinvestitionen über den separaten Infrastrukturfonds (vgl. Band 4, Sonderrechnung Infrastrukturfonds). Diese indirekten Ausgaben finanziert er mit jährlichen Einlagen in den Fonds, die in der Aufgabensicht des Bundeshaushaltes enthalten sind. Über den Infrastrukturfonds (IF) investiert der Bund zudem aus der Anfang 2008 erfolgten Ersteinlage in den Fonds zusätzliche Mittel in Nationalstrassen und leistet Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Diese Mittel führen zu einem Abbau der Ersteinlage und sind in der Aufgabensicht nicht enthalten.

Während beim Strassenverkehr im Bundeshaushalt ein Ausgabenwachstum von 236 Millionen resp. 8,8 Prozent zu verzeichnen ist (Ausgaben im Bundeshaushalt inkl. der dem Strassenverkehr zurechenbaren jährlichen Einlage in den IF), sind gleichzeitig die aus der Ersteinlage des IF zugunsten der Strasse finanzierten Ausgaben gegenüber 2009 um 115 Millionen gesunken. Daraus ergibt sich in einer *Gesamtsicht* ein Ausgabenwachstum von 121 Millionen (+4,1%). Es setzt sich wie folgt zusammen:

- *Nationalstrassen*: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Nationalstrassen von 2406 Millionen setzen sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 2240 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage in den IF von 607 Mio.) sowie aus Ausgaben von 166 Millionen zusammen, welche der IF aus der Ersteinlage zugunsten der Netzfertigstellung und für die Engpassbeseitigung aufwendet. Sie betragen insgesamt 128 Millionen mehr als im Vorjahr.
- *Hauptstrassen*: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Hauptstrassen von 219 Millionen ergeben sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 199 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage von 31 Mio.) und Mitteln in der Höhe von 20 Millionen, welche der IF aus der Ersteinlage für Pauschalbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen (inkl. Ausgleich fehlender Kantonsmittel aus LSVA-Erhöhung) leistet. Die Gesamtausgaben für Hauptstrassen liegen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Die übrigen aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Aufgaben (Strassen- und Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs) werden ausschliesslich aus der jährlichen Einlage finanziert und sind deshalb in der Aufgabensicht des Bundes vollständig abgebildet.

24 Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
				absolut	%
Landesverteidigung	4 515	4 918	4 395	-120	-2,7
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,8	8,2	7,4		
Militärische Landesverteidigung	4 413	4 815	4 292	-121	-2,8
Nationale Sicherheitskooperation	102	103	103	1	1,0

Die Ausgaben in der Landesverteidigung beliefen sich 2010 auf insgesamt 4395 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr fielen sie damit um 120 Millionen oder 2,7 Prozent geringer aus. Im Budget war ursprünglich ein relativ starkes Ausgabenwachstum vorgesehen. Es wird nun wegen rückläufiger Ausgaben bei der Militärischen Landesverteidigung um rund eine halbe Milliarde oder 10,6 Prozent unterschritten. Durch die rückläufigen Ausgaben reduziert sich der Anteil an den ordentlichen Ausgaben um 0,4 Prozentpunkte auf 7,4 Prozent.

Das Aufgabengebiet umfasst neben der Militärischen Landesverteidigung auch die Nationale Sicherheitskooperation. Letztere verzeichnete 2010 ein Ausgabenwachstum von 1 Prozent und damit etwas mehr als die Teuerung.

Die rückläufigen Ausgaben und die noch stärkere Abweichung gegenüber dem Voranschlag sind hauptsächlich auf Projektverzögerungen bei der Beschaffung von Rüstungsmaterial zurückzuführen. Die Investitionen in Rüstungsmaterial verringerten sich gegenüber 2009 um 108 Millionen. Der Voranschlag wurde gar um 345 Millionen unterschritten. Die Projektverzögerungen sind u.a. auf folgende Faktoren zurückzuführen: Unsicherheiten in Bezug auf die Weiterentwicklung der Armee, Personalengpässe beim Auftraggeber und der Beschaffungsstelle oder Leistungen der Industrie, welche nicht den Abmachungen entsprachen.

Neben den rückläufigen Ausgaben beim Rüstungsmaterial sind gegenüber 2009 hauptsächlich die folgenden Entwicklungen erwähnenswert:

- Ersatzmaterial und Instandhaltungsbudget (+60 Mio.): Komplexere Systeme und deren intensivere Nutzung sowie die Finanzierung des Nachholbedarfs beim Ersatzmaterial

und der Instandhaltung führten erneut zu einer Zunahme der Ausgaben in diesem Bereich.

- Ausrüstung und Erneuerungsbedarf (+23 Mio.): Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr begründet sich insbesondere durch einen erhöhten Bedarf im Bereich Führungsunterstützung/Aufklärung.
- Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (-101 Mio.): Die Rückgänge bei den Investitionen sind hauptsächlich durch einen Minderbedarf bei den Brenn- und Treibstoffen verursacht. Dieser resultiert einerseits aufgrund der Kündigung des Liefervertrages mit der Schweizerischen Post. Andererseits reduzierte sich der Bedarf bei den Brenn- und Treibstoffen, weil im Unterschied zu 2009 die Lagerbestände nicht weiter aufgebaut wurden. Der erforderliche Lageraufbau erfolgte bereits 2009 infolge des günstigen Barrelpreises. Im Weiteren trugen Projektverzögerungen bei den Investitionen in Immobilien zum Ausgabenrückgang gegenüber dem Vorjahr bei.

2009 lag das Verhältnis zwischen den Betriebs- (Personal-, Sach- und Transferausgaben, inkl. Arbeitgeberbeiträge) und Rüstungsausgaben (Rüstungs- und Investitionsausgaben) bei 65 zu 35 Prozent. 2010 war vorgesehen, vermehrt in die Beschaffung von Rüstungsmaterial zu investieren. Damit sollte ein Verhältnis von neu 62 zu 38 Prozent erreicht werden. Trotz rückläufiger Betriebsausgaben ist aufgrund der 2010 nicht getätigten Rüstungsinvestitionen das Verhältnis gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Es beläuft sich 2010 auf 67 zu 33 Prozent. Damit hat sich die Armee vom Ziel entfernt, mittelfristig ein Verhältnis zwischen den Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 Prozent zu erreichen.

25 Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Bildung und Forschung	5 715	6 136	6 067	351	6,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,8	10,2	10,2		
Berufsbildung	628	704	691	63	10,1
Hochschulen	1 765	1 856	1 833	68	3,9
Grundlagenforschung	2 196	2 355	2 350	154	7,0
Angewandte Forschung	1 099	1 192	1 164	65	5,9
Übriges Bildungswesen	28	29	28	0	0,1

Mit einer Zunahme von 6,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr zählt der Bereich Bildung und Forschung zu den Aufgabengebieten mit den höchsten Wachstumsraten. Sein Anteil an den gesamten ordentlichen Bundesausgaben stieg damit innert Jahresfrist von 9,8 Prozent auf 10,2 Prozent. Knapp die Hälfte der zusätzlichen Mittelflossen dem ETH-Bereich (+71 Mio.) respektive dem Schweizerischen Nationalfonds SNF (+70 Mio.) und damit grösstenteils der Grundlagenforschung zu (diese Subventionen werden ganz (SNF) oder zu einem massgeblichen Teil (ETH-Bereich) dieser Forschungsart zugerechnet).

Abgrenzung des Aufgabebereichs zu den Krediten der BFI-Botschaft: Der überwiegende Teil der Ausgaben des Aufgabebereiches wird über die BFI-Botschaft gesteuert (89 %). Diese Ausgaben entwickelten sich mit einer höheren Dynamik (+6,4 %) als der übrige Aufgabebereich (+4,4 %). Die nicht über die BFI-Botschaft gesteuerten Kredite umfassen in erster Linie die Ressortforschung, die Pflichtbeiträge an internationale Organisationen und den Funktionsaufwand.

Das mit einem Anstieg von 63 Millionen (+10,1 %) überdurchschnittliche Wachstum in der *Berufsbildung* ist auf die Steigerung der Pauschalbeiträge (+59 Mio.) und die Innovations- und Projektbeiträge (+4 Mio.) zurückzuführen. Dieses starke Engagement ist die Folge der angestrebten Annäherung an die Richtgrösse für die Bundesbeteiligung von einem Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand.

Die Beiträge an die *Hochschulen* nahmen um 68 Millionen zu (+3,9%), wobei der Bundesbeitrag an den ETH-Bereich zu 27 Prozent den Hochschulen zugerechnet wird. Bei Letzterem war eine Steigerung von 18 Millionen zu verzeichnen. Die Grundbeiträge an kantonale Universitäten nahmen um 10 Millionen zu. Hingegen ist bei den Investitionsbeiträgen ein Rückgang von 19 Millionen zu verzeichnen. Er ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens wurde die geplante Realisierung von Bauvorhaben durch Budgetkürzungen, langwierige Zonenplanänderungsverfahren

und Baueinsparungen in den Kantonen verzögert und verschoben. Zweitens führten die überdurchschnittlich langen Kälteperioden der letzten zwei Winterhalbjahre zur Verlangsamung oder gar vorübergehenden Einstellung der Bautätigkeit. Die Investitionsbeiträge an die Fachhochschulen wurden von diesen beiden Faktoren weniger stark beeinflusst. Obwohl die budgetierten Mittel nicht vollständig ausgeschöpft wurden, betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr 15 Millionen, weil 2009 aufgrund von Verzögerungen bei Grossbauprojekten lediglich 4 der budgetierten 22 Millionen ausgegeben wurden. Die Betriebsbeiträge an die Fachhochschulen schliesslich nahmen um 35 Millionen deutlich (+9,3 %) zu.

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen *Grundlagenforschung* und angewandter Forschung unterschieden. Die Ausgaben für die Grundlagenforschung nahmen um 154 Millionen zu (+7,0 %). Der starke Ausbau bei den Overheadbeiträgen des SNF und die weitere Intensivierung der kompetitiven Forschungsförderung führten zu einem Zuwachs der Beiträge an den SNF von insgesamt 70 Millionen. Ein weiterer massgeblicher Träger des Wachstums war der ETH-Bereich (+42 Mio.). Bei den Schweizer Beiträgen an das CERN ist ein Mehraufwand von 24 Millionen zu verzeichnen. Die Schweiz profitierte im Jahr 2009 noch im Umfang von 30 Millionen davon, dass sie in früheren Jahren Vorauszahlungen an das CERN geleistet hatte. Ab 2010 kam wieder der ordentliche Beitragssatz zum Tragen.

Der Anstieg der Ausgaben für die *angewandte Forschung* (+65 Mio.; +5,9 %) spielte sich hauptsächlich in drei Fördergefässen ab: den Pflichtbeiträgen an die Forschungsrahmenprogramme der EU (+44 Mio.), den Beiträgen an die Kommission für Technologie und Innovation KTI (+12 Mio.) sowie dem Finanzierungsbeitrag an den ETH-Bereich (+12 Mio.). Daneben waren bei diversen kleineren Beiträgen ebenfalls Zuwächse, aber auch Rückgänge zu verzeichnen. Zum Beispiel sanken die Forschungsausgaben der Armasuisse bedingt durch eine Reorganisation um 7 Millionen.

26 Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2009	
	2009	2010	2010	absolut	%
Landwirtschaft und Ernährung	3 692	3 701	3 666	-27	-0,7
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,3	6,1	6,2		
Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen	273	281	275	2	0,6
Produktion und Absatz	564	492	505	-59	-10,5
Direktzahlungen	2 742	2 813	2 769	27	1,0
Übrige Ausgaben	113	115	117	4	3,5

Die Ausgaben im Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung beliefen sich im Rechnungsjahr 2010 auf 3666 Millionen, was einem Anteil von 6,2 Prozent an den ordentlichen Bundesausgaben entspricht. Im Vergleich zum Voranschlag wurden 35 Millionen oder 0,9 Prozent weniger ausgegeben. Gegenüber der Rechnung des Vorjahrs haben die Ausgaben um 27 Millionen respektive um 0,7 Prozent abgenommen. Dieser Rückgang ist schwergewichtig auf geringere Aufwendungen für Marktstützungsmassnahmen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft sowie des Pflanzenbaus zurückzuführen, wobei auch Minderausgaben bei den Ausfuhrbeiträgen gemäss Bundesgesetz über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten («Schoggi-Gesetz»; SR 632.III.72) zu verzeichnen waren. Diese Minderaufwendungen wurden durch Mehrausgaben bei den Direktzahlungen teilweise aufgefangen.

Der überwiegende Teil der Landwirtschaftsausgaben wird seit der Inkraftsetzung der Agrarpolitik 2002 per 1.1.2000 gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Im Rahmen der Parlamentsbeschlüsse zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) wurden drei neue Zahlungsrahmen für die Jahre 2008 bis 2011 verabschiedet. Diese betragen insgesamt 13 652 Millionen und setzen sich folgendermassen zusammen: Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen 739 Millionen, Produktion und Absatz 1885 Millionen, Direktzahlungen 11 028 Millionen.

Gut 76 Prozent oder 2769 Millionen der Agrarausgaben im Jahr 2010 wurden für allgemeine und ökologische *Direktzahlungen* eingesetzt, eine Folge der sukzessiven Mittelumlagerung von der Marktstützung in dieses Subventionsgefäss. Mit Ausgaben von 2182 Millionen ist der Grossteil dieser Mittel in Form von allgemeinen Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe geflossen. Die restlichen 587 Millionen wurden als ökologische Direktzahlungen ausgerichtet. An jeden der bestehenden knapp 60 000 Landwirtschaftsbetriebe hat der Bund somit jährlich durchschnittlich rund 46 000 Franken an Direktzahlungen ausgerichtet.

Die Ausgaben im Bereich *Produktion und Absatz* umfassen die Stützungsmaßnahmen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft und des Pflanzenbaus sowie die Absatzförderung und die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggi-Gesetz»). Im Vergleich zur Rechnung des Vorjahrs haben sich die Aufwendungen der Marktstützung um 59 Millionen (-10,5 %) reduziert. Als Folge der Mittelumlagerungen zu den Direktzahlungen im Rahmen der Agrarpolitik 2011 haben insbesondere die Ausgaben zugunsten des Pflanzenbaus um 29 Millionen abgenommen und betragen 2010 noch 70 Millionen. Weitere Minderaufwendungen sind bei den Ausfuhrbeiträgen gemäss «Schoggi-Gesetz» und aufgrund der verminderten Nachfrage nach Marktentlastungsmassnahmen bei den Beihilfen Viehwirtschaft zu verzeichnen. Insbesondere aufgrund eines Nachtragskredites zur Stabilisierung des Milchmarktes in der Höhe von 10,5 Millionen sind die Ausgaben zugunsten der Milchwirtschaft im Jahr 2010 (292 Mio.) nur geringfügig tiefer ausgefallen als 2009 (298 Mio.).

Die Aufwendungen der *Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen* haben gegenüber dem Vorjahr um gut 2 Millionen (+0,6 %) zugenommen. Diese geringfügige Zunahme resultiert aus Mehraufwendungen bei den landwirtschaftlichen Strukturverbesserungsmassnahmen im Zusammenhang mit Projekten, die mit den Stabilisierungsmassnahmen (Stufe 2) initiiert worden waren.

Die *Übrigen Ausgaben* setzen sich aus den Bereichen Verwaltung, Beratung, Vollzug und Kontrolle sowie Pflanzenschutz zusammen und weisen im Vergleich zur Vorjahresrechnung zunehmende Ausgaben von rund 4 Millionen aus (+3,5%). Diese Mehraufwendungen sind hauptsächlich auf einen Nachtragskredit zugunsten des Projektes ASA 2011 (Agrar-Sektor-Administration) in der Höhe von 1,9 Millionen sowie eine Mittelabtretung aus dem IKT-Wachstumskredit des Bundes in der Grössenordnung von 3,4 Millionen zurückzuführen.

27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut %	
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 587	2 748	2 607	20	0,8
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,4	4,6	4,4		
Politische Beziehungen	712	753	726	14	2,0
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 723	1 769	1 761	38	2,2
Wirtschaftliche Beziehungen	76	77	75	-1	-1,5
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	75	150	44	-32	-41,9

Die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland und die internationale Zusammenarbeit nahmen gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozent (+20 Mio.) statt der budgetierten 6,3 Prozent zu. Das Budget wurde insbesondere wegen der geringer ausgefallenen Beiträge zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union nicht ausgeschöpft (vgl. unten).

Der Bereich der *politischen Beziehungen* umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, verschiedene Beiträge an internationale Organisationen (Organisation der Vereinten Nationen, Europarat, usw.), die Gaststaatpolitik sowie die Friedensförderung. Der Ausgabenzuwachs beträgt gegenüber dem Vorjahr 14 Millionen und resultiert hauptsächlich aus den Aufwendungen für die Durchführung des Frankophoniegipfels in Montreux (+24 Mio.), den gestiegenen Beiträgen der Schweiz an die UNO (+11 Mio.) sowie den erhöhten Darlehen und Betriebsbeiträgen an die FIPOI (+9 Mio.). Dem stehen Minderausgaben namentlich beim Betrieb (-16 Mio.), beim Kostenausgleich für Bedienstete im Ausland (-6 Mio.) sowie bei Präsenz Schweiz (-4 Mio.) gegenüber, wobei die beiden ersteren vor allem günstigen Wechselkursen geschuldet sind.

Die *Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)* umfasst insbesondere die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe, die humanitäre Hilfe, die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit sowie diejenigen Beiträge an die Länder Osteuropas, die vom Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD als solche

anerkannt werden. Der Zuwachs von 38 Millionen gegenüber dem Jahr 2009 erfolgte überwiegend bei den Beiträgen zur Wiederauffüllung der Finanzmittel der Internationalen Entwicklungsagentur IDA (+17 Mio.), der finanziellen Unterstützung humanitärer Aktionen (+12 Mio.) sowie bei den bilateralen Aktionen der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe (+8 Mio.).

Die *wirtschaftlichen Beziehungen* umfassen zur Hauptsache die Beiträge an internationale Organisationen im Wirtschaftsbe-
reich (Europäische Freihandelsassoziation, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds, usw.). Die grössten Abweichungen zum Vorjahr betreffen die Beiträge an den Treuhandfonds des IWF (-5 Mio.) sowie die erstmalig diesem Aufgabengebiet zugeordneten Personalkosten des neu geschaffenen Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (+3 Mio.).

Die *Hilfe an Ostländer und an die Erweiterung der Europäischen Union* umfasst die Hilfe an die Transitionsländer sowie den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (Kohäsion). Gegenüber der Rechnung 2009 verringerten sich die Beiträge in diesem Bereich um 32 Millionen. Im Vergleich zum Voranschlag betrug die Differenz gar 107 Millionen. Diese Budgetunterschreitung ist vollumfänglich auf Projektverzögerungen im Zusammenhang mit dem Beitrag an die EU-Erweiterung zurückzuführen.

28 Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
				absolut	%
Übrige Aufgabengebiete	5 329	5 984	5 751	422	7,9
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,2	9,9	9,7		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 482	2 529	2 469	-13	-0,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	890	978	910	20	2,3
Kultur und Freizeit	395	451	413	18	4,5
Gesundheit	276	217	228	-48	-17,2
Umweltschutz und Raumordnung	726	1 198	1 140	414	57,0
Wirtschaft	560	610	591	31	5,5

Die Ausgaben der sechs übrigen Aufgabengebiete haben – bei einem Anteil von 9,7 Prozent am Gesamthaushalt – gegenüber dem Vorjahr um 422 Millionen (+7,9%) deutlich zugenommen. Der wichtigste Einflussfaktor im Vorjahresvergleich sind die Konjunkturstabilisierungsmassnahmen. Im Jahr 2009 wurden dafür in diesen Aufgabengebieten gut 350 Millionen ausgegeben (2. Stufe). Die Mehrzahl dieser Massnahmen ist per Ende 2009 ausgelaufen. In der ab 2010 wirksamen 3. Stufe der Stabilisierungsmassnahmen wurde namentlich die Rückverteilung der CO₂-Abgabe im Jahr der Abgabenerhebung (statt zwei Jahre später) beschlossen, was Mehrausgaben von rund 640 Millionen gegenüber dem Vorjahr zur Folge hatte.

Die Ausgaben im Aufgabengebiet *institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* gehen gegenüber dem Vorjahr leicht zurück. Die Informatikausgaben liegen um 23 Millionen höher als im Vorjahr (vgl. dazu Ziff. 32). Die Lohnmassnahmen für das Jahr 2010 führten ebenfalls zu Mehrausgaben. Demgegenüber nahmen die Ausgaben für die zivilen Bauten und die Logistik um 37 Millionen ab (u.a. Wegfall der Stabilisierungsmassnahmen). Weiter hatte der Bund im Jahr 2009 den Fehlbetrag von angeschlossenen Organisationen bei der PUBLICA gedeckt (einmalig 8 Mio.). Schliesslich führten Umschlüsselungen, so insbesondere die Schaffung des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF) und des Nachrichtendienstes Bund (NDB), zu einer Verlagerung von Ausgaben zu anderen Aufgabengebieten.

Das Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* wächst gegenüber dem Vorjahr um 20 Millionen resp. 2,3 Prozent. Davon entfallen rund drei Viertel auf Polizeidienste und Strafverfolgung (Umschlüsselung des Nachrichtendienstes des Bundes) und ein Viertel auf die Gerichte (v.a. Lohnmassnahmen und zusätzliche Stellen beim BGer und beim BVGer). Leicht rückläufig waren die Ausgaben für die Grenzkontrollen (tiefere Investitionen aufgrund des Wegfalls der Stabilisierungsmassnahmen).

Im Bereich *Kultur und Freizeit* ist das Ausgabenwachstum von 4,5 Prozent in erster Linie auf die Verselbständigung des Schweizerischen Nationalmuseums (SNM) und die damit einhergehende Verrechnung der Unterbringungskosten zurückzuführen. Bis 2009 wurde die Miete als bundesinterne Leistungsverrechnung ausgewiesen; seit 2010 sind diese Kosten finanzierungswirksam.

Dem Unterbringungsbeitrag stehen jedoch (finanzierungswirksame) Einnahmen in gleicher Höhe gegenüber, so dass der Vorgang für den Bund neutral ist. Beim Sport führte namentlich die Ausdehnung des J+S-Alters auf fünf- bis zehnjährige Kinder zu einem Ausgabenwachstum von 3 Prozent. Im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege führten Verzögerungen in der Planung und Realisierung einzelner subventionierter Objekte zu einem hohen Kreditrest (Subventionierung nach Baufortschritt). Die Ausgaben gehen gegenüber dem Vorjahr gar um 11 Millionen zurück.

Die Ausgaben für die *Gesundheit* gehen gegenüber dem Vorjahr um 48 Millionen zurück, was im Wesentlichen auf den Rückgang der Ausgaben für Grippeimpfstoffe (H1N1) zurückzuführen ist. Im Jahr 2009 waren dafür 62 Millionen ausgegeben worden, 2010 wurde eine Restzahlung im Umfang von 17 Millionen fällig.

Die Entwicklung im Aufgabengebiet *Umweltschutz und Raumordnung* ist sehr stark durch die erstmalige Rückvergütung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen an die Bevölkerung und die Wirtschaft geprägt, die gut zur Hälfte ordentlich verbucht wurde (+437 Mio.; a.o. Verbuchung: 427 Mio., vgl. Band 1 Ziff. 62/23). Weiter führten höhere Einnahmen aus der Lenkungsabgabe auf VOC zu entsprechend höheren Ausgaben für die Rückverteilung (+8 Mio.). Auslaufende Fristen zur Einreichung von Projekten im Bereich Lärmschutz hatten sodann zusätzliche Ausgaben im Umfang von 21 Millionen zur Folge. Verzögerungen in kantonalen Projekten und Kreditreste führten demgegenüber in verschiedenen Bereichen zu tieferen Ausgaben als im Vorjahr: Abfall- (-6 Mio.) und Abwasserbeseitigung (-10 Mio.), Natur und Landschaft (-21 Mio.) und Schutz vor Naturgefahren (-18 Mio.).

Der Vorjahresvergleich ist im Aufgabengebiet *Wirtschaft* stark von den Konjunkturstabilisierungsmassnahmen geprägt. Während die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe für das Gebäudeprogramm, die Verstärkung der Exportförderung und die Massnahmen im Bereich E-Government/digitale Signatur (3. Stufe) zu Mehrausgaben von rund 240 Millionen führten, gingen die Ausgaben für die Regionalpolitik, den Tourismus und Massnahmen im Energiebereich um rund 225 Millionen zurück (Auslaufen der 1. und 2. Stufe). Ein Ausgabenzuwachs von 7 Millionen ist auf die Umschlüsselung des SIF zurückzuführen (bisher: institutionelle und finanzielle Voraussetzungen).

31 Personal

Mio CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2009	
	2009	2010	2010	absolut	%
Personalaufwand	4 812	4 927	4 824	12	0,2
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 698	4 819	4 698	0	0,0
Legislative	69	71	70	2	2,2
Entschädigungen für Parlamentarier	36	38	36	0	0,0
Personalaufwand ¹	33	32	34	2	4,6
Übriger Personalaufwand	0	0	0	0	0,0
Judikative	132	141	137	5	4,1
Bezüge Bundesrichter	37	38	37	1	2,5
Personalaufwand ¹	95	102	99	4	4,6
Übriger Personalaufwand	1	2	1	0	12,5
Exekutive	4 425	4 355	4 462	37	0,8
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	0,0
Personalaufwand ¹	4 287	4 214	4 346	59	1,4
Personalaufwand Lokalpersonal EDA ¹	69	63	57	-13	-18,1
Übriger Personalaufwand	64	73	55	-10	-15,2
Global- und Spezialkredite	42	182	71	29	68,2
Globalkredite ²	–	56	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge global ³	–	73	–	–	–
Arbeitgeberleistungen ⁴	41	53	71	30	72,3
Umstrukturierungen	30	71	-42	-72	n.a.
Sozialplan	3	26	-76	-79	n.a.
Vorruhestand	28	45	34	6	23,2
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	114	108	126	12	10,3
Aufwand für befristet angestelltes Personal ¹	114	108	126	12	10,3
Personalausgaben	4 828	4 927	4 894	66	1,4

n.a.: nicht ausgewiesen

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge.

2 Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.

3 Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2010 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.

4 VLVA (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Pensionskassenverpflichtungen, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken)

Der Personalaufwand wird in der obigen Tabelle nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche zentral im Eidg. Personalamt budgetiert und bewirtschaftet werden. Im Vergleich zur Rechnung 2009 steigt der Personalaufwand um insgesamt 12 Millionen (+0,2%).

Legislative

Der Personalaufwand der Legislative nimmt gegenüber dem Vorjahr um 2 Millionen zu. Dies erklärt sich hauptsächlich mit gestiegenen Bezügen und Arbeitgeberbeiträgen. Die Entschädigungen für Parlamentarier bleiben gegenüber dem Vorjahr stabil.

Judikative

Der Personalaufwand der Judikative steigt gegenüber der Rechnung 2009 um insgesamt 5 Millionen. Der Zuwachs ist auf den Endausbau der neu geschaffenen Gerichte sowie die Lohnmassnahmen 2010 zurückzuführen.

Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nimmt unter Berücksichtigung der Ausgliederung des Schweizerischen Nationalmuseums um 37 Millionen (+0,8 %) zu. Diese Zunahme erklärt sich in erster Linie mit den Lohnmassnahmen 2010 inkl. Arbeitgeberbeiträge (+28 Mio.) sowie stellenseitigen Aufstockungen im Umfang von 25 Millionen (+210 Vollzeitstellen). Im Weiteren führt auch das gestiegene Durchschnittsalter der Mitarbeitenden der Bundesverwaltung zu einer Erhöhung des Personalaufwands um rund 6 Millionen. Demgegenüber steht ein Minderaufwand in der Höhe von insgesamt 23 Millionen im Bereich Lokalpersonal EDA (Währungsgewinne) sowie beim übrigen Personalaufwand.

Stellenbestand

Der Bund beschäftigte Ende 2010 auf Vollzeitbasis 33 312 Personen. Im Vergleich zur Rechnung 2009 entspricht dies einer Nettozunahme des Stellenbestandes um insgesamt 256 Einheiten.

Davon entfällt der grösste Teil auf die Eingliederung des Residenzpersonals EDA in den Personalbestand. Die beschriebenen Stellenaufstockungen werden in zwei Drittel der Fälle intern kompensiert und führen daher insgesamt nicht zu Mehrausgaben für den Bund. Detailliertere Angaben zu den Stellenaufstockungen können der Zusatzdokumentation des Eidg. Personalamtes entnommen werden.

Global- und Spezialkredite

Aus den zentral beim EPA eingestellten Krediten (berufliche Integration, Hochschulpraktikant/innen, Lernende und Lohnmassnahmen) wurden die Mittel vollumfänglich und bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Sie sind in deren Personalaufwand integriert.

Arbeitgeberbeiträge

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden Arbeitgeberbeiträge wurden vollständig an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert und in deren Personalaufwand integriert.

Arbeitgeberleistungen

Die Zunahme der Arbeitgeberleistungen im Umfang von 30 Millionen basiert hauptsächlich auf der Bildung von Rückstellungen für Ruhegehälter von Magistratspersonen (+25 Mio.). Hinzu kommen Mehraufwendungen im Zusammenhang mit frühzeitigen Pensionierungen nach Artikel 88f und 88i der Bundespersonalverordnung (SR 172.220.III.3) in der Höhe von rund 7 Millionen sowie 2 Millionen zur Einhaltung der Beitragsspanne nach Artikel 32g Absatz 1 des Bundespersonalgesetzes.

Umstrukturierungen

Einen Minderaufwand im Umfang von 79 Millionen verzeichnen die Umstrukturierungen (Sozialplankosten). Hauptverantwortlich für diese Abnahme ist die Auflösung von Rückstellungen bei den Sozialplankosten nach Artikel 105 der Bundespersonalverordnung. Diese stehen in direktem Zusammenhang mit der Sistierung des Stellenabbaus im VBS (Logistikbasis der Armee).

Personalaufwand zu Lasten von Sach- und Subventionskrediten

Der Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten nimmt um 12 Millionen (+10 %) zu. Dies ist mehrheitlich auf eine Reorganisation im EDA/DEZA zurückzuführen: Die sogenannten «Apollo-Angestellten» (+30 Stellen), die bisher aus dem Kredit Humanitäre Aktionen über das Konto externe Dienstleistungen bezahlt wurden, werden neu innerhalb des gleichen Kredits dem Konto «Personalbezüge» belastet. Dies hat zur Folge, dass der Personalaufwand um gut 5 Millionen ansteigt (allerdings ohne Mehrbelastung für den Bund). Der restliche Mehraufwand verteilt sich in etwa gleichmässig über die Departemente.

Der Unterschied zwischen den Personalausgaben und dem Personalaufwand erklärt sich im Wesentlichen mit der Bildung von Rückstellungen für Ruhegehälter von Magistratspersonen sowie der Auflösung von Rückstellungen für Umstrukturierungen im VBS.

32 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber/-nehmersituation.

Die *Leistungserbringer* (BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, EVD und Führungsunterstützungsbasis der Armee FUB, welche Teil des Verteidigungsbereichs ist) erbringen als Service-Center Leistungen, insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung. Die LE verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam als Leistungsverrechnung (LV) auf Basis einer Planvollkostenrechnung. Die Leistungsverrechnung beläuft sich 2010 auf 581 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für PUBLICA, RUAG, EAV, swissmedic, FINMA, AHV-Fonds und ALV-Fonds). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüchern, LV von den bundesinternen Bezüchern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT der grösste IKT-LE (442 Mio.). Es folgen FUB (323 Mio. inkl. V-intern erbrachte Leistungen), ISC EJPD (79 Mio.) und IDZ EDA (43 Mio.). Kleinster LE ist das ISCCeco des EVD (16 Mio.).

Die *Leistungsbezüger* können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel: finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und LV für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der LB handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Informatikrat Bund (IRB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim GS EFD: Informatikreserve Bund, IKT-Wachstum Bund und Querschnittsprojekte).
- Departemente: Informatikreserve und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

Die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen setzen sich wie folgt zusammen:

- Ertrag: finanzierungswirksame Erträge, welche die LE gegenüber externen Dritten erwirtschaften.
- Aufwand: finanzierungswirksamer und nicht-finanzierungswirksamer Aufwand von LB und LE sowie LV-Aufwand der LE für bundesintern bezogene Leistungen wie Mieten oder Büromaterial.
- Investitionsausgaben: Investitionsausgaben von LB und LE.
- Ausgaben: finanzierungswirksamer Aufwand und Investitionsausgaben.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen würden und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Der finanzierungswirksame *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer sank gegenüber der Rechnung 2009 um 7 Millionen (-17,9%). Dieser Minderertrag resultierte beim BIT. Grund dafür war der Abschluss des Grossprojektes NK AVAM (Neukonzeption des Informatiksystems für die Arbeitsvermittlung und die Arbeitsmarktstatistik des ALV-Fonds), mit dem das BIT im Jahr 2009 noch 8,3 Millionen Ertrag erzielte, 2010 hingegen nur noch 0,3 Millionen.

Der *Aufwand* nahm gegenüber der Rechnung 2009 um 38 Millionen oder 3,8 Prozent zu. Das Aufwandwachstum lässt sich mit folgenden Faktoren erklären: Mehraufwand für Abschreibungen (+27 Mio.) und zusätzliche Betriebsleistungen für den Betrieb von Fachanwendungen: Gesamterneuerung der Fachanwendungen der ESTV (INSIEME +9 Mio.), Informationssystem für die Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktstatistik beim Seco (AVAM +9 Mio.), Schengener Informationssystem II beim Fedpol (+8 Mio.); Reduktion bei der Hardwarebeschaffung von 16 Millionen.

Betrachtet man das Aufwandwachstum gegliedert nach *Aufwandarten*, so waren gegenläufige Bewegungen zu verzeichnen: Während der Personalaufwand der Leistungserbringer um 26 Millionen stieg und die Abschreibungen um 27 Millionen zunahmen, sank der Sach- und Betriebsaufwand um 15 Millionen.

Der Anstieg beim *Personalaufwand* der Leistungserbringer ist bedingt durch die Schaffung von zusätzlichen Stellen sowie der Lohnmassnahmen des Bundes. Er verteilt sich wie folgt auf die LE: BIT (+17 Mio.); FUB (+6 Mio.); ISC EJPD (+3 Mio.). Beim BIT wurden nachfragebedingt Anfang 2010 zuerst noch Stellen für Grossprojekte geschaffen, bis Ende 2010 fand dann jedoch zur Umsetzung der parlamentarischen Sparvorgaben im Personalbereich im Rahmen des Voranschlags 2010 ein Stellenabbau statt.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ertrag	39	23	32	-7	-17,9
Ertrag aus Informatikleistungen	26	12	19	-7	-26,9
Übriger Ertrag	13	11	13	0	0,0
Aufwand	1 005	1 115	1 043	38	3,8
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	314	322	340	26	8,3
Sach- und Betriebsaufwand	609	679	594	-15	-2,4
Hardware Informatik	58	52	42	-16	-27,8
Software	36	41	37	1	1,4
Informatik Betrieb/Wartung	114	121	113	-1	-1,2
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	227	296	230	3	1,2
Telekommunikation	51	44	50	-1	-2,8
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	121	125	122	1	0,8
Abschreibungen	82	114	109	27	32,9
Investitionsrechnung					
Investitionsausgaben	102	124	107	5	5,1
Investitionen Informatiksysteme	60	69	61	1	1,3
Investitionen Software	39	55	46	7	18,3
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	3	0	0	-3	-88,2
Ausgaben	920	1 022	941	21	2,3
Finanzierungswirksamer Aufwand	820	898	834	14	1,7
Investitionsausgaben	100	124	107	7	7,0

Bei der FUB wurde zur Aufrechterhaltung der Leistungserbringung auf den früher geplanten Abbau von 50 Stellen verzichtet und einem zusätzlichen Aufwuchs zugestimmt. Das ISC-EJPD schaffte zusätzliche Stellen, insbesondere zur Umsetzung von Schengen/Dublin und für den Betrieb des Informationssystems Pass und Identitätskarte (SPID). Die Schaffung der zusätzlichen Stellen bei den IKT-LE mit FLAG-Status brachte keine Mehrausgaben für den Bundeshaushalt mit sich. Dies, weil die Bezüger mit finanzierungswirksam budgetierten Mitteln Leistungen bei bundesinternen LE bezogen haben.

Die Abnahme von 15 Millionen im *Sach- und Betriebsaufwand* ist praktisch vollumfänglich auf einen Minderaufwand bei der Hardwarebeschaffung zurückzuführen. Die Ausgaben für die Beschaffung von Hardware bei der FUB fielen um 16 Millionen tiefer aus, da der Ersatz der Arbeitsplatz-Hardware im Rahmen des Projektes IT-Arbeitsplatz bereits im Rechnungsjahr 2009 erfolgt war.

Der Anstieg bei den *Abschreibungen* betrug 27 Millionen. Davon entfielen 1 Million auf die Abschreibungen von Hardware, 2 Millionen für ausserplanmässige Abschreibungen beim BIT (Inventarbereinigung der Anlagen) und 24 Millionen auf die Abschreibungen von Software: Abschreibungen bei der EZV für die Fachanwendungen FIRE III und IDEE (10 Mio.) für Abschreibungen von Fachanwendungen beim ASTRA (6 Mio.) für Abschreibungen beim Baspo für das Schengener Informationssystem II (SIS II 4 Mio.), für Abschreibungen diverser Fachanwendungen des BAR 1 Mio.).

Die *Investitionsausgaben* stiegen um 5 Millionen (+4,8 %). Von den Investitionsausgaben von total 107 Millionen entfielen 61 Millionen auf die Leistungserbringer und 46 Millionen auf die Leistungsbezüger. Die Zunahme resultiert aus gegenläufigen Entwicklungen: Mehrausgaben für Software (+7 Mio.) und für Informatiksysteme (+1 Mio.) standen Minderausgaben für übrige Investitionen bei den Leistungserbringern gegenüber (-3 Mio.). Die 7 Millionen Mehrinvestitionen in Software betreffen das Projekt INSIEME der ESTV.

Die *Ausgaben* stiegen im Vergleich zur Rechnung 2009 um 21 Millionen. Sie resultieren aus den bereits weiter oben erwähnten Faktoren beim finanzierungswirksamen Aufwand und den Investitionsausgaben.

Im Vergleich zur Vorperiode ging das Ausgabenwachstum stark zurück, von 11,7 auf 2,3 Prozent. Dies zeugt von einer gestiegenen Ausgabendisziplin. Da der Bundesrat auch im Eigenbereich der Verwaltung Sparmassnahmen eingeleitet hat, wird das Ausgabenwachstum auch in den nächsten Jahren tief ausfallen. Auch der IKT-Bereich leistet so einen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts. Der Bundesrat hat mit dem Konsolidierungsprogramm 2012-2013 jährliche Einsparungen im IKT-Bereich von ca. 50 Millionen beschlossen. Dies erfordert eine konsequente Verbesserung der IKT-Effizienz. Im Projektbereich wird aufgrund eines Portfoliomanagements auf Stufe Departement und Bund eine verstärkte Priorisierung vorgenommen werden müssen.

33 Bundestresorerie

Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
				absolut	%
Total	104 615	94 807	92 559	-2 248	-2,4
Geldmarkt	10 670	6 947	9 181	2 234	32,2
Geldmarktbuchforderungen	10 670	6 947	9 181	2 234	32,2
Geldmarktkredite/Festgeldschulden Post	–	–	–	–	–
Eidg. Technische Hochschulen ETH	–	–	–	–	–
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	–	–	–	–	–
Kapitalmarkt	93 945	87 859	83 378	-4 482	-5,1
Öffentliche Anleihen	92 435	86 119	81 538	-4 582	-5,3
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	1 460	1 690	1 790	100	5,9
Festgeldschulden übrige	50	50	50	0	0,0

Die Tresorerie sorgt dafür, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen und zur Finanzierung künftiger Grossprojekte hält der Bund Tresoreriemittel, welche sicher und zu marktkonformen Bedingungen angelegt sind. Zudem ist die Tresorerie für die Devisenbeschaffung und -bewirtschaftung zuständig.

Der Bund reduzierte 2010 seine Tresorerieschulden am *Geld- und Kapitalmarkt netto* um 2,2 Milliarden; bereits im Vorjahr wurde sie um netto 9,8 Milliarden abgebaut.

Die Geldbeschaffung mittels *Geldmarktbuchforderungen* wurde um 2,2 Milliarden erhöht; insgesamt waren am Jahresende 9,2 Milliarden Geldmarktbuchforderungen ausstehend.

In bescheidenem Ausmass wurden über das Jahr *Geldmarktkredite* (inkl. Mittelaufnahmen bei PostFinance) zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der liquiden Mittel eingesetzt. Ende 2010 waren keine Geldmarktkredite ausstehend.

Der *ETH-Rat* verwaltet die Mittel des ETH-Bereichs seit dem 1.1.2007 selbständig und im Verhältnis zur EFV zentralisiert. Gemäss geltender Tresorerievereinbarung kann der ETH-Rat die zur Verfügung stehenden Zweit- und Drittmittel bei der EFV anlegen. Die *Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV* erhöhte ihre Anlagen um 100 Millionen auf 1790 Millionen per Ende 2010.

Die Ausgabe fungibler *Bundesanleihen* fand im Berichtsjahr ihre Fortsetzung. Ausser einer neuen Grundanleihe wurden ausschliesslich bestehende Anleihen aufgestockt. Die bisher grössten Anleihen entstanden durch mehrmalige Aufstockungen. Per Ende 2010 sind 19 Bundesanleihen, deren Nominalbetrag sich Ende 2010 auf insgesamt 81,5 Milliarden beläuft, ausstehend (Ende 2009: 86,1 Mrd.). Acht weisen einen Betrag von je über 5 Milliarden und davon fünf von über 6 Milliarden auf.

Im Jahr 2010 wurden – ausser im Juli und August – im monatlichen Emissionsrhythmus Bundesanleihen platziert. Die im November und Dezember 2010 begebenen Anleihen wurden erst im Januar 2011 liberiert. Insgesamt wurden im Jahr 2010 neun Anleihen emittiert; inklusive platzierten Eigenquoten wurden brutto 4,1 Milliarden aufgenommen (2009: 3,9 Mrd.). Unter Berücksichtigung der ordentlichen Rückzahlung einer Anleihe ergab sich 2010 eine Reduktion der Nettomittel bei den Anleihen von 4,6 Milliarden (2009: Nettomittelreduktion von 6,3 Mrd.).

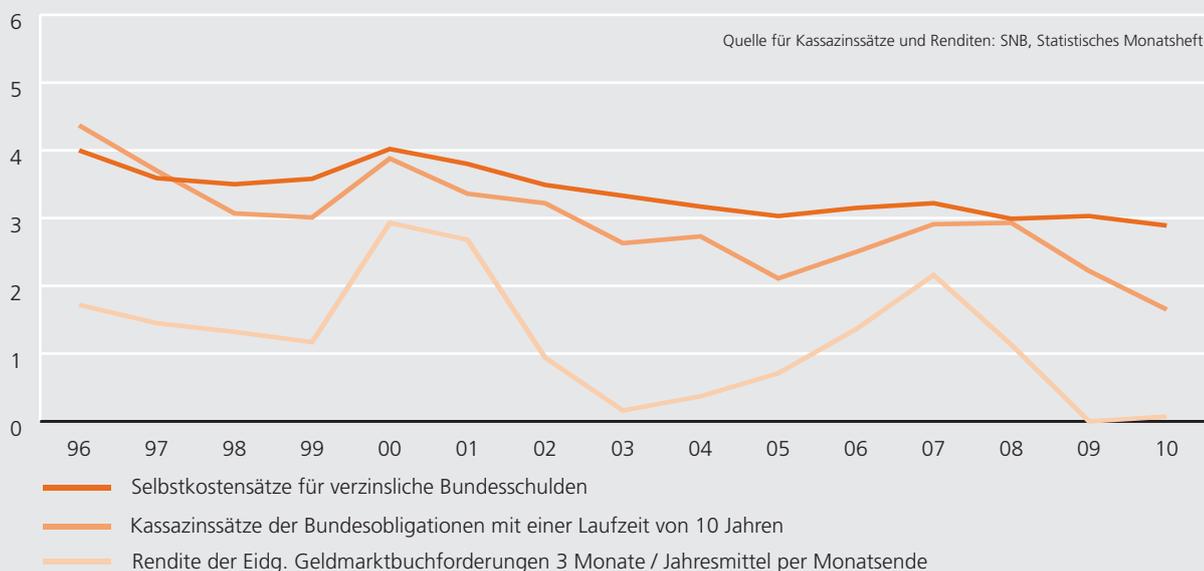
Unter der Rubrik *übrige Festgeldschulden* figuriert eine längerfristige Anlage von 50 Millionen der Skycare bei der Tresorerie.

Zinsentwicklung

Das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt und die Bewirtschaftung der Schulden durch die Tresorerie spiegeln sich im *Selbstkostensatz* für die verzinsliche Bundesschuld (ohne Kreditoren und Depotkonti) wider; dieser liegt per Ende 2010 bei 2,89 Prozent (Berechnung inkl. Kommissionen und Abgaben), nachdem der Satz im Vorjahr bei 3,03 Prozent gelegen hatte. Der Rückgang des Satzes ist auf die Rückzahlung einer Anleihe in Kombination mit einer geringeren Zunahme im kurzfristigen Bereich (Geldmarktbuchforderungen) zurückzuführen. Über die Entwicklung der Selbstkostensätze gibt die entsprechende Grafik Auskunft.

In die Berechnung der Selbstkostensätze einbezogen sind sämtliche Geld- und Kapitalmarktschulden gemäss den Positionen der Tabelle «Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden». Ende 2010 beliefen sich die Schulden zur Berechnung der Selbstkostensätze auf 92,6 Milliarden (Vorjahr: 94,8 Mrd.). In der Berechnung werden der Nominalzinssatz, der Emissionspreis, die Emissionskosten inklusive Emissionsabgabe sowie die Einlösungskommissionen auf Coupons und Titeln berücksichtigt, nicht aber die Zahlungsströme aus Zinssatzswaps.

Entwicklung der Selbstkostensätze in %



Tresorieriemittel

Die *Mittelzu- und -abflüsse der zentralen Tresorerie* unterlagen monatlichen Schwankungen von bis zu 6 Milliarden. Zum Ausgleich dieser Bewegungen hält der Bund angemessene Tresorieriemittel. Die nicht sofort benötigten Mittel werden bei der Nationalbank und am Markt platziert. Bei den Marktanlagen wird darauf geachtet, dass die Bonitäten der Gegenparteien einwandfrei sind und die Mittel breit gestreut angelegt werden, um Klumpenrisiken zu vermeiden. Aufgrund der angespannten Lage an den Finanzmärkten wurden im Laufe des Jahres selektiv Mittel am Markt platziert. Ende Jahr waren verfügbare Tresorieriemittel im Betrag von 6,4 Milliarden ausstehend (Ende 2009: 7,1 Mrd.). Die Gelder waren zum grössten Teil bei der Nationalbank angelegt.

Der Stand der Tresoriedarlehen an den ALV-Fonds stieg per Ende 2010 von 5,6 auf 7,4 Milliarden. Diese Mittel werden nicht zu den Tresorierereserven gerechnet, da sie nicht zur Liquiditätssteuerung eingesetzt werden können. Die ausstehenden Darlehen an die SBB betragen per Ende 2010 240 Millionen (Vorjahr 140 Mio.).

Nettozinslast

Die Zinsausgaben und -einnahmen waren geringer als im Vorjahr. Dadurch ergibt sich eine Reduktion der Nettozinslast (Zinsausgaben netto in % der ordentl. Einnahmen) von 4,3 auf 3,9 Prozent.

Devisenbewirtschaftung, Derivative

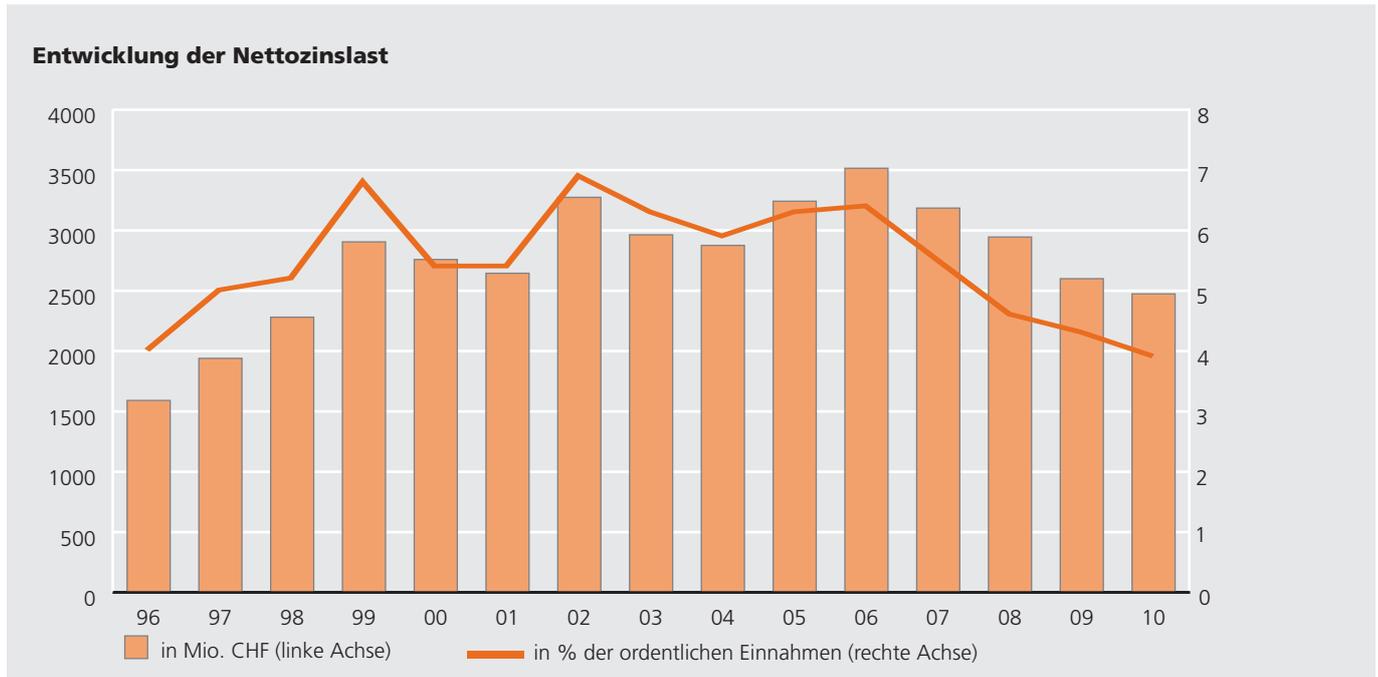
Der Budgetbedarf an *Devisen* (Euro und US-Dollar gemäss Devisenbewirtschaftungskonzept des Bundes) wurde durch Kassa- und Termingeschäfte abgesichert. Im Berichtsjahr wurden keine Optionen eingesetzt. Gemäss ordentlichem Voranschlag 2010 hat die Bundestresorerie 386 Millionen Euro und 385 Millionen US-Dollar für die Verwaltungseinheiten beschafft. Zusätzlich wurden Fremdwährungsverpflichtungen des Bundes für Spezialgeschäfte auf Basis von Sondervereinbarungen der Verwaltungseinheiten mit der Bundestresorerie abgesichert. Deren spezifischen Bedarf erstreckt sich über mehrere Jahre. Diese Fremdwährungsverpflichtungen wurden auf die Zeitpunkte des jeweiligen Zahlungsbedarfs mittels Termingeschäfte abgedeckt.

Zentrale Absicherung von Währungsrisiken

Die Absicherung der Währungsrisiken hat im vergangenen Jahr zu Diskussionen Anlass gegeben. Aufgrund der Frankenaufwertung wäre ein unterjähriger Devisenkauf (Jahresdurchschnitt 1,04 CHF/USD bzw. 1,38 CHF/Euro) billiger gewesen als die Absicherung zum Budgetkurs (1,10 CHF/USD bzw. 1,50 CHF/Euro). Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass die Devisenkurse nicht prognostiziert werden können. Die Absicherung erfüllt deshalb nach wie vor die Ziele, das Währungsrisiko für den Bund zu begrenzen und Planungssicherheit für die Verwaltungseinheiten zu schaffen. Gleichzeitig ermöglicht die zentrale Absicherung bei der Bundestresorerie das Poolen der Mittel und bessere Konditionen am Markt. Im Rückblick hat die seit 1998 verfolgte zentrale Absicherungsstrategie aus Sicht des Bundes keine Kosten verursacht, d.h. die jährlichen Schwankungen aufgrund einer negativen oder positiven Devisenkursentwicklung neutralisierten sich.

Im Bereich der *Derivate* war eine Erhöhung der Nettozinsszahlungen aus Zinssatzswaps im Vergleich zum Vorjahr von 76 Millionen auf 105 Millionen finanzwirksam zu verbuchen. Die Erhöhung ist auf die praktisch bei null Prozent liegenden Zinsen im kurzfristigen Bereich (variable Zahlungen an den Bund) zurückzuführen. Die nominelle Nettopayerposition des Bundes nahm von 3,6 Milliarden Ende 2009 auf 2,7 Milliarden Ende 2010 ab. Im Jahr 2010 wurden keine neue Zinssatzswap-Verträge oder

andere Zinsderivate abgeschlossen. Die bestehenden Zinssatzswaps wurden abgeschlossen, um eine längerfristige Zinsbindung der Bilanz zu erreichen. Die Umwandlung von variablen kurzfristigen Zinsen in langfristige Festsatzzinsen ermöglicht eine Absicherung gegen steigende Zinsen. Der negative Barwert der offenen Positionen reduzierte sich marginal von 261 Millionen per Ende 2009 auf 240 Millionen per Ende 2010.



34 Beratungsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Beratungsaufwand	252	268	238	-14	-5,4
Allgemeiner Beratungsaufwand	230	255	217	-13	-5,5
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	17	7	16	-1	-6,1
Kommissionen	5	6	5	0	2,7
Beratungsausgaben	252	268	239	-13	-5,0

Unter «Beratungsaufwand» werden die Aufwände für Dienstleistungen ausgewiesen, deren Empfänger der Bund ist: Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit). Nicht zur Beratung zählen ferner externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen).

Im Vergleich zur Rechnung des Vorjahres kommt der Beratungsaufwand um knapp 14 Millionen tiefer zu stehen (-5,4 %); der Voranschlag wird um 30 Millionen (-11,3 %) unterschritten. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr erklärt sich zu einem grösseren Teil mit Veränderungen in den Projektportfolios (Abschluss, Verzögerungen):

- *Verteidigung (-8 Mio.):* Aufgrund von internen Priorisierungen, Verzichten und Verzögerungen im Projektportfolio wurden weniger Mittel eingesetzt.
- *BSV (-4 Mio.):* Die gegenüber dem Vorjahr bereits tiefer budgetierten Mittel wurden nicht im geplanten Ausmass beansprucht, nachdem einzelne Sensibilisierungs- und Informationsmassnahmen im IV-Bereich sistiert wurden.
- *BFE (-4 Mio.):* Der Minderaufwand geht zurück auf die einmalige Mittelaufstockung für die Umsetzung der Aktionspläne Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Vorjahr.

- *EDA (-2 Mio.):* Der Minderaufwand ergibt sich aus dem Abschluss von spezifischen Projekten in den Bereichen «Zivile Konfliktbearbeitung und Menschenrechte» und «Weltausstellungen» sowie andere Projekte bei Präsenz Schweiz.
- *BFM (-2 Mio.):* Im Zuge des Rückgangs der Anhörungen im Asylverfahren waren weniger Mittel für das im Stundenlohn entschädigte Anhörungspersonal (Dolmetscher, Protokollführer, Anhörer) erforderlich.
- *Seco (+1 Mio.):* Gestützt auf die Beschlüsse des Bundesrats über die dritte Stufe der Massnahmen zur Konjunktur stabilisierung wurden die E-Government-Projekte gemäss den priorisierten Vorhaben der E-Government-Strategie Schweiz mit erhöhtem Ressourceneinsatz vorangetrieben.
- *GS VBS (+2 Mio.):* Der Mehraufwand ist auf den Beratungsbedarf bei der Integration des DAP sowie des IOS in das Generalsekretariat VBS zurückzuführen.
- *ESTV (+2 Mio.):* Im Rahmen des Informatikprojekts INSIE-ME wurden Beratungsleistungen für gut 1 Million weniger eingekauft; umgekehrt war im Zusammenhang mit der Amtshilfe USA II ein Mehraufwand in der Höhe von 3 Millionen zu verzeichnen.
- *Astra (+5 Mio.):* In den Bereichen Sicherheit und Forschung konnten die Projekte plangemäss realisiert werden, nachdem Verzögerungen im Vorjahr einen Minderaufwand für Beratungsleistungen zur Folge hatten.

Die verbleibende Differenz (ca. -4 Mio.) ist auf zahlreiche kleinere Veränderungen in unterschiedlichen Verwaltungseinheiten und Aufgabengebieten zurückzuführen.

35 Öffentlichkeitsarbeit

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
			absolut	%
Total Kosten	76,4	80,7	4,3	5,6
Presse- und Informationsarbeit	28,1	29,6	1,5	5,2
Direktinformation	36,6	42,4	5,8	15,9
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	11,7	8,7	-3,0	-28,8

Die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der Departemente, der Bundeskanzlei, der EAV und des separat erfassten Integrationsbüros EDA/EVD betragen im Jahr 2010 insgesamt 80,7 Millionen. Dies sind 4,3 Millionen bzw. 5,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Zum Anstieg der Kosten führten eine Nacherfassung von bislang nicht berücksichtigten Kosten im VBS in Höhe von rund 6 Millionen sowie neue Aufgaben im UVEK. Die Kosten der übrigen Departemente sind insgesamt zurückgegangen. Unter Berücksichtigung der im Vorjahr nicht erfassten Kosten des VBS wäre im 2010 gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der Gesamtkosten

von rund 1,5 Millionen zu verzeichnen. Der Anteil der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit beträgt unverändert 0,13 Prozent am gesamten Aufwand des Bundes.

Die Personal- und Sachkosten für Aktivitäten, welche der Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen sind, erfassen Aufwendungen für Direktinformationen (Printprodukte, Internetauftritte, Veranstaltungen, Bürgerkontakte etc.), für die Presse- und Informationsarbeit sowie für Informationskampagnen und Abstimmungsinformationen.

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern und Organisationseinheiten

Mio. CHF	Total Rechnung 2010	BK	EDA	EDI	EJPD	VBS
Total	80,7	8,3	7,0	11,9	4,4	14,2
Presse- und Informationsarbeit	29,6	4,6	1,8	3,5	2,4	5,3
Direktinformation	42,4	3,3	5,2	2,9	1,7	8,8
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	8,7	0,4	–	5,5	0,3	0,1
Fortsetzung Mio. CHF		EFD	EVD	UVEK	IB	EAV
Total		9,6	11,9	12,0	0,9	0,5
Presse- und Informationsarbeit		3,0	4,4	4,3	0,2	0,2
Direktinformation		5,6	6,5	7,5	0,6	0,3
Kampagnen und Abstimmungsinformationen		1,1	1,0	0,3	0,1	–

IB = Integrationsbüro EDA/EVD

Verwendungszweck

Von den Gesamtkosten entfielen 29,6 Millionen (36,7%) auf den Bereich *Presse- und Informationsdienst*, 42,4 Millionen (52,5 %) auf *Direktinformationen* und 8,7 Millionen (10,8 %) auf *Präventionskampagnen sowie Abstimmungsinformationen*. Der Aufwand für Presse- und Informationsarbeit nahm wie im Vorjahr um 1,5 Millionen zu (+5,2%), für Direktinformation wurden 5,8 Millionen (+15,9%) mehr ausgegeben. Deutlich rückläufig ist dagegen der Kampagnenaufwand (-3 Mio. bzw. -25,8%).

Kostenarten

Der Gesamtaufwand für *Personalkosten* für die 296 Vollzeiteinheiten (Vorjahr: 261) betrug im Berichtsjahr 49,5 Millionen (61,3 % der Gesamtkosten). Dies sind 4,6 Millionen mehr als im Vorjahr (+10,2%). Der Anstieg bei den Stellen und den Personalkosten entspricht einer Korrektur in der Erfassung im VBS: Im Bereich Verteidigung wurden rund 35 Kommunikationsstellen erstmals erfasst. Die *Sachkosten* beliefen sich auf 31,2 Millionen (38,7 % der Gesamtkosten). Dies sind 0,3 Millionen weniger als im Vorjahr (-1,0%). Der Anteil an Eigenleistungen ist somit erneut gestiegen.

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Organisationseinheiten mit Vorjahresvergleich

Mio. CHF	Total Rechnung 2009		Total Rechnung 2010		Differenz zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Total	76,4	100,0	80,7	100,0	4,3	5,6
BK	9,3	12,2	8,3	10,3	-1,0	-11,1
EDA	6,5	8,5	7,0	8,7	0,5	7,7
EDI	14,9	19,5	11,9	14,8	-3,0	-20,1
EJPD	4,1	5,4	4,4	5,4	0,3	7,1
VBS	8,5	11,1	14,2	17,6	5,7	66,8
EFD	10,7	14,0	9,6	11,9	-1,1	-10,1
EVD	13,5	17,7	11,9	14,8	-1,6	-11,7
UVEK	7,2	9,4	12,0	14,9	4,8	67,2
IB	1,0	1,3	0,9	1,1	-0,1	-11,8
EAV	0,6	0,8	0,5	0,6	-0,1	-20,5

IB = Integrationsbüro EDA/EVD

Aktivitäten der Departemente

Die Kosten der *Bundeskanzlei* für Öffentlichkeitsarbeit waren 2010 im Vergleich zum Vorjahr um rund 1 Million bzw. um rund 11 Prozent rückläufig. Bei gleichbleibendem Personalaufwand gingen insbesondere die Sachkosten zurück; einerseits fiel der Beitrag für die Leistungen der Nachrichtenagentur AP weg, weil die Schweizer Niederlassung der AP ihren Dienst einstellen musste, andererseits gab es weniger ausgabenwirksame Kosten für Übersetzungen. Grösster Einzelposten ist die Entschädigung für die Leistungen der Schweizerischen Depeschagentur (3 Mio.).

Das *EDA* verzeichnete 2010 Ausgaben in der Höhe von 7 Millionen; dies sind 0,5 Millionen bzw. 7,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Personalkosten beträgt 2,8 Millionen (39,4 %). Der grösste Teil der Personalkosten fällt im Informationsdienst an, der mit der Libyen-Krise, der Europarats-Ministerkonferenz und dem Frankophonie-Gipfel mehrere Zusatzbelastungen zu meistern hatte. Die Sachkosten belaufen sich auf 4,2 Millionen (60,6%) und sind zur Hauptsache bei der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit DEZA entstanden.

Das *EDI* wendete 2010 insgesamt 11,9 Millionen (-3 Mio. bzw. -20,1%) auf. Der Rückgang entspricht weitgehend einem gegenüber dem Vorjahr geringeren Sachaufwand beim BAG, das 2009 Sonderaufwendungen für die Grippe-Pandemie-Kampagne verzeichnet hatte. Die Personalkosten gingen im EDI ebenfalls zurück.

Die Kommunikationskosten des *EJPD* beliefen sich in der abgelaufenen Berichtsperiode auf 4,4 Millionen (0,3 Mio. bzw. +7,1%). Der Anstieg ist in erster Linie auf die erstmalige Erfassung aller Stellen im Web-Kompetenzzentrum zurückzuführen. Entsprechend stiegen die Personalkosten, ihr Anteil beträgt nun 87 Prozent; die Sachkosten gingen erneut zurück.

Die Gesamtkosten für die Öffentlichkeitsarbeit im *VBS* betragen im Berichtsjahr 14,2 Millionen (5,7 Mio. bzw. 66,8%). Die grosse Differenz beruht aber nicht auf Mehrausgaben, sondern auf einem Buchungsfehler: Im Bereich Verteidigung waren bis 2009 rund 35 Stellen im Bereich der Kommunikation in Höhe von rund 6 Millionen nicht erfasst worden. Die Kosten der

Öffentlichkeitsarbeit betragen daher im 2009 effektiv 14,3 Millionen. Dies bedeutet, dass die Gesamtkosten für die Öffentlichkeitsarbeit im *VBS* gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig waren (-0,1 Mio.).

Die im *EFD* ermittelten Kosten für Öffentlichkeitsarbeit beliefen sich im Jahr 2010 auf 9,6 Millionen Franken (-1,1 Mio. bzw. -10,1%). Die Personalkosten weisen ein Total von 6,9 Millionen Franken auf (-12,2 %). Die Sachkosten verminderten sich auf 2,8 Millionen Franken (-5,0 %). Im Vergleich zum Präsidentschaftsjahr 2009 zeigen sich die Kosten für 2010 deutlich rückläufig. Das neue Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) wird erstmals 2011 erfasst.

Im *EVD* gingen 2010 die Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit um 11,7 Prozent auf 11,9 Millionen zurück (-1,6 Mio.). Dieses Ergebnis kam trotz Zusatzbelastungen im Präsidentschaftsjahr zustande. Die Personalkosten sanken um knapp 4 Prozent, die Sachkosten um rund 27 Prozent. Der Kostenrückgang ist in erster Linie auf den Abschluss der Kampagne «Schwarzarbeit» und auf geringere Druckaufträge zurückzuführen.

Das *UVEK* verzeichnete 2010 einen markanten Anstieg der Kommunikationskosten, sie betragen 12,0 Millionen (+4,8 Mio. bzw. +67,2%). Bei gleich gebliebenen Personalkosten stiegen im Vergleich zum Vorjahr vor allem die Sachkosten an, von 1,4 auf 6,2 Millionen. Diese Entwicklung hängt mit neuen Aufgaben des ASTRA zusammen: Das ASTRA hat seit dem Inkrafttreten des NFA von den Kantonen den Ausbau, Unterhalt und Betrieb des Autobahnnetzes samt Projektkommunikation übernommen; der finanzielle Umfang der insgesamt 448 Projekte beträgt 2,1 Milliarden (inkl. Netzfertigstellung). Die Kosten für die in der Regel extern vergebene Kommunikationstätigkeit in diesem neuen Tätigkeitsfeld wurden 2010 erstmals erhoben. Sie betragen gesamthaft 4,3 Millionen Franken.

Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit des *Integrationsbüros EDA/EVD* und der *Eidgenössischen Alkoholverwaltung* gingen gegenüber dem Vorjahr zurück.

Zusammenzug der Rechnungen der FLAG-Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ordentlicher Ertrag	3 185	1 941	2 173	-1 012	-31,8
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 073	1 851	2 062	-11	-0,5
Regalien und Konzessionen	33	25	30	-3	-7,9
Übriger Ertrag	1 079	65	81	-998	-92,5
Ordentlicher Aufwand	5 100	5 114	5 303	203	4,0
Funktionsaufwand (Globalbudget)	3 765	3 811	4 023	258	6,9
Transferaufwand	1 279	1 239	1 203	-76	-6,0
Übriger Aufwand	55	64	77	22	39,7
Ausserordentlicher Aufwand	-	-	-	-	-
Investitionsrechnung					
Ordentliche Investitionseinnahmen	43	32	54	11	24,7
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	41	30	51	11	26,1
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	3	2	3	0	1,8
Ordentliche Investitionsausgaben	2 596	2 668	2 701	105	4,1
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 426	1 465	1 494	68	4,8
Investitionsbeiträge	172	174	174	1	0,9
Übrige Investitionen	997	1 029	1 033	36	3,6
Ausserordentliche Investitionsausgaben	-	-	-	-	-

Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

Der FLAG-Bereich umfasste 2010 22 Verwaltungseinheiten. Der Bestand reduzierte sich gegenüber 2009 um eine Einheit, weil das Nationalgestüt Avenches und die Agroscope zusammengeführt wurden. Die FLAG-Einheiten verursachten wie im Vorjahr rund 30 Prozent des Eigenaufwandes des Bundes (ohne Rüstungsaufwand).

Entwicklung von Erfolgs- und Investitionsrechnung

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten beläuft sich auf 2173 Millionen. Er ist um rund einen Drittel geringer als 2009 (-1012 Mio.). Der Grund liegt im *übrigen Ertrag* beim Bundesamt für Strassen (ASTRA). 2010 wurden nur wenige nach altem Recht (d.h. vor Einführung der NFA) geplante Nationalstrassenabschnitte fertig gestellt. Entsprechend waren auch kaum Erträge zu verbuchen, die sich bei der Übernahme jeweils aus den von den Kantonen finanzierten Anteilen ergeben. Diese Entwicklung entspricht der Planung gemäss Voranschlag 2010.

Der *Funktionsertrag* (Globalbudget) beträgt 2062 Millionen. Im Total hat sich dieser gegenüber 2009 kaum verändert (-11 Mio.).

- Die finanzierungswirksamen Erträge, welche rund einen Achtel des Funktionsertrags ausmachen, haben um 12 Millionen zugenommen (+4%). Der Hauptgrund dafür sind die vom AHV-Fonds vergüteten Mehrleistungen der Zentralen Ausgleichskasse (ZAS).
- Rund 80 Prozent des Funktionsertrags entstammen der internen Leistungsverrechnung (LV). Die LV-Erträge gingen leicht zurück und betragen noch 1651 Millionen (-24 Mio.; -1,4%). Einerseits verzeichnete die armasuisse Immobilien als Folge der mit der Armee XXI zu vollziehenden Reduktion des Immobilienbestandes geringere Mieterträge (-67 Mio.). Andererseits

haben die vier mit FLAG geführten Informatik-Leistungserbringer (LE IKT) aufgrund der gewachsenen Nachfrage höhere Erträge erzielt, darunter das Bundesamt für Informatik- und Telekommunikation (BIT; +36 Mio.) und das Informatik Service Center EJPD (ISC-EJPD; +11 Mio.).

Die grosse Steigerung des Funktionsertrags gegenüber dem Voranschlag (+211 Mio.; +11%) ergibt sich vor allem aus der Tatsache, dass bei den LE IKT viele der 2010 erbrachten Leistungen zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht beschlossen oder bekannt waren (z.B. BIT: +110 Mio.; +35%).

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten stieg gegenüber 2009 um 4 Prozent auf 5303 Millionen. Im *Eigenbereich (Funktionsaufwand Globalbudget)* stieg der Aufwand um 258 Millionen.

- Die höheren Abschreibungen (+140 Mio.) trugen mehr als die Hälfte zum Wachstum des Funktionsaufwandes bei. Die Zunahme fiel insbesondere bei der armasuisse Immobilien (+95 Mio.) und beim ASTRA (+40 Mio.) an.
- Der Personalaufwand stieg um 30 Millionen (+3,6%), was zu zwei Dritteln mit den nachfragebedingten Mehrleistungen der LE IKT zu erklären ist. Diesem Mehraufwand stehen auch entsprechende Mehrerträge gegenüber. Der zweite wesentliche Faktor ist die Personalaufstockung im Zuge der Übernahme ehemals kantonaler Aufgaben durch das ASTRA.
- Der Sach- und Betriebsaufwand nahm um 89 Millionen zu (+6,5%). Wesentlich davon betroffen sind neben den erwähnten LE IKT die armasuisse Immobilien (+25 Mio. für die Instandsetzung von Liegenschaften), die Agroscope (+13 Mio. für neu berechnete Mietleistungen) und das ASTRA (+13 Mio. für den Strassenunterhalt).

- Der Funktionsaufwand setzte sich wie folgt zusammen: Personalaufwand (21%), Sach- und Betriebsaufwand (36%) und Abschreibungen (43%). Die Anteile haben sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig verschoben.

Der *Transferaufwand* sank gegenüber dem Vorjahr um 76 Millionen. Den grössten Anteil an dieser Abnahme haben die Wertberichtigungen auf den Investitionsbeiträgen beim ASTRA.

Der *übrige Aufwand* stieg um 22 Millionen. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die swissmint in Folge der Zunahme des Münzumlafes höhere Rückstellungen bilden musste (+21 Mio.).

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* sind im Vergleich zum Vorjahr um 11 Millionen gestiegen. Eine Zunahme erfolgte insbesondere bei den Liegenschaftsverkäufen der armasuisse Immobilien (+7 Mio.) und beim Verkauf von Restparzellen durch das ASTRA (+4 Mio.).

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* erhöhten sich gegenüber 2009 um 105 Millionen. Im Eigenbereich betrug der Anstieg 68 Millionen und war zur Hauptsache auf höhere Ausgaben für den Nationalstrassenbau beim ASTRA zurückzuführen. Die übrigen Investitionen stiegen um 36 Millionen. Der Hauptteil entfällt wiederum auf das ASTRA, welches die Einlage in den Infrastrukturfonds wie im Voranschlag 2010 vorgesehen erhöhte.

Entwicklung des Personalbestandes

Der Jahresdurchschnitt des *Personalbestandes* der FLAG-Einheiten erhöhte sich gegenüber 2009 auf umgerechnet 5663 Vollzeitstellen (+131 FTE). Der Durchschnittswert vermittelt allerdings nicht das ganze Bild. Ende 2010 war die Anzahl Vollzeitstellen im FLAG-Bereich um 28 FTE geringer als im Vorjahr. Dies ist hauptsächlich dadurch zu erklären, dass das BIT im Laufe 2009 und bis April 2010 nachfragebedingt (u.a. für grosse Projekte, wie die Volkszählung) noch ein Wachstum verzeichnete, ehe es in Umsetzung der parlamentarischen Vorgaben bis Ende 2010 insgesamt 39 FTE abbaute. Der Ausbau von 2009 bis April 2010 ergibt für das BIT im 2010 einen um 90 FTE höheren Durchschnittswert. Nebst dem BIT verzeichnete auch die armasuisse W+T eine Stellenreduktion, dies weil einzelne Aufgaben in den Nicht-FLAG-Bereich der armasuisse verschoben wurden (-61 FTE).

Ein höherer Personalbestand ergab sich aufgrund neuer, von Bundesrat und Parlament beschlossener Vollzugsaufgaben, insbesondere bei folgenden Einheiten:

- ASTRA (+28 FTE): Aufstockung für die nach der Übernahme der Nationalstrassen neu durch den Bund zu erfüllenden Aufgaben;
- ZAS (+22 FTE): Personalbedarf für neue Aufgaben (u.a. Zentralregister, Familienzulagenregister) und zur Bewältigung der steigenden Arbeitslast (Rentengesuche und Auskünfte);
- ZIVI (+20 FTE): Personalaufstockung als Folge der mit dem vereinfachten Zulassungsverfahren deutlich gestiegenen Anzahl Zivildienstleistender;
- ISC-EJPD (+20 FTE): Anstellungen insbesondere zur Umsetzung von Schengen/Dublin und für den Betrieb des Informationssystems Pass und Identitätskarte (ISPID).

Weiterentwicklung der Verwaltungsführung

Der Bundesrat wird 2011 einen *Richtungsentscheid* über die Weiterentwicklung der Verwaltungsführung treffen. Grundlage dafür ist der Bericht über das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (Evaluationsbericht FLAG 2009) und dessen parlamentarische Beratung im 2010. Im Auftrag des Bundesrates hat das Finanzdepartement die folgenden drei Handlungsoptionen skizziert und verglichen:

- *Konsolidierung von FLAG*: graduelle Verbesserung der Instrumente und Prozesse von FLAG
- *Ausbau von FLAG*: kriteriengestütztes Verfahren zur Bestimmung neuer FLAG-Einheiten, Programmanpassungen für die breitere Anwendbarkeit
- *Neues Führungsmodell Bund*: Schaffung eines einheitlichen Modells auf der Basis der Prinzipien der ergebnisorientierten Verwaltungsführung

Um den wachsenden Ansprüchen an die finanzielle Führung zu begegnen, wurde 2007 das neue Rechnungsmodell (NRM) eingeführt. Die Dualität zwischen FLAG- und Nicht-FLAG-Einheiten blieb im NRM aber bestehen. Nun stellt sich die Frage, ob und wie die Haushaltsteuerung generell mit Leistungsvorgaben und Globalbudgets verbessert werden kann. Bei der Legislaturplanung und dem Finanzplan wurden bereits erste Schritte in dieser Richtung unternommen (Festlegung von Zielen, Indikatoren etc.). Die Ergebnisorientierung wird auch gefördert mit den Reformen bei der Steuerung ausgelagerter Einheiten (Corporate Governance) und der Steuerung gemeinsamer Aufgaben von Bund und Kantonen mittels Programmvereinbarungen.

Allgemeine und zweckgebundene Reserven FLAG

Mio. CHF	Allgemeine Reserven FLAG 2010				Zweckgebundene Reserven FLAG 2010			
	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.
Total	34,9	6,0	-1,8	39,2	76,2	43,2	-44,5	74,9
203 BRZ	0,1	–	–	0,1	0,2	–	–	0,2
285 IT EDA	1,3	–	-0,1	1,2	3,8	–	-1,5	2,3
307 NB	0,2	–	-0,2	–	1,6	0,8	-1,3	1,1
311 MeteoSchweiz	1,4	–	-0,2	1,2	0,5	2,4	–	2,9
414 METAS	1,3	0,2	–	1,5	0,4	1,2	-0,4	1,2
485 ISC-EJPD	0,5	2,9	–	3,4	6,4	1,4	-4,0	3,8
504 BASPO	2,5	–	–	2,5	0,1	–	–	0,1
506 BABS	1,8	–	–	1,8	–	–	–	–
542 ar W+T	1,1	–	-0,1	1,1	1,5	1,1	-1,4	1,2
543 ar Immo	8,8	1,5	-0,3	10,0	23,7	27,1	-21,1	29,6
570 swisstopo	2,7	0,8	-0,8	2,8	2,4	2,8	-1,0	4,2
602 ZAS	–	–	–	–	9,7	–	-5,3	4,4
603 Swissmint	–	–	–	–	1,5	–	-0,7	0,8
609 BIT	10,0	–	–	10,0	13,9	1,2	-3,8	11,3
710 Agroscope	–	–	–	–	1,7	0,4	-1,4	0,8
735 ZIVI	0,7	–	–	0,7	2,0	0,6	–	2,6
740 SAS	0,3	–	–	0,3	0,7	–	-0,1	0,6
785 ISCeco	–	–	–	–	0,3	0,7	-0,3	0,7
803 BAZL	2,0	–	–	2,0	1,0	2,3	-0,9	2,4
806 ASTRA	–	–	–	–	4,4	0,6	-1,0	4,0
808 BAKOM	–	0,5	–	0,5	0,5	0,7	-0,5	0,7

Bei der Nationalbibliothek, der MeteoSchweiz und der swisstopo hat sich nach dem Jahresabschluss 2009 gezeigt, dass nicht alle Kriterien zur Bildung der allgemeinen Reserven erfüllt waren; ein Teil der Auflösungen von 2010 entspricht deshalb den wieder ausgebuchten Reserven von 2009 (NB: 0,2 Mio., MeteoSchweiz: 0,2 Mio., swisstopo: 0,7 Mio.)

Entwicklung der Reserven

Allgemeine Reserven können gebildet werden, wenn eine FLAG-Einheit nachweislich besonders wirtschaftlich und effektiv gearbeitet hat. Der Bestand ist begrenzt auf 10 Millionen oder 5 Prozent der finanzierungswirksamen Mittel im Eigenbereich. Die Verwendung muss sich nach den Zielsetzungen des Leistungsauftrags richten. 2010 konnten 5 Verwaltungseinheiten allgemeine Reserven im Umfang von 6 Millionen bilden. Die Hälfte davon betrifft das ISC-EJPD, das sowohl Nettomehrerträge als auch Aufwandminderungen erzielt hat. Da auch 2010 kaum Reserven aufgelöst wurden, haben nun 7 Einheiten den maximalen Bestand erreicht (METAS, ISC-EJPD, armasuisse W+T, armasuisse Immobilien, swisstopo, BIT und Schweizerische Akkreditierungsstelle). Per 31.12.2010 verfügen 15 von

22 FLAG-Einheiten über allgemeine Reserven im Umfang von 39 Millionen (+15%).

Zweckgebundene Reserven können gebildet werden aus Kreditanteilen für geplante Projekte, die am Jahresende noch nicht abgeschlossen sind. Die Reserven dürfen nur für die ursprüngliche Bestimmung eingesetzt werden, ansonsten verfallen sie. 2010 wurden insgesamt 43 Millionen neue Reserven gebildet und 45 Millionen aufgelöst. Der Bestand hat somit leicht abgenommen und beträgt Ende 2010 noch 75 Millionen. Die Reserven verteilen sich auf 20 der 22 FLAG-Einheiten. Der grösste Anteil entfällt auf die armasuisse Immobilien, die ihren Aufgaben entsprechend laufend sehr viele, aufwändige Projekte führt.

Finanzierungsrechnung		Erfolgsrechnung		
Mio. CHF	Rechnung 2010		Rechnung 2010	Differenz
Finanzierungsergebnis	3 140	Jahresergebnis	4 139	999
Ordentliches Finanzierungsergebnis	3 568	Ordentliches Ergebnis	4 139	571
Ordentliche Einnahmen	62 833	Ordentlicher Ertrag	63 523	690
Fiskaleinnahmen	58 157	Fiskalertrag	57 757	-400
Regalien und Konzessionen	1 391	Regalien und Konzessionen	1 383	-8
Finanzeinnahmen	1 233	Finanzertrag	2 446	1 213
Übrige laufende Einnahmen	1 720	Übriger Ertrag	1 803	83
Investitionseinnahmen	333			-333
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	135	135
Ordentliche Ausgaben	59 266	Ordentlicher Aufwand	59 385	119
Eigenausgaben	9 487	Eigenaufwand	12 039	2 552
Personalausgaben	4 894	Personalaufwand	4 824	-70
Sach- und Betriebsausgaben	3 592	Sach- und Betriebsaufwand	4 071	480
Rüstungsausgaben	1 001	Rüstungsaufwand	1 001	-
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 143	2 143
Laufende Transferausgaben	39 536	Transferaufwand	44 024	4 488
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 705	Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 705	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	801	Entschädigungen an Gemeinwesen	807	6
Beiträge an eigene Institutionen	2 850	Beiträge an eigene Institutionen	2 850	-
Beiträge an Dritte	13 616	Beiträge an Dritte	13 608	-8
Beiträge an Sozialversicherungen	14 564	Beiträge an Sozialversicherungen	14 493	-71
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 302	4 302
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	259	259
Finanzausgaben	2 972	Finanzaufwand	3 299	327
Zinsausgaben	2 834	Zinsaufwand	2 902	69
		Abnahme von Equitywerten	95	95
Übrige Finanzausgaben	139	Übriger Finanzaufwand	302	163
		Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	22	22
Investitionsausgaben	7 270			-7 270
Sachanlagen und Vorräte	2 585			-2 585
Immaterielle Anlagen	46			-46
Darlehen	307			-307
Beteiligungen	30			-30
Investitionsbeiträge	4 302			-4 302
Ausserordentliche Einnahmen	-	Ausserordentlicher Ertrag	427	427
Ausserordentliche Ausgaben	427	Ausserordentlicher Aufwand	427	-

Vergleich der ordentlichen Transaktionen

Im Unterschied zur *Finanzierungsrechnung*, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die *Erfolgsrechnung* den Saldo aus dem periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts. Die Investitionsausgaben und -einnahmen bilden Teil der Finanzierungsrechnung.

Obenstehende Tabelle gibt Auskunft über die Herkunft der Differenzen zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden, welche

zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Geschäftsvorfälle berücksichtigt. Diese beinhalten u.a. Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt bzw. beschafft worden sind und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen und Wertberichtigungen auf den Investitionen sowie die Bewertungsdifferenzen auf den namhaften Beteiligungen (Veränderung der Equitywerte). Mit den Wertberichtigungen wird den eingetretenen Wertminderungen auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der Buch-

werte. Im Weiteren sind auch die Rückstellungen zu nennen. Diese werden für bereits eingetretene Ereignisse gebildet, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu künftigen Ausgaben führen.

Die Differenz des ordentlichen Ergebnisses zwischen der Finanzierungsrechnung und der Erfolgsrechnung beträgt 571 Millionen. Sie verteilt sich über die Kontengruppen wie folgt:

Ordentliche Einnahmen / ordentlicher Ertrag (+690 Mio.)

Die *Fiskalerträge* liegen wegen der Erhöhung der Rückstellung um 400 Millionen (auf neu 9,3 Mrd.) für künftig zu erwartende Rückerstattungsforderungen aus der Verrechnungssteuer unter den Fiskaleinnahmen.

Die Differenz bei den *Regalien- und Konzessionen* von 8 Millionen ist die Folge zeitlicher Abgrenzungen von Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen in der Landwirtschaft sowie Regalgebühren für Funkkonzessionen im Fernmeldebereich.

Der Buchgewinn von 1213 Millionen beim *Finanzertrag* resultiert im Wesentlichen aus Bewertungsgewinnen auf den namhaften Beteiligungen (Zunahme der Equitywerte, vgl. Band 3, Statistikteil, Tabelle D03) sowie dem Saldo von Abgrenzungen im Bereich der Geld- und Kapitalmarktanlagen.

Beim *übrigen Ertrag* stammt der Unterschied von 83 Millionen zur Finanzierungsrechnung vorwiegend aus der Aktivierung von Eigenleistungen (62 Mio.) sowie aus dem Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken (23 Mio.). Die Einnahmen aus der Veräusserung von Investitionsgütern im Betrag von 333 Millionen führen lediglich im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten zu einem Ertrag, welcher im übrigen Ertrag enthalten ist. Neben den erwähnten Positionen sind weitere Bereiche zu berücksichtigen: Abgrenzungen im Asylwesen (-4 Mio.), der Zentralen Ausgleichsstelle ZAS (-9 Mio.) und der Militärversicherung (-1 Mio.) sowie die Aktivierung von Kantonsanteilen von in Betrieb genommenen Nationalstrassen (2 Mio.) und im Liegenschaftsbereich (8 Mio.). Zudem sind diverse weitere zeitliche Abgrenzungen zur periodengerechten Erfassung der Erträge zu berücksichtigen.

Aus den *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* erfolgten *Entnahmen* im Totalbetrag von 135 Millionen. Es handelt sich dabei um Beträge aus der Lenkungsabgabe VOC/HEL (13 Mio.), der Spielbankenabgabe (74 Mio.) sowie aus CO₂-Abgabe (48 Mio.).

Ordentliche Ausgaben / ordentlicher Aufwand (+119 Mio.)

Die Abweichung des *Eigenaufwandes* von den entsprechenden Ausgaben von 2552 Millionen ergibt sich aus den nachstehenden Positionen: Die Aufwandminderung beim Personal von 70 Millionen resultiert aus der Auflösung verschiedener

Rückstellungen aus dem Vorjahr, so für Ferien- und Überzeitguthaben (-2 Mio.) und für Restrukturierungskosten im Zusammenhang mit dem Umbau der Armee (-93 Mio.) sowie aus einer Erhöhung der Rückstellungen für die Ruhegehälter von Magistratspersonen (+25 Mio.). Bei der Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (480 Mio.) handelt es sich grösstenteils um nichtfinanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager und um Abschreibungen von Unterhaltsarbeiten bei Liegenschaften. *Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* von 2143 Millionen erfolgen linear über die Nutzungsdauer der Anlagen. Der Abschreibungsbetrag setzt sich wie folgt zusammen: Abschreibungen auf den Nationalstrassen (1424 Mio.), Liegenschaften und Grundstücken (538 Mio.), Mobilien (74 Mio.), Informatik (59 Mio.) und immateriellen Anlagen (48 Mio.).

Beim *Transferaufwand* sind die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung bei den Kontengruppen Entschädigungen an Gemeinwesen (6 Mio.) und den Beiträgen an Dritte (-8 Mio.) mit den vorgenommenen zeitlichen Abgrenzungen für den periodengerechten Ausweis der Verpflichtungen zu erklären. Der Aufwand für *Beiträge an Sozialversicherungen* liegt mit minus 71 Millionen unter den entsprechenden Ausgaben. Dieser Betrag resultiert aus der Auflösung von Rückstellungen für künftige Rentenverpflichtungen aus der Militärversicherung (-70 Mio.), der zeitlichen Abgrenzung für Leistungen der Militärversicherungen (+1 Mio.) sowie aus einer Abgrenzung zur periodengerechten Verbuchung von Leistungen an die IV (-2 Mio.). Die *Investitionsbeiträge* werden bei der Auszahlung aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt (4302 Mio.). Neue Darlehen und Beteiligungen werden ebenfalls über die Investitionsrechnung abgerechnet und Ende Jahr gemäss den vorgegebenen Vorschriften wertberichtigt (259 Mio.). Davon entfallen auf Darlehen 229 Millionen: SBB und übrige KTU (123 Mio.), Investitionskredite an die Landwirtschaft (49 Mio.), Immobilienstiftung internationale Organisationen FIPOI (14 Mio.), Investitionsbeiträge für die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (43 Mio.). Die restlichen Wertberichtigungen betreffen verschiedene (nicht namhafte) Beteiligungen (30 Mio.).

Im *Finanzaufwand* beträgt die Differenz zu den Finanzausgaben 327 Millionen. Die Abgrenzungen zum periodengerechten Ausweis des Aufwandes betragen beim Zinsaufwand für Anleihen 69 Millionen, beim übrigen Finanzaufwand 163 Millionen (diverser Kapitalbeschaffungsaufwand 124 Mio., Kommissionen, Abgaben und Spesen 39 Mio.; vgl. auch Band I Ziffern 62/20 und 62/21). Weiter zu berücksichtigen ist eine Bewertungskorrektur von 95 Millionen infolge der Abnahme des Equitywertes der namhaften Beteiligung an der Ruag.

Die *Einlagen in die zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* betragen im Berichtsjahr total 22 Millionen. Sie betreffen vor allem den Altlastenfonds (21 Mio.) sowie den Fonds für Medienforschung, Rundfunktechnologie und Programmarchivierung (1 Mio.).

Vergleich der ausserordentlichen Transaktionen

Ausserordentliche Einnahmen / ausserordentlicher Ertrag (+427 Mio.)

Die ausserordentlichen Transaktionen betreffen die Rückverteilung der CO₂-Abgabe. Im Rahmen des Stabilisierungsprogramms hat das Parlament beschlossen, die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe rascher als ursprünglich vorgesehen an die Bevölkerung und an die Wirtschaft zurück zu verteilen. Aufgrund des

geänderten Verteilmechanismus erfolgte die Rückverteilung der Erträge 2008 und 2009 als ausserordentliche Transaktion im Sinn der Schuldenbremse. Die dafür benötigten Mittel wurden dem zweckgebundenen Fonds entnommen.

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Total Leistungsverrechnung	2 285	2 379	2 439	155	6,8
Unterbringung	1 432	1 501	1 483	51	3,6
armasuisse Immobilien	1 121	1 048	1 052	-68	-6,1
Bundesamt für Bauten und Logistik	311	453	431	120	38,5
Informatik	541	462	592	51	9,5
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	386	311	421	35	9,1
Übrige IKT-Leistungserbringer	155	151	171	16	10,4
Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften	206	252	235	29	13,9
Übrige verrechnete Leistungen	106	163	129	23	22,2
Dienstleistungen	52	101	71	19	35,4
Verkäufe	53	62	58	5	9,1

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung sieht das Rechnungsmodell des Bundes die kreditwirksame Leistungsverrechnung (LV) zwischen Verwaltungseinheiten vor. Art. 41 FHV definiert die verrechenbaren Leistungen und verlangt einen zentralen Leistungsbereichskatalog. Innerhalb der Bundesverwaltung werden Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit der Leistungen:* Das Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beim Leistungserbringer (LE) übersteigt 500 000 Franken.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden ausschliesslich Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezügler (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten die Menge oder Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs zu beeinflussen.
- *Kommerzieller Charakter der Leistung:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Im Jahr 2010 betrug das *Verrechnungsvolumen* 2,4 Milliarden (2009: 2,3 Mrd.). Davon bilden die Unterbringung einschliesslich der Gebäudebewirtschaftung mit 1,7 Milliarden und die Informatik mit 0,6 Milliarden die grössten Posten. Weitere 129 Millionen resultieren aus der Verrechnungen für Dienstleistungen und Güter.

Im Vergleich zum Voranschlag wurden insgesamt 60 Millionen mehr in Rechnung gestellt als budgetiert. Der Mehrbedarf ist auf die Informatik (+130 Mio.) zurückzuführen und hauptsächlich durch zusätzlich verrechnete Projektleistungen begründet. Dies erklärt sich aus der Praxis, dass die Vorhaben in der Budgetierungsphase oft noch nicht mit den LB vereinbart werden, sondern erst bei Konkretisierung im Vollzug. Die übrigen Bereiche verzeichnen Kreditreste (-70 Mio.).

Im Vergleich zum Vorjahr sind die folgenden Entwicklungen bemerkenswert:

- Der Leistungsbereichskatalog wurde geringfügig erweitert, was sich auf die verrechneten Leistungen ausgewirkt hat. Hervorzuheben sind die erstmaligen Verrechnungen der Dienstleistungszentren Finanzen und Personal (ausgewiesen unter «Übrige verrechnete Leistungen»), zusätzlich durch das BBL erbrachte nutzerspezifische Dienstleistungen (z.B. Reinigung) für den Betrieb von Liegenschaften sowie die Ausweitung der Verrechnung für die Unterbringung auf die Zollbauten und die Auslandvertretungen des EDA.
- Im Bereich Informatik setzten die LB mehr IKT-Vorhaben um. Die zusätzlichen Vorhaben führten zu einem höheren Bezug von Dienstleistungen beim BIT (u.a. INSIEME der Eidg. Steuerverwaltung). Weiter führte die Inbetriebnahme der Fachanwendung für den biometrischen Pass resp. der entsprechenden Systemplattform sowie die Inbetriebnahme von Fachanwendungen des ISC-EJPD im Schengen/Dublin-Umfeld zu höheren Betriebsleistungen.

Evaluation Leistungsverrechnung

Im Rahmen einer Standortbestimmung zur LV hat die EFV eine externe Evaluation in Auftrag gegeben. Es galt zu prüfen, ob die LV nach der vierjährigen Einführungsphase die ursprünglich angestrebte Wirkung erreicht hat. Im Wesentlichen kann festgehalten werden, dass aus Sicht der Verwaltungseinheiten die LV zu einer erhöhten Kostentransparenz und tendenziell zu einem stärkeren Kostenbewusstsein führt. Hingegen wird aus Sicht der LB die angestrebte Steuerwirkung noch nicht vollumfänglich erreicht. Als Grund wird unter anderem der fehlende Wettbewerb zwischen den internen und externen LE angegeben. Die aus der Evaluation hervorgegangenen Empfehlungen hinsichtlich Prozessoptimierungen werden analysiert und entsprechende Massnahmen sollen ab dem Rechnungsjahr 2012 umgesetzt werden.

71 Ziele

Mit der Aufgabenüberprüfung (AÜP) will der Bundesrat eine langfristig tragbare Finanzpolitik gewährleisten:

- Erstens sollen die Bundesaussgaben vom Jahr 2008 bis ins Zieljahr 2015 höchstens im Umfang der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wachsen. Damit soll die Staatsquote stabilisiert werden.
- Zweitens sollen sich die einzelnen Aufgabengebiete gemäss spezifischen Wachstumsraten entwickeln. Dies soll verhindern, dass gesetzlich stark gebundene und kurzfristig kaum beeinflussbare Ausgaben andere Bundesleistungen, die schwächer verankert, aber volkswirtschaftlich dennoch wichtig sind, schrittweise aus dem Budget verdrängen.

Beide Ziele hat der Bundesrat quantifiziert: Als Wachstumsziel für den Gesamthaushalt hat er das langjährige nominale Wirtschaftswachstum von 3 Prozent gewählt. Innerhalb dieses Rahmens hat er für die einzelnen Aufgabengebiete gestützt auf politische Schwerpunkte ein Prioritätenprofil mit einer spezifischen Zielwachstumsrate je Aufgabenbereich abgeleitet.

72 Zielerreichung

Gesamtausgaben und Staatsquote 2008–2015

Die Bundesaussgaben verzeichnen in der Periode 2008–2015 (Basis Voranschlag 2008) unter den aktuellen Annahmen ein jährliches Wachstum von 3,0 Prozent. Bei einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von 2,0 Prozent dürfte die angestrebte Stabilisierung der Staatsquote über den fraglichen Zeitraum verfehlt werden. Das Bild wird allerdings durch zwei Faktoren verzerrt. Zum einen hat der Wirtschaftseinbruch im Jahr 2009, der schlimmste seit den 1970er Jahren, ein markant reduziertes BIP-Wachstum zur Folge. Zum anderen führen Strukturbrüche bei den Ausgaben, insbesondere die Schaffung der CO₂-Abgabe und die befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Invalidenversicherung, in diesen Jahren zu einem stärkeren Ausgabenwachstum.

Wollte man das Ausgabenwachstum für die fragliche Periode auf 2,0 Prozent reduzieren, müssten die jährlichen Ausgaben bis ins Jahr 2015 gegenüber der aktuellen Finanzplanung um bis zu 4,5 Milliarden gesenkt werden; vom Parlament beschlossene Aufgabenintensivierungen, wie z.B. in der Entwicklungszusammenarbeit und in der Landwirtschaft, wären damit nicht mehr finanzierbar. Darüber hinaus wäre ein umfangreiches Sparpaket zu schnüren, das weit über die Umsetzung der Massnahmen der AÜP hinausginge. Es ist aus Sicht des Bundesrates aber falsch, die Finanzpolitik an einem zufällig gewählten Zeitraum 2008–2015 auszurichten. Dies umso mehr, als das Ziel einer Stabilisierung der Staatsquote bei anderen Betrachtungszeiträumen sehr wohl erfüllt wird. So wuchs das Bruttoinlandprodukt zwischen 2003, dem Jahr der Einführung der Schuldenbremse, und 2010 im

Durchschnitt um 3,2 Prozent, die Ausgaben nahmen hingegen nur um 2,5 Prozent zu. Auch in der Zukunftsbetrachtung, zwischen den Jahren 2011 und 2015, wachsen die Ausgaben (Ø +2,6 %) weniger schnell als die Wirtschaft (Ø +2,9 %). Schliesslich zeigt auch die übergreifende Betrachtung der Jahre 2003 bis 2015 ein BIP-Wachstum (Ø +3,0%), das über dem Ausgabenwachstum liegt (Ø +2,6%). Damit wird deutlich, dass der Zeitraum der AÜP (2008 bis 2015) für die Beurteilung der Staatsquote ein verzerrtes Bild ergibt.

Ausgabenwachstum und Schuldenbremse

Obwohl die Ausgaben über den betrachteten Zeitraum mit 3,0 Prozent deutlich schneller wachsen als die Wirtschaft (2,0 %), werden die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten – ein scheinbarer Widerspruch. Doch die höchstzulässigen Ausgaben gemäss Schuldenbremse richten sich nicht nach dem *Wirtschaftswachstum*, sondern nach dem *Einnahmenniveau* und der *Wirtschaftslage*.

Das Einnahmenwachstum beläuft sich zwischen Voranschlag 2008 und dem Jahr 2015 auf 2,7 Prozent und übertrifft damit jenes der Wirtschaft deutlich. Sonderfaktoren bei den Einnahmen (Steuersenkungen oder -erhöhungen) sind nicht die Ursache für die Differenz, denn sie halten sich insgesamt in etwa die Waage. Der Unterschied geht vielmehr auf den unerwarteten Anstieg des *Einnahmenniveaus* gleich zu Beginn des Zeitraums zurück, der sich bereits in der Rechnung 2008 zeigte. Er pflanzt sich als Basiseffekt durch alle Folgejahre fort und führt – ausgehend vom tiefen Einnahmenniveau im Budget 2008 – zu einem entsprechend starken Einnahmenwachstum. Dieses wiederum ermöglicht ein vergleichbares Ausgabenwachstum.

Darüber hinaus verlangte die Schuldenbremse im Jahr 2008 infolge der guten *Wirtschaftslage* einen Einnahmenüberschuss von 750 Millionen (konj. Überschuss), während 2015 mit der Rückkehr zur einer durchschnittlichen Auslastung der Wirtschaft ein solcher Überschuss nicht mehr erforderlich ist. Diese Lockerung der Vorgaben der Schuldenbremse ermöglicht schliesslich ein Ausgabenwachstum, das im betrachteten Zeitraum jenes der Einnahmen sogar übersteigt.

Ausgaben nach Aufgabengebieten

Im Rahmen der laufenden Erarbeitung des Voranschlags 2012 und des Legislaturfinanzplans 2013–2015 können die Zielwachstumsraten erstmals mit der voraussichtlichen Entwicklung bis ins Jahr 2015 verglichen werden. Die nachfolgende Tabelle zeigt den Vergleich der AÜP-Zielwachstumsraten mit den aktuellen Planwachstumsraten gemäss Vorgaben des Bundesrates für die Planung der Jahre 2012–2015. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Legislaturfinanzplan erst im November 2011 materiell verabschiedet wird, so dass sich die Wachstumsraten noch verändern können.

Aufgabenbereiche

	Ø Zielwachstum gemäss AÜP 2008-2015	Ø Planwachstum VA2008-prov. LFP2015	Abweichung von ursprüngl. Planung in %
Bund total	3,1%	3,0%	-0,1%
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	0,9%	1,6%	0,7%
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,5%	2,9%	1,4%
Politische Beziehungen zum Ausland	1,5%	2,2%	0,7%
Entwicklungszusammenarbeit	3,3%	7,4%	4,1%
Wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland	1,5%	4,0%	2,5%
Landesverteidigung	1,5%	1,1%	-0,4%
Bildung und Forschung ¹	4,5%	4,4%	-0,1%
Kultur und Freizeit	1,5%	1,8%	0,3%
Gesundheit	-0,5%	0,0%	0,5%
Soziale Wohlfahrt	4,4%	4,3%	-0,1%
Arbeitsmarkt/Wohnbauförderung	1,7%	5,2%	3,5%
Migration	-0,8%	3,2%	4,0%
Verkehr ²	2,0%	2,2%	0,2%
Umweltschutz und Raumordnung	1,5%	10,2%	8,7%
Landwirtschaft ²	0,1%	0,4%	0,3%
Wirtschaft (ohne Forstwirtschaft / Energie)	0,5%	-1,9%	-2,4%
Forstwirtschaft / Energie	1,5%	12,8%	11,3%
Finanzen und Steuern ³	4,1%	1,3%	-2,8%

1 Exkl. ETH-Mieten

2 Vorleistungen AÜP aus dem Jahr 2008 berücksichtigt

3 Aufgabengebiet war nicht Bestandteil der AÜP

Die meisten Aufgabengebiete wachsen schneller als in der AÜP vorgesehen, obwohl die durchschnittliche Teuerung rund 0,3 Prozentpunkte tiefer liegen dürfte, als bei der Erarbeitung der Zielwachstumsraten angenommen worden war. Dass dies nicht zu einem höheren Wachstum der Gesamtausgaben geführt hat, ist hauptsächlich dem Aufgabengebiet *Finanzen und Steuern* zu verdanken: für Passivzinsen gibt der Bund heute rund 1 Milliarde weniger aus als noch vor 4 Jahren. Die solide Finanzpolitik und der Schuldenabbau der letzten Jahre haben somit ein überdurchschnittliches Wachstum der meisten Aufgabengebiete erlaubt.

Verschiedene kleinere Aufgabengebiete wachsen stärker als ursprünglich beabsichtigt (z.B. *Ordnung und öffentliche Sicherheit, politische und wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland, Forstwirtschaft und Energie*). Dieses höhere Wachstum ist primär durch exogene Faktoren, Parlamentsbeschlüsse und/oder das Personal(kosten)wachstum¹ bedingt. Der Ausgabenrückgang im Aufgabengebiet *Wirtschaft* (-1,9 %) ist auf die Auslagerung der Finanzmarktauf-sicht zurückzuführen.

¹ Der Personalaufwand des Bundes wächst in der Periode 2008–2015 um durchschnittlich 2,3 % pro Jahr; pro Kopf wächst er um 1,6 % jährlich. In Aufgabengebieten mit einem hohen Anteil an Personalkosten (z.B. institutionelle und finanzielle Voraussetzungen: 60%, Ordnung und öffentliche Sicherheit: 70%) ist dies kaum kompensierbar. Andere Wachstumstreiber waren/sind: Ordnung und öffentliche Sicherheit: Umsetzung der Schengen/Dublin-Abkommen; Wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland: Kohäsionsbeiträge; Arbeitsmarkt/Wohnbauförderung: Erhöhung des Bundesbeitrags an die ALV; Migration: Zunahme der Asylgesuche; Umweltschutz sowie Forstwirtschaft/Energie: Rückverteilung/Verwendung CO₂-Abgabe; Kultur und Freizeit: Weiterführung und Aufstockung der indirekten Presseförderung.

Die *Entwicklungszusammenarbeit* weist unter den grossen Aufgabengebieten die höchste Wachstumsrate aus (7,4 %), die auch weit über der Zielwachstumsrate von 3,3 Prozent liegt. Dies erklärt sich durch die vom Parlament geforderte und in der Planung schrittweise angestrebte APD-Quote von 0,5 Prozent. Auch die Ausgaben für die *Landwirtschaft* nehmen – insbesondere unter Berücksichtigung der tieferen Teuerung – schneller als vorgesehen zu (0,4 % statt 0,1 %). Dies ist insbesondere auf Parlamentsentscheide zur Aufstockung der landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen zurückzuführen. Das Ausgabenwachstum für den *Verkehr* übertrifft die Zielwachstumsrate ebenfalls (2,2 % statt 2,0 %); dies wird v.a. durch die Verwendung der zweckgebundenen Einnahmen aus der LSWA ermöglicht, die über den Planungszeitraum markant zunehmen.

Der Aufgabenbereich *Bildung und Forschung* weist unter den grossen Aufgabengebieten hinter der Entwicklungszusammenarbeit die höchste Wachstumsrate aus (4,4 %) und liegt damit nur knapp unter der Zielwachstumsrate von 4,5 Prozent. Um die tiefere Teuerung korrigiert wird das Zielwachstum jedoch erreicht. In der *sozialen Wohlfahrt* dürfte das Ausgabenwachstum aus heutiger Sicht um 0,1 Prozentpunkte hinter den ursprünglichen Schätzungen zurückbleiben. Die tiefere Teuerung (entsprechend tiefere Rentenerhöhungen), die Auswirkungen der 4. und 5. IV-Revision (insb. geringere Zahl von Neurenten) und ein im Vergleich zur ursprünglichen Planung geringeres Kostenwachstum im Gesundheitswesen (individuelle Prämienverbilligung) führen gegenüber den ursprünglichen Annahmen zu einer Entlastung.

Das Wachstum des Aufgabenbereichs *Landesverteidigung* liegt unter der Zielwachstumsrate. Unter Berücksichtigung der tieferen durchschnittlichen Teuerung 2008–2015 entspricht das

Wachstum aber weitgehend dem 2008 formulierten Ziel. Das VBS verfügt zudem über die Möglichkeit, im Rahmen seines Ausgabenplafonds Kreditreste in späteren Jahren zu verwenden; die effektive Wachstumsrate dürfte damit ex post höher ausfallen, sind doch in der Rechnung 2010 Kreditreste im mittleren dreistelligen Millionenbereich entstanden. Schliesslich ist nach 2015 ein Wachstumsschub zu erwarten, wenn der vom Bundesrat getroffene Grundsatzentscheid zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge umgesetzt wird.

Das im Jahr 2008 festgelegte Prioritätenprofil wird somit aus heutiger Sicht weitgehend eingehalten. Wenngleich die meisten Aufgabengebiete real schneller wachsen als ursprünglich angenommen, hat sich das relative Gefüge der Wachstumsraten bewährt. Der Bundesrat hat daher im Januar 2011 entschieden, dieses Profil nicht grundlegend zu überarbeiten.

Der Bundesrat sieht zur Zeit keinen Spielraum für unkompensierete Erhöhungen der Zielwachstumsraten einzelner Aufgabengebiete. Auch namhafte Verschiebungen der Prioritäten zwischen den Aufgabengebieten sind zumindest in der kurzen Frist angesichts des hohen Anteils an gebundenen Ausgaben nicht realistisch. Kurskorrekturen müssen sich daher auf punktuelle, kleinere Prioritätensetzungen innerhalb allfälliger Handlungsspielräume in der Finanzplanung beschränken. So hat der Bundesrat mit Blick auf den Voranschlag 2012 und den Legislaturfinanzplan 2013–2015 sowie auf die wichtigen mehrjährigen Finanzierungsbeschlüsse für die Jahre 2013 bis 2016 beschlossen, den Aufgabengebieten Verkehr sowie Bildung und Forschung zusätzliche Mittel im Umfang von je 50 (2015) bzw. 100 Millionen (2016) zuzuteilen, weil er den Ausgabendruck in diesen Aufgabengebieten als sehr hoch einschätzt und Investitionen hier am ehesten eine positive Wirkung auf das Wirtschaftswachstum haben. Die zusätzlichen Mittel stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

73 Massnahmen

Inhalt der Massnahmen

Zur Erreichung seiner Ziele hat der Bundesrat das Aufgabenportfolio des Bundes systematisch auf Reform- und Abbaupotenziale durchleuchtet. Ein wichtiges Zwischenergebnis dieser Arbeiten hat er in einem Ergänzungsbericht zum Legislaturfinanzplan 2009–11 veröffentlicht.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt bewogen den Bundesrat im Herbst 2009, ein Konsolidierungsprogramm für den Bundeshaushalt zu planen. Er konnte dabei auf einen Teil der im Legislaturfinanzplan 2009–11 aufgezeigten Reformstossrichtungen zurückgreifen. Am 14.4.2010 hat er, zeitgleich mit der Eröffnung der Vernehmlassung zum Konsolidierungsprogramm (KOP 12/13), den Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung mit rund 80 Massnahmen in Form von Aufgabenverzicht, Leistungsreduktionen und Strukturreformen verabschiedet:

- Davon wurden gut 50 Massnahmen mit rascher Entlastungswirkung und geringem Rechtsänderungsbedarf – primär Effizienzmassnahmen, kleinere Aufgabenverzicht und Ausgabenkürzungen – in das KOP 12/13 integriert. Diese Massnahmen wurden teilweise sistiert, nachdem die Finanzkommission des Ständerates im Januar 2011 beschlossen hatte, nicht auf das Konsolidierungsprogramm einzutreten. Massnahmen, die bereits im Voranschlag 2011 vorgesehen waren, werden jedoch unverändert umgesetzt oder sind bereits realisiert, so namentlich die Einsparungen durch Reformen bei der Invalidenversicherung und der Krankenversicherungen, die Schliessung der Konsulate in Düsseldorf und Genua oder die Effizienzsteigerungen beim Bundesamt für Metrologie (metas).
- Die übrigen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung, die komplexere Reformen erfordern und mehr Zeit für Detailplanung und Implementierung beanspruchen, werden mit separaten Vorlagen vorangetrieben. Diese zweite Gruppe von 25 Massnahmen stand im Zentrum des Berichts vom 14. April 2010 zur Umsetzungsplanung. Über den Umsetzungsstand dieser Massnahmen berichtet der Bundesrat jährlich im Rahmen der Staatsrechnung.

Über diese 80 Massnahmen hinaus bestehen in verschiedenen Aufgabengebieten grössere Reformprojekte, die nicht Teil der Aufgabenüberprüfung sind, im Bericht zur Umsetzungsplanung aber ebenfalls erwähnt wurden. Beispielhaft seien die Überprüfung des heutigen dualen Führungsmodells (FLAG und herkömmliche Inputsteuerung), die geplanten Reformen bei der Finanzierung der Schieneninfrastruktur und die mit dem Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) angestrebte Beschleunigung der Strukturbereinigung in der Hochschullandschaft erwähnt.

Stand der Umsetzung per Ende 2010

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Stand der Umsetzung der 25 längerfristigen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung sowie die nächsten Meilensteine. Die Mehrzahl der Massnahmen ist auf Kurs, so konnten die für das Jahr 2010 vorgesehenen Meilensteine weitgehend erreicht werden. Verzögerungen und andere Umsetzungsschwierigkeiten sind am Ende der Tabelle zusätzlich kommentiert.

In zwei Bereichen konnten bereits drohende Mehrbelastungen vermieden werden. So werden die Aktionspläne Energieeffizienz und Erneuerbare Energien haushaltneutral umgesetzt; die Mittel wurden nicht aufgestockt. Ebenso können namhafte Aufstockungen des Personalbestands des Grenzwachtkorps, wie sie die Motion Fehr (08.3510) forderte, aller Voraussicht nach abgewendet werden.

Alle übrigen Massnahmen werden von den Departementen weiterverfolgt. Das geplante Entlastungsvolumen von rund 1,3 Milliarden ist nach wie vor realistisch. Da das Prioritätenprofil eingehalten werden kann und bereits wieder namhafte Mehrausgaben beschlossen wurden, sollen die Entlastungen in erster Linie dem Bundeshaushalt zugut kommen und nicht für andere Aufgaben verwendet werden.

Ziffer	Titel/Massnahme	Dept.	Entlastung, ab wann?	Erreichte Meilensteine 2010	Nächste Meilensteine (ohne anderen Hinweis: 2011)
1	Programm INSIEME: Ersatz der applikatorischen Informatik der ESTV	EFD	2014: 6 Mio. 2015: 10 Mio.	Zusatzkredit bewilligt WTO-Ausschreibung	Umsetzung des Informatikprojekts
2	Effizienzsteigerungen im IKT-Bereich: - Telekommunikationsstrategie - Zentralisierung IKT-LE - E-Government Finanzen	EFD	2013: 5 Mio. 2014: 20 Mio.	Verzögerungen bei der Erarbeitung der Telekommunikationsstrategie Grundsatzbeschluss für eine Reorganisation der IKT-Führung und Steuerung, inkl. Abklärungen zur Zentralisierung der IKT-Leistungserbringer E-Government Finanzen: Pilotprojekte	Verabschiedung Telekommunikationsstrategie. Reorganisation der IKT-Führung und -Steuerung Bund Verabschiedung eines Berichts mit Antrag auf Abschreibung der Motion Noser (07.3452) 2012: Start elektronische Rechnungsverarbeitung
3	Strafung des Portfolios bei den zivilen Bundesbauten	EFD	2015: 12 Mio.	Evaluation Teilportfolio Wohnbauten abgeschlossen Projektstudie über Optimierungen bei den Labors	Bundesratsbeschluss über das weitere Vorgehen bei den Wohnbauten Verschiedene Teilprojekte zur Optimierung der Labors (u.a. Zentralisierung Einkauf, Prüfung eines Labors für Routineanalytik)
4	Zukünftige Ausrichtung von MeteoSchweiz	EDI	n.q.	Grundsatzbeschluss des Bundesrates zur Auslagerung von MeteoSchweiz	Vernehmlassung zum Meteorologiegesetz
5	Finanzielle Beteiligung der Kantone an der Erhebung von Geodaten	VBS	2015: 1,5 Mio.	-	2013: Vernehmlassung zur Revision des Geoinformationsgesetzes
6	Prüfung einer Reduktion der Anzahl gesellschaftsorientierter ausserparlamentarischer Kommissionen	BK	n.q.	Kriterienkatalog erstellt. Überprüfung der Kommissionen durch die Departemente	Bundesratsbeschluss zur Überprüfung und Gesamterneuerungswahlen
7	Überprüfung der Ruhestandsregelungen bei besonderen Personalkategorien	EFD	n.q.	Interdepartementale Arbeitsgruppe konstituiert	Aussprache im Bundesrat
8	Stabilisierung des Bestands des Grenzwachtkorps (GWK)	EFD	2011: 30 Mio.*	Zuteilung von 11 zusätzlichen Stellen ab Voranschlag 2011 Bericht des Bundesrates vom 26. 1. 2011 über die EZV	Bericht in Erfüllung des Postulats GPK-S (10.3888) «Prüfung der Aufhebung des Mindestbestandes des Grenzwachtkorps im Schengen-Bundesbeschluss»
9	Zukünftige Ausrichtung des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung	EJPD	n.q.	Evaluation der Ausrichtung durch das EJPD	Bundesratsbeschluss zur künftigen Ausrichtung
10	Optimierung des Aussennetzes	EDA	2014: 30 Mio.	Bestandesaufnahme der Gesamtkosten als Grundlage für weitere Arbeiten	Bundesratsaussprache über die Ausgestaltung des Aussennetzes
11	Reform der Finanzierung der FIPOI-Darlehen	EDA	n.q.	Evaluation der Reform durch das EDA	Bundesratsaussprache über das weitere Vorgehen.
12	Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik	VBS	n.q.	Sicherheitspolitischer Bericht und Armeebericht	Bericht an den Bundesrat über die im Armeebericht skizzierten Sparmassnahmen. 2012: Botschaften zu rechtlichen Anpassungen
13	Erschliessung von Synergiepotenzialen bei den zivilen Nachrichtendiensten	VBS	n.q.	DAP und SND wurden per Anfang 2010 zum NDB fusioniert.	Bundesratsbeschluss zur Höhe und zur Verwendung des Synergiepotenzials

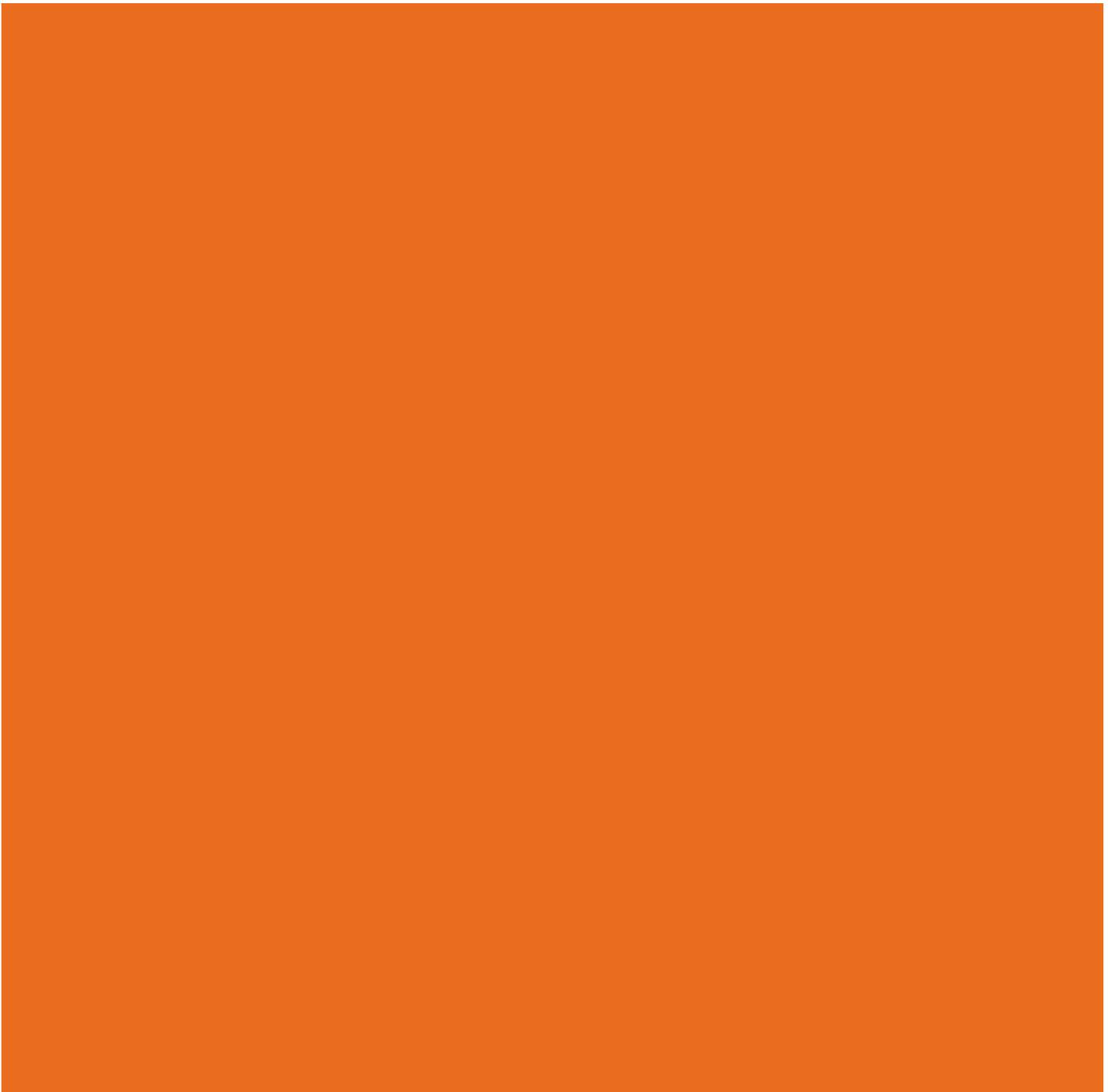
Ziffer	Titel/Massnahme	Dept.	Entlastung, ab wann?	Erreichte Meilensteine 2010	Nächste Meilensteine (ohne anderen Hinweis: 2011)
14	Priorisierungen in der Ressortforschung	EDI/ EVD	2014: 30 Mio.	Arbeiten im Hinblick auf die Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIG)	2011: Botschaft zur Totalrevision FIG 2012: Bericht an den Bundesrat über Varianten zur Umsetzung der Priorisierungen in der Ressortforschung
15	Stabilisierung des J+S-Angebots sowie Beschränkung des Studienzugangs an der Eidg. Hochschule für Sport in Magglingen (EHSM)	VBS	2011: 8 Mio.*	Parlamentarische Beratung des Sportförderungsgesetzes. J+S-Angebot stabilisiert.	Umsetzung der Zugangsbeschränkung zur EHSM
16	Neuregelung Prävention und Gesundheitsförderung	EDI	2014: 7,5 Mio.	Parlamentarische Beratung des BG über Prävention und Gesundheitsförderung	2013: Inkraftsetzung
17	Umfassende Rentenreform in der AHV und Neuregelung des Bundesbeitrags	EDI	2020: >500 Mio.*	Ablehnung der 11. AHV-Revision durch das Parlament. Die Festlegung der Eckpfeiler für die 12. AHV-Revision wurde daher vertagt.	2012: Festlegung der Eckpfeiler für die nächste AHV-Revision
18	Stärkere Verursacherfinanzierung im Verkehr	UVEK	n.q.	Strategiebericht des Bundesrates «Zukunft der nationalen Infrastrukturnetze». Grundsatzbeschluss des Bundesrates für eine stärkere Verursacherfinanzierung im Rahmen eines Gegenentwurfs zur Initiative «Für den öffentlichen Verkehr».	Vernehmlassung zur Vorlage «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (FABI), mit der Schaffung eines Bahninfrastrukturfonds und einer Verstärkung der Verursacherfinanzierung.
19	Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz: vollständige Kompensation des Mehraufwands	UVEK	2014: 305 Mio.*	Anhörung der Kantone durchgeführt. Im Rahmen der Verständigungslösung haben die Kantone akzeptiert, dass dem Bund aus dem Netzbeschluss keine Mehrbelastung entstehen darf. Es wurde vereinbart, dass die Kantone 30 Mio. kompensieren, und dass der restliche Finanzierungsbedarf des Bundes (rund 275 Mio.) über Mehreinnahmen finanziert werden soll (Erhöhung des Preises der Autobahnvignette). Die Umsetzung des Netzbeschlusses ist rechtlich an diese Mehreinnahmen gekoppelt.	Erarbeitung Botschaft zum neuen Netzbeschluss
20	Reform regionaler Personenverkehr (RPV): Umstellung Bahn auf Bus	UVEK	n.q.	–	Vernehmlassung
21	Priorisierungen bei der Umsetzung von Baunormen im Bahnverkehr	UVEK	2012: 30 Mio.* 2013: 40 Mio.* 2014: 60 Mio.* 2015: 70 Mio.*	–	Vernehmlassung zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes

Ziffer	Titel/Massnahme	Dept.	Entlastung, ab wann?	Erreichte Meilensteine 2010	Nächste Meilensteine (ohne anderen Hinweis: 2011)
22	Auslagerung der Aufsicht Luftverkehr in eine gebührenfinanzierte Organisationsform	UVEK	2015: 50 Mio.	–	2012: Vernehmlassung zur Revision LFG
23	Verzicht auf die Subventionierung neuer Abwasseranlagen	UVEK	2013: 20 Mio.* 2014: 30 Mio.*	Anhörung zur Revision der Gewässerschutzverordnung	Parlamentarische Beratung der Folgemotion der UREK-5 (10.3635) «Verursachergerechte Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen im Abwasser»
24	Auslagerung des Bundesamtes für Metrologie (METAS)	EJPD	2014: 1 Mio.	Vernehmlassung und Botschaft zum Messgesetz	Parlamentarische Beratung des Messgesetzes
25	Haushaltneutrale Umsetzung der Aktionspläne Energieeffizienz und Erneuerbare Energien	UVEK	2011: 14 Mio.*	Keine Erhöhung der Budgetmittel für die Aktionspläne. Damit ist die Massnahme umgesetzt.	–

* = Vermeidung von Mehrbelastungen

Bemerkungen zu einzelnen Ziffern

- 2 Die Erarbeitung der Telekommunikationsstrategie hat mehr Zeit in Anspruch genommen als erwartet, weil ein breiterer Variantenvergleich notwendig war. Im Jahr 2011 sollen je eine Telekommunikationsstrategie für Daten und für Telefonie verabschiedet werden.
Der Bundesrat hat sodann beschlossen, die IKT-Führung und -Steuerung grundlegend zu überarbeiten. So sollen die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten in der IKT analog denjenigen in den Supportprozessen Personal, Finanzen und Logistik ausgestaltet werden. Die von der Motion Noser geforderte Reduktion von 5 auf 2 Leistungserbringer erachtet der Bundesrat als nicht optimal, weil sich die spezifischen Bedürfnisse der Departemente so zu wenig berücksichtigen liessen. Entsprechend wird der Bundesrat dem Parlament die Abschiebung der Motion beantragen. Der Bundesrat will aber - neben der Reorganisation der Führung und Steuerung - die operative Steuerung der Leistungserbringer im Rahmen der Leistungsaufträge für die Periode 2012-2015 verbessern und vermehrt Wirtschaftlichkeitsziele setzen, um entsprechende Effizienzgewinne zu erzielen.
- 3 Eine konkrete Einschätzung der möglichen Entlastungswirkung einer Optimierung bei den Labors des Bundes kann frühestens Ende 2011 gemacht werden.
- 8 Im Bericht vom 26. Januar 2011 über die EZV kommt der Bundesrat zum Schluss, dass ein Mehrbedarf von 35 Stellen beim GWK nachvollziehbar ist, nicht jedoch beim zivilen Zoll. Bereits mit dem Voranschlag 2011 wurden der EZV 11 zusätzliche Stellen gewährt. Der Bundesrat wird im Rahmen der Prioritätensetzung und der vorhandenen Mittel der Personalsituation des GWK besondere Beachtung schenken und versuchen, die Lücken zu schliessen. Eine Aufstockung um 200 bis 300 Stellen, wie sie die Motion Fehr (08.3510) ursprünglich forderte, ist jedoch aus Sicht des Bundesrates nicht notwendig. Die finanziellen Ziele dieser Massnahme sollten damit weitgehend erreicht sein.
- 17 Die Massnahme sah ursprünglich die Vermeidung von Mehrbelastungen im Umfang von 650 Millionen vor, was dem voraussichtlichen Defizit der AHV im Jahr 2015 entsprach. Mit der 12. AHV-Revision waren eine umfassende Rentenreform und eine Neuregelung des Bundesbeitrags (Entkoppelung von den Ausgaben der AHV) vorgesehen. Nach der definitiven Ablehnung der 11. AHV-Revision durch das Parlament ist dies in Frage gestellt. Das angestrebte Entlastungsvolumen der nächsten AHV-Revision kann erst bei der Festlegung der Eckpfeiler derselben definiert werden. Wird der Bundesbeitrag an die AHV analog zur IV an die Entwicklung der MWST (statt an die Ausgaben der AHV) gekoppelt, ergibt dies für den Bund aus heutiger Sicht fünf Jahre nach Inkrafttreten einer Revision eine Entlastung von rund einer halben Milliarde; mit einem Inkrafttreten der nächsten AHV-Revision ist allerdings nicht vor 2016 zu rechnen.
- 18 In der Vernehmlassungsvorlage «zur Finanzierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI; Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»)» ist vorgesehen, den Haushalt mittels einer stärkeren Verursacherfinanzierung um rund 550 Millionen pro Jahr zu entlasten.
- 19 Der Preis der Autobahnvignette soll erhöht werden, sobald der Saldo der Spezialfinanzierung Strassenverkehr unter 1 Milliarde fällt. Der Netzbeschluss soll aus heutiger Sicht per Anfang 2014 in Kraft treten.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
A Übersicht	63
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	63
A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	64
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	65
B Finanzierungsrechnung	67
B1 Einnahmen nach Kontengruppen	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	67
B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen	68
B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen	69
B2 Ausgaben nach Kontengruppen	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	70
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	72
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	74
B3 Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	76
B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	78
B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten	80
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2010/2009	82
B4 Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	84
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	86
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	87
C Erfolgsrechnung	89
C01 Ertrag nach Kontengruppen	89
C02 Aufwand nach Kontengruppen	90
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	92
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	93
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2010/2009	94
D Bilanz	97
D01 Bilanz im Detail	97
D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten	100
D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten	103
D04 Kurz- und langfristige Schulden	107

	Seite
E Bundestresorerie	109
E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze	109
E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden	110
E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen	111
E04 Nettozinslast	112
E05 Derivative Finanzinstrumente	112
F Personal	113
F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand	113
F02 Personalaufwand im Detail	114
F03 Höchstbezüge 2010 nach Lohnklassen	115

A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung		Bilanz		
	Ordentliches Finanzierungsergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Fehlbetrag	Bruttoschulden
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	34 951	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	38 173	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	45 302	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	87 107	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	76 055	106 813
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	70 423	108 108
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	71 969	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 529	-5 014	37 401	42 415	41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	30 875	67 513
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 546	24 624	55 296
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	17 492	38 509

Hinweis: Ordentlicher Ertrag und Aufwand bis 2006 (vor Einführung NRM) gemäss statistischer Erfolgsrechnung.

A02 Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung		
	Ausserordentliche Einnahmen	19 652	Ausserordentliche Ausgaben
			19 726
2010	–	–	Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen 427
2009	Pflichtwandelanleihe UBS 6 807		–
	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen 217		
2008	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen 219		Pflichtwandelanleihe UBS 5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa 64		Infrastrukturfonds 2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich 113
			Übergang NFA 1 546
			PUBLICA 954
2007	Swisscom Aktienverkauf 754		Golderlös 7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf 3 203		–
2005	Swisscom Aktienverkauf 1 350		–
	Golderlös 7 038		
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post 204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren 846
			Deckungskapitalien skyguide 20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide 50
2003	–	–	–

A02 Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung		
	Ausserordentliche Einnahmen		Ausserordentliche Ausgaben
2002	Swisscom Aktienverkauf 3 703		Aufrechterhaltung Flugbetrieb 689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen 203		Aufrechterhaltung Flugbetrieb 1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen 582		–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997 288
1998	Börsengang Swisscom 2 940		Zahlungsspitze SBB 1 598
1997	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG 620

Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut %	
1 Gesamteinnahmen	58 115	58 846	64 177	67 973	58 208	62 833	-5 140	-7,6
2 Ausserordentliche Einnahmen	3 203	754	283	7 024	–	–		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	54 911	58 092	63 894	60 949	58 208	62 833	1 884	3,1
4 Konjunkturfaktor	0,986	0,974	0,983	1,018	1,042	1,013	-0,005	
5 Ausgabenplafond (Art. 13 FHG) [5=3x4]	54 143	56 582	62 808	62 046	60 653	63 650	1 604	2,6
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	769	1 510	1 086	-1 097	-2 445	-817		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	–	7 038	11 141	–	431	427		
8 Abbaupfad (Art. 66 FHG)	1 000	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	–	–	–		
11 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	–	–	–	–	–	416		
12 Höchstzulässige Ausgaben [12=5+7+8-9-10-11]	55 143	63 619	73 949	62 046	61 084	63 662	1 616	2,6
13 Gesamtausgaben gemäss R / VA	52 377	61 003	67 739	58 228	60 668	59 693	1 465	2,5
14 Differenz (Art. 16 FHG) [14=12-13]	2 766	2 616	6 210	3 818	416	3 969		

A03 Stand Ausgleichskonto

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut %	
15 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	3 558	–	2 616	8 827	12 645		
16 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto) [=9]	–	–	–	–	–		
17 Differenz (Art. 16 FHG) [=14]	2 766	2 616	6 210	3 818	3 969		
18 Zwischentotal [18=15+16+17]	6 324	2 616	8 827	12 645	16 614	3 969	31,4
19 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 FHG)	-6 324	–	–	–	–		
20 Inkraftsetzung Ergänzungsregel (Art. 66 FHG)	–	–	–	–	-1 000		
21 Stand Ausgleichskonto per 31.12. [21=18+19+20]	–	2 616	8 827	12 645	15 614	2 969	23,5

A03 Stand Amortisationskonto

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
22 Stand Amortisationskonto per 31.12. des Vorjahres	-	-	-	-	-		
23 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 17a FHG)	-	-	-	-	-		
24 Ausserordentliche Einnahmen (Art. 17a FHG)	-	-	-	-	-		
25 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto) [=10]	-	-	-	-	-		
26 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen) [=11]	-	-	-	-	416		
27 Stand Amortisationskonto per 31.12. [27=22-23+24+25+26]	-	-	-	-	416	416	-

B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
							absolut	%
Ordentliche Einnahmen	54 911	58 092	63 894	60 949	58 208	62 833	1 884	3,1
Fiskaleinnahmen	50 873	53 336	58 752	55 890	53 822	58 157	2 267	4,1
Direkte Bundessteuer	14 230	15 389	17 513	17 877	16 485	17 886	9	0,0
Verrechnungssteuer	3 947	4 230	6 460	4 380	3 010	4 723	343	7,8
Stempelabgaben	2 889	2 990	2 975	2 806	2 650	2 855	49	1,8
Mehrwertsteuer	19 018	19 684	20 512	19 830	20 260	20 672	842	4,2
Übrige Verbrauchssteuern	7 259	7 380	7 517	7 279	7 390	7 602	323	4,4
Mineralölsteuer	4 994	5 086	5 222	5 183	5 055	5 134	-49	-0,9
Tabaksteuer	2 161	2 186	2 186	1 987	2 229	2 356	370	18,6
Biersteuer	104	107	110	110	106	112	2	2,0
Verkehrsabgaben	1 938	2 016	2 137	2 114	1 945	2 210	96	4,6
Automobilsteuer	320	358	363	312	325	373	61	19,6
Nationalstrassenabgabe	313	322	333	351	320	347	-3	-0,9
Schwerverkehrsabgabe	1 306	1 336	1 441	1 452	1 300	1 490	38	2,6
Zölle	1 027	1 040	1 017	1 033	920	1 079	46	4,5
Spielbankenabgabe	406	449	455	415	370	381	-34	-8,1
Lenkungsabgaben	148	156	163	151	792	748	596	394,5
Lenkungsabgabe VOC	127	127	135	124	135	123	-1	-0,5
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	1	0	0	0	-	-	0	-100,0
Altlastenabgabe	21	28	28	27	27	36	8	30,9
CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	-	630	589	589	-
Übrige Fiskaleinnahmen	9	3	3	4	-	0	-4	-92,2
Regalien und Konzessionen	1 265	1 345	1 331	1 354	1 323	1 391	37	2,8
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	221	223	235	246	233	243	-3	-1,1
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	-	45	42	53	62	74	21	39,5
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	158	193	196	187	168	209	22	11,6
Übrige Regalien und Konzessionen	53	50	25	35	27	32	-3	-7,4
Finanzeinnahmen	1 089	1 280	1 719	1 608	1 212	1 233	-375	-23,3
Zinseinnahmen	478	664	715	535	429	360	-175	-32,7
Finanzanlagen	222	329	298	34	55	11	-23	-66,9
Darlehen	88	146	180	240	168	67	-172	-71,9
Bevorschussung an FinöV-Fonds	147	181	226	177	191	204	28	15,6
Übrige Zinseinnahmen	21	9	11	84	14	77	-7	-8,5
Kursgewinne	-	92	91	49	-	82	33	67,4
Beteiligungseinnahmen	611	509	905	771	775	790	20	2,5
Übrige Finanzeinnahmen	0	15	8	254	8	1	-253	-99,6
Übrige laufende Einnahmen	1 390	1 766	1 840	1 802	1 668	1 720	-83	-4,6
Entgelte	1 323	1 391	1 441	1 396	1 257	1 272	-124	-8,9
Wehrpflichtersatzabgabe	142	138	140	148	140	155	8	5,3
Gebühren	280	293	305	227	207	217	-11	-4,7
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	48	73	78	79	71	78	-1	-1,0
Verkäufe	173	201	183	148	133	128	-21	-13,9
Rückerstattungen	256	113	186	198	98	108	-90	-45,4
EU Zinsbesteuerung	36	121	147	166	186	120	-46	-27,6
Übrige Entgelte	388	451	402	430	422	466	36	8,4
Verschiedene Einnahmen	67	375	399	406	412	447	41	10,1
Einnahmen aus Liegenschaften	53	320	354	348	366	376	29	8,3
Übrige verschiedene Einnahmen	14	56	45	59	46	71	12	21,2
Investitionseinnahmen	295	365	252	295	183	333	38	12,7
Veräusserung von Sachanlagen	48	74	46	74	44	78	4	5,7
Rückzahlung von Darlehen	246	289	202	212	139	237	25	11,8
Übrige Investitionseinnahmen	1	1	4	9	-	18	8	91,3

B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Einnahmen	2,7	3,7	2,3	5,3	2,6
Fiskaleinnahmen	2,4	5,0	2,7	5,3	2,9
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	5,1
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	3,7
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-1,5
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	1,6
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	1,0
Mineralölsteuer	7,5	3,1	0,2	1,0	0,3
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	2,5
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	1,5
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	3,1
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	1,4
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	2,6
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	3,7
Kombinierter Verkehr	-	-	-	-100,0	-
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	1,2
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-5,3
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	68,7
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	-0,9
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	7,9
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-52,2
Regalien und Konzessionen	-0,6	11,9	12,0	6,3	1,1
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	3,0
Gewinnablieferung SNB	-	25,7	13,6	-	-
Zunahme des Münzumsatzes	-	-	-	-	17,8
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	2,5
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-13,6
Finanzeinnahmen	23,8	-8,6	-8,9	11,2	-1,2
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-18,5
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-67,4
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	-22,7
Bevorschussung an FinöV-Fonds	-	-	-	-	4,1
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	107,0
Kursgewinne	-	-	-	-	-3,7
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	15,8
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	-58,8
Übrige laufende Einnahmen	-5,5	-16,9	-0,4	11,3	-0,9
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-2,9
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	4,1
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-9,6
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	2,3
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-14,0
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	-1,6
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	-0,1
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	1,1
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	6,0
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	5,6
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	8,4
Investitionseinnahmen	61,1	16,3	-5,9	-16,3	-3,0
Veräußerung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	1,7
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-6,5
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	151,5

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008-2010. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskaleinnahmen	86,8	89,1	90,4	92,3	92,1
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,4
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	8,3
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	32,5
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,9
Mineralölsteuer	11,2	10,9	10,1	9,4	8,3
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,4
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,5
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,3
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,7
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,7
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,6
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,0
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	–	–	–	–	0,3
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0
Regalien und Konzessionen	1,0	1,3	1,7	2,4	2,2
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnablieferung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	–	0,0	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
Finanzeinnahmen	3,7	3,3	2,3	1,9	2,4
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	0,9
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,2
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,3
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	–	0,2	0,3
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,1
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,1
Übrige laufende Einnahmen	7,9	3,2	2,3	2,7	2,9
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,2
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,3
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,2
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1
Investitionseinnahmen	0,7	3,1	3,4	0,7	0,5
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008-2010. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	52 377	53 965	56 598	58 228	60 237	59 266	1 038	1,8
Eigenausgaben	8 187	8 471	9 107	9 533	10 126	9 487	-47	-0,5
Personalausgaben	4 325	4 462	4 555	4 828	4 927	4 894	66	1,4
Personalbezüge	3 629	3 667	3 761	3 954	4 050	3 998	44	1,1
Arbeitgeberbeiträge	492	590	612	752	721	781	29	3,9
Arbeitgeberleistungen	160	150	107	41	72	53	12	28,1
Übrige Personalausgaben	44	55	76	80	85	62	-18	-22,3
Sach- und Betriebsausgaben	2 683	2 841	3 323	3 611	3 844	3 592	-19	-0,5
Material- und Warenausgaben	11	46	46	41	52	46	4	10,4
Betriebsausgaben	2 672	2 795	2 968	3 164	3 399	3 126	-38	-1,2
Liegenschaften	423	230	249	288	291	287	-1	-0,3
Mieten und Pachten	142	133	152	151	167	149	-2	-1,6
Informatik	151	295	434	482	555	470	-13	-2,6
Beratungsausgaben	340	468	262	252	268	239	-13	-5,0
Betriebsausgaben der Armee	784	710	796	809	888	863	54	6,7
Verluste auf Forderungen	-	224	208	195	215	189	-6	-2,9
Übrige Betriebsausgaben	833	735	866	987	1 015	929	-58	-5,9
Betrieblicher Unterhalt	-	-	309	405	394	420	15	3,7
Nationalstrassen	-	-	-	-	-	-	-	-
Rüstungsausgaben	1 178	1 168	1 228	1 095	1 355	1 001	-94	-8,6
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	143	145	147	120	122	111	-9	-7,8
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	295	289	290	292	313	316	23	8,0
Rüstungsmaterial	740	734	792	683	920	575	-108	-15,8
Laufende Transferausgaben	33 661	35 228	37 146	38 194	39 900	39 536	1 342	3,5
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 098	8 624	7 414	7 116	7 151	7 705	589	8,3
Kantonsanteile	5 607	5 999	4 665	4 388	3 935	4 436	47	1,1
Anteile der Sozialversicherungen	2 363	2 478	2 619	2 596	2 643	2 694	97	3,7
Rückverteilung Lenkungsabgaben	127	147	130	132	573	576	444	336,8
Entschädigungen an Gemeinwesen	986	969	773	780	851	801	21	2,6
Beiträge an eigene Institutionen	2 075	2 527	2 573	2 723	2 838	2 850	127	4,7
Beiträge an Dritte	9 719	9 697	12 646	13 290	14 177	13 616	326	2,5
Finanzausgleich	-	-	2 725	2 808	2 903	2 901	93	3,3
Internationale Organisationen	1 178	1 298	1 465	1 497	1 627	1 602	104	7,0
Übrige Beiträge an Dritte	8 541	8 399	8 456	8 985	9 647	9 114	129	1,4
Beiträge an Sozialversicherungen	12 783	13 411	13 740	14 285	14 883	14 564	279	2,0
AHV / IV / ALV	9 703	10 181	10 550	10 918	11 289	11 055	137	1,3
Übrige Sozialversicherungen	3 080	3 230	3 190	3 367	3 594	3 508	142	4,2
Finanzausgaben	4 105	4 003	3 791	3 255	2 945	2 972	-283	-8,7
Zinsausgaben	3 993	3 849	3 660	3 135	2 802	2 834	-302	-9,6
Anleihen	3 339	3 310	3 270	2 896	2 451	2 595	-302	-10,4
Geldmarktbuchforderungen	196	221	141	1	68	3	2	200,2
Übrige Zinsausgaben	458	318	250	238	283	236	-2	-0,7
Kursverluste	-	54	77	26	-	54	28	108,0
Kapitalbeschaffungsausgaben	112	89	52	78	142	83	5	6,8
Übrige Finanzausgaben	-	10	1	16	-	2	-15	-89,8

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung								
Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut %	
Investitionsausgaben	6 424	6 264	6 554	7 245	7 266	7 270	25	0,3
Sachanlagen und Vorräte	591	874	2 265	2 512	2 663	2 585	73	2,9
Liegenschaften	243	603	588	635	640	596	-39	-6,1
Mobilien und Vorräte	347	271	341	378	335	283	-95	-25,2
Nationalstrassen	–	–	1 336	1 499	1 688	1 706	207	13,8
Immaterielle Anlagen	13	13	31	39	55	46	7	17,6
Darlehen	489	376	366	599	446	307	-292	-48,8
Beteiligungen	39	35	31	30	35	30	1	3,1
Investitionsbeiträge	5 292	4 966	3 861	4 065	4 066	4 302	237	5,8
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	1 591	1 548	1 468	1 604	56	3,6
Übrige Investitionsbeiträge	5 292	4 966	2 270	2 518	2 599	2 699	181	7,2

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,2
Eigenausgaben	0,8	-1,7	-2,6	-0,3	3,8
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	3,1
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	2,9
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	9,8
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-29,6
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	3,9
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	8,1
Material- und Warenausgaben	–	–	78,3	38,5	-0,3
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	3,8
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	7,6
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	3,7
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	16,8
Beratungsausgaben	5,5	34,0	11,0	4,0	-20,1
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	6,8
Verluste auf Forderungen	–	–	–	–	-5,5
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	8,1
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	–
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	-5,0
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-8,6
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	3,0
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	-7,8
Laufende Transferausgaben	4,6	4,2	3,9	2,9	3,9
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	-3,7
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-9,6
Anteile der Sozialversicherungen	–	–	10,5	7,4	2,8
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	–	50,7	57,7
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-6,2
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	4,1
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	12,0
Finanzausgleich	–	–	–	–	–
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	7,3
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	2,8
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	2,8
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	2,8
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	2,8
Finanzausgaben	11,1	4,2	-0,8	2,8	-9,4
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-9,7
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-7,8
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-76,5
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-9,4
Kursverluste	–	–	–	–	-0,3
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	-2,3
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	–	-44,7

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008-2010. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Investitionsausgaben	-1,0	4,7	5,6	-0,2	5,1
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	43,5
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	-0,4
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	1,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	–
Immaterielle Anlagen	–	–	–	3,0	53,1
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	-6,6
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	-4,3
Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-4,7
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	–
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-18,4

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008-2010. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenausgaben	25,4	22,0	17,6	16,1	16,2
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,2
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,0
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,3
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8
Beratungsausgaben	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,7
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	1,9
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,2
Laufende Transferausgaben	54,6	57,6	61,8	64,4	66,0
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	12,8
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,7
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,5
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,4
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,7
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,7
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,8
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,6
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,3
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,5
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,7
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,8
Finanzausgaben	7,2	7,5	7,6	7,3	5,8
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	5,5
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	5,0
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4
Kursverluste	–	–	–	0,0	0,1
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,1
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008-2010. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Investitionsausgaben	12,8	12,9	13,1	12,3	12,1
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,2
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,6
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,7
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	7,0
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,7
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,3

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008-2010. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	52 377	53 965	56 598	58 228	60 237	59 266	1 038	1,8
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 150	2 162	2 273	2 482	2 529	2 469	-13	-0,5
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 150	2 162	2 273	2 482	2 529	2 469	-13	-0,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	771	813	836	890	978	910	20	2,3
Allgemeines Rechtswesen	84	78	77	75	75	76	1	1,3
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	293	311	324	339	392	354	15	4,3
Grenzkontrollen	273	282	291	316	328	314	-2	-0,7
Gerichte	121	141	145	159	184	166	7	4,1
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 269	2 274	2 394	2 587	2 748	2 607	20	0,8
Politische Beziehungen	579	613	645	712	753	726	14	2,0
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 563	1 559	1 642	1 723	1 769	1 761	38	2,2
Wirtschaftliche Beziehungen	70	71	86	76	77	75	-1	-1,5
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	57	30	21	75	150	44	-32	-41,9
Landesverteidigung	4 272	4 327	4 537	4 515	4 918	4 395	-120	-2,7
Militärische Landesverteidigung	4 174	4 231	4 439	4 413	4 815	4 292	-121	-2,8
Nationale Sicherheitskooperation	98	95	97	102	103	103	1	1,0
Bildung und Forschung	4 714	4 978	5 339	5 715	6 136	6 067	351	6,1
Berufsbildung	522	518	573	628	704	691	63	10,1
Hochschulen	1 470	1 564	1 655	1 765	1 856	1 833	68	3,9
Grundlagenforschung	1 697	1 834	2 038	2 196	2 355	2 350	154	7,0
Angewandte Forschung	961	1 002	1 043	1 099	1 192	1 164	65	5,9
Übriges Bildungswesen	64	60	30	28	29	28	0	0,1
Kultur und Freizeit	437	460	429	395	451	413	18	4,5
Kulturerhaltung	85	94	85	92	120	106	14	15,7
Kulturförderung und Medienpolitik	227	225	168	170	178	169	-1	-0,3
Sport	125	140	176	134	154	138	4	3,0
Gesundheit	194	264	220	276	217	228	-48	-17,2
Gesundheit	194	264	220	276	217	228	-48	-17,2
Soziale Wohlfahrt	16 246	16 933	17 434	18 049	19 065	18 454	404	2,2
Altersversicherung	7 534	7 984	9 322	9 671	9 919	9 935	264	2,7
Invalidenversicherung	4 372	4 492	3 655	3 581	3 780	3 523	-58	-1,6
Krankenversicherung	2 143	2 263	1 806	1 847	2 095	2 008	161	8,7
Ergänzungsleistungen	678	711	1 127	1 312	1 258	1 271	-41	-3,1
Militärversicherung	234	232	252	195	236	216	22	11,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	302	302	314	406	632	439	33	8,1
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	126	110	99	144	144	126	-18	-12,5
Migration	816	791	812	842	946	885	43	5,1
Soziale Hilfe und Fürsorge	42	48	47	53	55	51	-2	-3,2
Verkehr	7 409	7 349	7 538	8 099	8 065	8 225	126	1,6
Strassenverkehr	2 668	2 751	2 458	2 678	2 881	2 914	236	8,8
Öffentlicher Verkehr	4 641	4 507	4 989	5 325	5 052	5 215	-110	-2,1
Luftfahrt	99	90	91	96	132	96	0	-0,3
Umweltschutz und Raumordnung	624	655	651	726	1 198	1 140	414	57,0
Umweltschutz	317	320	330	340	818	792	452	133,0
Schutz vor Naturgefahren	214	215	212	257	271	239	-18	-6,9
Naturschutz	82	107	96	117	96	96	-21	-18,1
Raumordnung	12	12	13	13	14	14	1	6,2

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung								
Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut %	
Landwirtschaft und Ernährung	3 645	3 601	3 551	3 692	3 701	3 666	-27	-0,7
Landwirtschaft und Ernährung	3 645	3 601	3 551	3 692	3 701	3 666	-27	-0,7
Wirtschaft	383	398	405	560	610	591	31	5,5
Wirtschaftsordnung	132	148	160	109	121	119	11	9,9
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	121	129	131	247	177	168	-78	-31,8
Energie	83	81	90	179	285	280	102	56,8
Forstwirtschaft	46	41	25	27	27	24	-3	-11,2
Finanzen und Steuern	9 262	9 753	10 991	10 241	9 620	10 102	-139	-1,4
Anteile an Bundeseinnahmen	5 157	5 750	4 484	4 178	3 773	4 229	51	1,2
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	4 105	4 003	3 782	3 255	2 945	2 972	-283	-8,7
Finanzausgleich	-	-	2 725	2 808	2 903	2 901	93	3,3

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,2
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	4,5
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	4,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	4,7	0,8	5,8	-1,2	3,8
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,8
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	4,3
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	3,6
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	5,4
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3,5	1,3	2,5	-0,2	4,7
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	5,8
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	4,1
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	1,8
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	13,3
Landesverteidigung	-1,4	-4,1	-1,7	-0,9	0,5
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	0,5
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	2,6
Bildung und Forschung	4,3	1,2	2,6	3,1	6,8
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	10,1
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	5,4
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	8,6
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	5,1
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-22,6
Kultur und Freizeit	0,5	14,3	2,4	-3,7	-3,5
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	4,2
Kulturförderung und Medienpolitik	-4,1	31,6	1,7	-7,7	-9,1
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	-0,6
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-4,8
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-4,8
Soziale Wohlfahrt	6,0	7,1	3,2	2,6	2,9
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	7,6
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	-7,8
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-3,9
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	21,4
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-2,2
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	13,2
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	4,7
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	3,8
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	1,9
Verkehr	3,1	0,0	4,1	0,8	3,8
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	1,9
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	5,0
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	2,0
Umweltschutz und Raumordnung	-4,2	-0,5	4,7	3,8	20,3
Umweltschutz	-1,2	2,4	1,5	0,5	35,3
Schutz vor Naturgefahren	-5,5	-8,2	9,9	7,0	3,5
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-3,7
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	4,3
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,6
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,6

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008-2010. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Wirtschaft	-9,1	-2,3	5,2	-11,6	14,1
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-6,9
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	9,3
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	51,4
Forstwirtschaft	-3,9	1,6	6,8	-32,2	-16,5
Finanzen und Steuern	6,5	4,8	2,3	5,9	1,2
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-9,7
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-9,4

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008-2010. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	5,0	4,5	4,8	4,4	4,4
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	2,9
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1
Landesverteidigung	14,3	11,6	9,5	8,4	7,7
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,6
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2
Bildung und Forschung	9,1	8,6	8,6	9,0	9,8
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	1,9
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
Kultur und Freizeit	0,7	1,0	1,3	0,9	0,7
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Soziale Wohlfahrt	25,5	29,0	29,9	31,3	31,0
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,6
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,2
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Verkehr	14,8	14,2	14,0	14,2	13,7
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,6
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,9
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2
Umweltschutz und Raumordnung	1,2	1,1	1,2	1,2	1,4
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,6	0,8
Schutz vor Naturgefahren	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,3
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,3

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008-2010. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
Wirtschaft	1,6	1,3	1,4	0,8	0,9
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3
Forstwirtschaft	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0
Finanzen und Steuern	14,3	14,9	15,7	16,7	18,0
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	7,4
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,7
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,8

Hinweise:

- Die Legislaturperioden überschneiden sich. Die Legislaturperiode 2003-2007 enthält beispielsweise die Zahlen 2004-2007, die Legislaturperiode 2007-2011 die Zahlen 2008-2010. Die Zahlen vor 1990 sind nicht verfügbar.
- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2010

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2010	Instituti- nelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	59 266	2 469	910	2 607	4 395	6 067	413
Eigenausgaben	9 487	2 084	718	690	3 858	244	115
Personalausgaben	4 894	1 306	623	543	1 420	137	83
Sach- und Betriebsausgaben	3 592	798	94	147	1 432	91	32
Rüstungsausgaben	1 001	–	–	–	1 001	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	0	-20	–	0	4	15	–
Laufende Transferausgaben	39 536	32	142	1 857	192	5 565	273
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 705	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	801	–	61	–	14	0	3
Beiträge an eigene Institutionen	2 850	–	–	–	–	2 301	77
Beiträge an Dritte	13 616	32	81	1 857	178	3 264	193
Beiträge an Sozialversicherungen	14 564	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	2 972	–	–	0	0	0	0
Investitionsausgaben	7 270	353	50	60	345	258	25
Sachanlagen und Vorräte	2 585	339	26	0	344	155	2
Immaterielle Anlagen	46	15	6	0	0	0	–
Darlehen	307	0	0	29	–	–	–
Beteiligungen	30	–	–	30	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 302	–	18	–	–	103	24

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	228	18 454	8 225	1 140	3 666	591	10 102
Eigenausgaben	140	377	656	160	110	162	176
Personalausgaben	57	269	165	99	82	110	–
Sach- und Betriebsausgaben	82	107	491	61	28	52	176
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	0	0	–	0	–	–	–
Laufende Transferausgaben	87	18 024	2 116	683	3 415	197	6 954
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 694	383	576	–	–	4 053
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	696	22	3	2	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	470	–	–	3	–
Beiträge an Dritte	87	167	1 241	104	3 318	194	2 901
Beiträge an Sozialversicherungen	–	14 468	–	–	96	–	–
Finanzausgaben	–	–	0	–	–	0	2 972
Investitionsausgaben	2	53	5 453	297	141	233	–
Sachanlagen und Vorräte	1	1	1 710	4	2	2	–
Immaterielle Anlagen	–	8	11	–	5	–	–
Darlehen	–	43	185	–	49	1	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	1	3 547	294	85	230	–

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2009

Kontengruppen	Total Rechnung 2009	Aufgabengebiete					
		Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landesverteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	58 228	2 482	890	2 587	4 515	5 715	395
Eigenausgaben	9 533	2 072	685	694	3 918	241	142
Personalausgaben	4 828	1 285	596	541	1 415	142	99
Sach- und Betriebsausgaben	3 610	787	90	154	1 408	99	43
Rüstungsausgaben	1 095	–	–	–	1 095	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	0	-1	–	0	–	–
Laufende Transferausgaben	38 194	38	144	1 834	164	5 231	216
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 116	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	780	–	65	–	15	0	3
Beiträge an eigene Institutionen	2 723	–	–	–	–	2 213	30
Beiträge an Dritte	13 290	38	79	1 834	149	3 018	183
Beiträge an Sozialversicherungen	14 285	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	3 255	–	–	0	0	0	0
Investitionsausgaben	7 245	372	61	59	434	244	38
Sachanlagen und Vorräte	2 512	365	35	3	433	163	2
Immaterielle Anlagen	39	7	8	–	1	–	–
Darlehen	599	–	–	26	–	–	–
Beteiligungen	30	–	–	30	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 065	–	17	–	–	81	36

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umweltschutz und Raumordnung	Landwirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	276	18 049	8 099	726	3 692	560	10 241
Eigenausgaben	182	383	626	154	110	150	179
Personalausgaben	54	264	155	93	81	104	–
Sach- und Betriebsausgaben	128	119	471	60	29	46	179
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	92	17 605	2 096	252	3 446	270	6 807
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 596	389	132	–	–	3 999
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	670	22	3	2	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	480	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	92	150	1 205	117	3 349	270	2 808
Beiträge an Sozialversicherungen	–	14 189	–	–	96	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	0	3 255
Investitionsausgaben	2	62	5 377	321	136	140	–
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 502	3	2	3	–
Immaterielle Anlagen	–	10	11	0	3	0	–
Darlehen	–	50	472	–	49	3	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	2	3 392	318	83	135	–

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Mio. CHF		Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds), Stand		1 727	1 198	1 187	-540
VOC / HEL-Lenkungsabgabe		269	269	256	-13
606	E1100.0111/112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	124	135	123	
606	E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	4	5	3	
810	A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgaben VOC	-131	-140	-139	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung		443	12	-29	-472
606	E1900.0106 CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	217	-	-	
606	E1100.0121 (Teil) CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	-	430	392	
606	E1400.0114 Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	5	7	2	
810	A2400.0105 Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	-	-	-2	
810	A2300.0112 Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	-	-437	-437	
810	A2900.0113 Ausserordentliche Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffe	-	-431	-427	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm		-	-	-4	-4
606	E1100.0121 (Teil) CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	-	200	196	
810	A4300.0146 Gebäudesanierungsprogramm	-	-133	-133	
805	A4300.0126 Erneuerbare Energien im Gebäudebereich	-	-62	-62	
805	A4300.0143 (Teil) Photovoltaikanlagen	-	-5	-5	
Spielbankenabgabe		870	785	796	-74
318	E1100.0119 Spielbankenabgabe	415	370	381	
318	A2300.0110 Spielbankenabgabe für die AHV	-449	-455	-455	
Filmförderung		0	0	1	0
306	E1300.0146 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	0	0	0	
306	A2310.0454 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	-0	-0	-0	
Altlastenfonds		107	94	129	21
810	E1100.0100 Altlastenabgabe	27	27	36	
810	A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-23	-40	-14	
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern		32	32	32	-
318	E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung		6	6	6	1
808	E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	3	2	2	
808	A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-1	-1	-1	
808	A6210.0146 Archivierung Programme	-0	-0	-0	
808	A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-	-1	-	
Krankenversicherung		-	-	-	-
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	841	851	877	
606	E1100.0109 (Teil) Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	-	-	-	
316	A2310.0110 (Teil) Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-841	-851	-877	

Hinweise:

- Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
- Der Ertrag für die Entnahme aus dem Fonds «CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung» von 431 Mio. ist als ausserordentlicher Posten geführt.
- Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste
- Fonds mit positiven Vorzeichen sind in der Bilanz unter den «Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» bilanziert. Jene Fonds mit negativen Vorzeichen sind hingegen unter den «Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» ausgewiesen.
- Für die Überleitung zu den Bilanzpositionen «Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundene Fonds im Fremdkapital» und «Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» müssen die Spezialfonds im Fremdkapital mitberücksichtigt werden. Aufwand und Ertrag der Spezialfonds im Fremdkapital werden gemäss Art. 52 FHG ausserhalb der Erfolgsrechnung über Bilanzkonten abgerechnet und benötigen somit keine Finanzpositionen. Sie sind deshalb hier nicht aufgeführt.

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Einlage (+) / Entnahme (-)
Alters- und Hinterlassenenversicherung					
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 148	2 188	2 239
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	440	445	459
606	E1100.0102	Tabaksteuer	1 987	2 229	2 356
601	E1200.0101	Reingewinn Alkoholverwaltung	246	233	243
318	A2310.0327 (Teil)	Leistungen des Bundes an die AHV	} -2 672	-2 907	-3 058
318	A2310.0328 (Teil)	Leistungen des Bundes an die IV			
318	A2310.0329 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur AHV			
318	A2310.0384 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur IV			
605	A2300.0105	Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 148	-2 188	-2 239

Hinweise:

- Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
- Der Ertrag für die Entnahme aus dem Fonds «CO₂ -Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung» von 431 Mio. ist als ausserordentlicher Posten geführt.
- Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste
- Fonds mit positiven Vorzeichen sind in der Bilanz unter den «Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» bilanziert. Jene Fonds mit negativen Vorzeichen sind hingegen unter den «Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» ausgewiesen.
- Für die Überleitung zu den Bilanzpositionen «Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundene Fonds im Fremdkapital» und «Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» müssen die Spezialfonds im Fremdkapital mitberücksichtigt werden. Aufwand und Ertrag der Spezialfonds im Fremdkapital werden gemäss Art. 52 FHG ausserhalb der Erfolgsrechnung über Bilanzkonten abgerechnet und benötigen somit keine Finanzpositionen. Sie sind deshalb hier nicht aufgeführt.

B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand	2 934	2 742	4 048	1 114
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 848	2 655	2 783	-64
Einnahmen	3 936	3 813	3 908	
Ausgaben	-3 810	-4 005	-3 972	
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL - WTO	-	-	1 178	1 178
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	-	-	1 178	
Investitionsrisikogarantie	32	32	32	-
704 E1300.0001 (Teil) Gebühren	0	0	-	
704 A2310.0366 Investitionsrisikogarantie	0	-0	-	
Bundeskriegstransportversicherung	54	54	54	0
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	0	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-0	-0	

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut %	
Einnahmen	3 936	3 813	3 908	-28	-0,7
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-32	-33	-33	-0	0,8
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 543	1 505	1 531	-12	-0,8
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 072	2 020	2 050	-22	-1,0
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	351	320	347	-3	-0,9
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	-	-	5	5	-
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	2	-	6	4	183,5
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	0	0	0	-	-
Ausgaben	3 810	4 005	3 972	162	4,2
Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)	1 419	1 488	1 529	110	7,8
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	302	326	315	13	4,5
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 118	1 162	1 214	97	8,7
Infrastrukturfonds	990	1 029	1 029	39	3,9
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	990	1 029	1 029	39	3,9
Hauptstrassen	165	168	168	2	1,5
806 A8300.0107 Hauptstrassen	165	168	168	2	1,5
Übrige werkgebundene Beiträge	570	628	568	-2	-0,4
802 A2310.0214 Abgeltung kombinierter Verkehr	211	230	206	-5	-2,4
802 A2310.0215 Autoverlad	2	2	2	-0	-9,8
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	4	7	7	3	69,4
802 A4300.0121 Anschlussgleise	22	22	23	2	8,6
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	301	325	320	19	6,2
802 A4300.0141 Terminalanlagen	29	42	10	-19	-65,6
806 A8300.0108 Niveauübergänge	1	-	0	-1	-90,6
Nicht werkgebundene Beiträge	389	374	383	-7	-1,7
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	381	367	375	-6	-1,7
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	8	7	8	-0	-1,7
Forschung und Verwaltung	134	156	149	15	11,4
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	131	155	145	14	10,5
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	2	1	4	1	61,5
Umweltschutz	78	98	93	16	20,0
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	-0	-4,9
810 A2310.0134 Wald	48	46	46	-2	-4,0
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	23	23	19	-4	-16,6
810 A4300.0139 Lärmschutz	7	28	28	21	318,5
Heimat- und Landschaftsschutz	13	14	10	-3	-21,3
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	7	-4	-34,2
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	1	2	2	1	71,3
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	-	-
Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten	52	49	42	-9	-17,8
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	42	49	42	1	1,6
810 A4300.0142 Unwetter 2005 Kanton Obwalden	10	-	-	-10	-100,0
Saldo	126	-192	-64	-190	-151,0
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	2 848	2 655	2 783	-64	-2,3

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
							absolut	%
Ordentlicher Ertrag	54 617	58 000	64 047	64 146	58 201	63 523	-622	-1,0
Fiskalertrag	50 873	51 836	58 052	56 790	53 822	57 757	967	1,7
Direkte Bundessteuer	14 230	15 389	17 513	17 877	16 485	17 886	9	0,0
Verrechnungssteuer	3 947	2 730	5 760	5 280	3 010	4 323	-957	-18,1
Stempelabgaben	2 889	2 990	2 975	2 806	2 650	2 855	49	1,8
Mehrwertsteuer	19 018	19 684	20 512	19 830	20 260	20 672	842	4,2
Übrige Verbrauchssteuern	7 259	7 380	7 517	7 279	7 390	7 602	323	4,4
Mineralölsteuer	4 994	5 086	5 222	5 183	5 055	5 134	-49	-0,9
Tabaksteuer	2 161	2 186	2 186	1 987	2 229	2 356	370	18,6
Biersteuer	104	107	110	110	106	112	2	2,0
Verkehrsabgaben	1 938	2 016	2 137	2 114	1 945	2 210	96	4,6
Automobilsteuer	320	358	363	312	325	373	61	19,6
Nationalstrassenabgabe	313	322	333	351	320	347	-3	-0,9
Schwerverkehrsabgabe	1 306	1 336	1 441	1 452	1 300	1 490	38	2,6
Zölle	1 027	1 040	1 017	1 033	920	1 079	46	4,5
Spielbankenabgabe	406	449	455	415	370	381	-34	-8,1
Lenkungsabgaben	148	156	163	151	792	748	596	394,5
Lenkungsabgabe VOC	127	127	135	124	135	123	-1	-0,5
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	1	0	0	0	-	-	0	-100,0
Altlastenabgabe	21	28	28	27	27	36	8	30,9
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	-	630	589	589	-
Übriger Fiskalertrag	9	3	3	4	-	0	-4	-92,2
Regalien und Konzessionen	1 265	1 331	1 284	1 350	1 325	1 383	33	2,5
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	221	223	235	246	233	243	-3	-1,1
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	-	45	42	53	62	74	21	39,5
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	158	193	148	182	168	199	18	9,6
Übrige Regalien und Konzessionen	53	36	26	36	28	33	-3	-7,2
Finanzertrag	1 089	2 969	2 740	3 075	1 272	2 446	-629	-20,5
Zinsertrag	478	690	659	477	488	375	-102	-21,4
Finanzanlagen	222	334	248	10	54	11	0	3,7
Darlehen	88	166	175	206	229	83	-123	-59,7
Bevorschussung an FinöV-Fonds	147	181	226	177	191	204	28	15,6
Übriger Zinsertrag	21	9	11	84	14	77	-7	-8,5
Kursgewinne	-	96	86	49	-	82	33	67,4
Beteiligungsertrag	611	1	1	0	0	0	0	9,3
Zunahme von Equitywerten	-	1 860	1 807	2 179	775	1 840	-339	-15,5
Übriger Finanzertrag	0	322	187	370	8	149	-222	-59,9
Übriger Ertrag	1 390	1 844	1 970	2 893	1 684	1 803	-1 090	-37,7
Entgelte	1 323	1 387	1 508	1 354	1 224	1 259	-95	-7,0
Wehrpflichtersatzabgabe	142	138	140	148	140	155	8	5,3
Gebühren	280	291	305	227	207	217	-11	-4,7
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	48	73	79	80	71	79	-1	-1,3
Verkäufe	173	196	183	149	133	129	-20	-13,6
Rückerstattungen	256	113	231	173	65	104	-69	-39,9
EU Zinsbesteuerung	36	121	147	166	186	120	-46	-27,6
Übrige Entgelte	388	455	423	412	422	455	44	10,6
Verschiedener Ertrag	67	457	462	1 539	460	544	-995	-64,6
Liegenschaftenertrag	53	315	354	357	366	371	14	3,9
Übriger verschiedener Ertrag	14	141	108	1 181	95	173	-1 009	-85,4
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	-	21	2	37	99	135	98	262,0

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009	
							absolut	%
Ordentlicher Aufwand	45 953	54 289	56 587	57 726	59 915	59 385	1 659	2,9
Eigenaufwand	8 187	9 573	11 406	11 929	12 496	12 039	110	0,9
Personalaufwand	4 325	4 492	4 501	4 812	4 927	4 824	12	0,2
Personalbezüge	3 629	3 665	3 767	3 948	4 050	3 998	50	1,3
Arbeitgeberbeiträge	492	590	611	752	721	781	29	3,9
Arbeitgeberleistungen	160	189	65	42	72	78	36	85,7
Übriger Personalaufwand	44	48	58	70	85	-34	-103	-148,2
Sach- und Betriebsaufwand	2 683	3 238	3 762	4 120	4 180	4 071	-49	-1,2
Material- und Warenaufwand	11	225	269	237	335	259	22	9,2
Betriebsaufwand	2 672	3 013	3 139	3 470	3 451	3 399	-72	-2,1
Liegenschaften	423	439	445	552	317	531	-21	-3,9
Mieten und Pachten	142	152	153	150	167	149	-2	-1,2
Informatik	151	295	434	488	555	471	-17	-3,4
Beratungsaufwand	340	468	263	252	268	238	-14	-5,4
Betriebsaufwand der Armee	784	718	794	809	888	861	53	6,5
Abschreibungen auf Forderungen	-	192	170	205	215	200	-5	-2,3
Übriger Betriebsaufwand	833	749	880	1 014	1 042	948	-66	-6,5
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	354	412	394	413	1	0,2
Rüstungsaufwand	1 178	1 168	1 228	1 095	1 355	1 001	-94	-8,6
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	143	145	147	120	122	111	-9	-7,8
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	295	289	290	292	313	316	23	8,0
Rüstungsmaterial	740	734	792	683	920	575	-108	-15,8
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	-	675	1 914	1 902	2 034	2 143	241	12,7
Gebäude	-	553	611	359	572	487	128	35,7
Nationalstrassen	-	-	1 176	1 390	1 256	1 424	34	2,4
Übrige Abschreibungen	-	122	127	153	206	232	79	51,6
Transferaufwand	33 661	40 604	41 254	42 445	44 282	44 024	1 579	3,7
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 098	8 624	7 414	7 116	7 151	7 705	589	8,3
Kantonsanteile	5 607	5 999	4 665	4 388	3 935	4 436	47	1,1
Anteile der Sozialversicherungen	2 363	2 478	2 619	2 596	2 643	2 694	97	3,7
Rückverteilung Lenkungsabgaben	127	147	130	132	573	576	444	336,8
Entschädigungen an Gemeinwesen	986	955	785	778	843	807	29	3,7
Beiträge an eigene Institutionen	2 075	2 527	2 573	2 723	2 838	2 850	127	4,7
Beiträge an Dritte	9 719	9 744	12 668	13 279	14 176	13 608	329	2,5
Finanzausgleich	-	-	2 725	2 808	2 903	2 901	93	3,3
Internationale Organisationen	1 178	1 297	1 482	1 496	1 626	1 597	101	6,7
Übrige Beiträge an Dritte	8 541	8 447	8 461	8 976	9 647	9 110	135	1,5
Beiträge an Sozialversicherungen	12 783	13 417	13 582	14 280	14 820	14 493	213	1,5
AHV / IV / ALV	9 703	10 187	10 524	10 915	11 301	11 053	138	1,3
Übrige Sozialversicherungen	3 080	3 230	3 058	3 365	3 519	3 439	75	2,2
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	4 966	3 861	4 065	4 069	4 302	237	5,8
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-	372	372	203	385	259	56	27,5

Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung		Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2009	
Mio. CHF		2006	2007	2008	2009	2010	2010	absolut	%
Finanzaufwand		4 105	4 013	3 864	3 341	3 137	3 299	-41	-1,2
Zinsaufwand		3 993	3 635	3 334	3 042	3 004	2 902	-139	-4,6
Anleihen		3 339	3 096	2 939	2 785	2 662	2 679	-106	-3,8
Geldmarktbuchforderungen		196	228	165	9	71	2	-7	-76,9
Übriger Zinsaufwand		458	312	230	248	271	221	-26	-10,6
Kursverluste		-	54	77	26	-	54	28	108,0
Kapitalbeschaffungsaufwand		112	143	134	128	134	122	-6	-4,6
Abnahme von Equitywerten		-	-	7	5	-	95	89	1 632,4
Übriger Finanzaufwand		-	181	312	140	-	126	-14	-9,7
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital		-	98	63	11	-	22	11	97,3

Hinweise:

- Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.
- Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	2006-2010
Ordentlicher Ertrag	7,2	6,2	10,4	0,2	-9,3	-1,0	3,8
Fiskalertrag	7,1	1,9	12,0	-2,2	-5,2	1,7	3,2
Direkte Bundessteuer	16,5	8,1	13,8	2,1	-7,8	0,0	5,9
Verrechnungssteuer	-1,3	-30,8	111,0	-8,3	-43,0	-18,1	2,3
Stempelabgaben	6,9	3,5	-0,5	-5,7	-5,5	1,8	-0,3
Mehrwertsteuer	5,0	3,5	4,2	-3,3	2,2	4,2	2,1
Übrige Verbrauchssteuern	1,8	1,7	1,9	-3,2	1,5	4,4	1,2
Verkehrsabgaben	4,9	4,0	6,0	-1,1	-8,0	4,6	3,3
Zölle	5,5	1,3	-2,2	1,6	-11,0	4,5	1,2
Verschiedener Fiskalertrag	6,3	7,6	2,2	-8,1	103,7	97,9	18,9
Regalien und Konzessionen	-3,2	5,2	-3,5	5,1	-1,9	2,5	2,3
Finanzertrag	19,5	172,7	-7,7	12,2	-58,7	-20,5	22,4
Beteiligungsertrag	6,1	-99,9	-31,9	-37,2	-39,2	9,3	-83,9
Zunahme von Equitywerten	–	–	-2,9	20,6	-64,4	-15,5	–
Übriger Finanzertrag	42,6	131,7	-15,9	-3,9	-44,6	-32,4	6,1
Übriger Ertrag	13,6	32,7	6,8	46,9	-41,8	-37,7	6,7
Entgelte	13,8	4,8	8,7	-10,2	-9,6	-7,0	-1,2
Verschiedener Ertrag	8,1	585,8	1,1	233,3	-70,1	-64,6	69,1
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	–	–	-91,3	1 978,9	164,7	262,0	–
Ordentlicher Aufwand	2,5	18,1	4,2	2,0	3,8	2,9	6,6
Eigenaufwand	-1,1	16,9	19,1	4,6	4,8	0,9	10,1
Personalaufwand	-1,1	3,9	0,2	6,9	2,4	0,2	2,8
Sach- und Betriebsaufwand	1,7	20,7	16,2	9,5	1,5	-1,2	11,0
Rüstungsaufwand	-7,1	-0,9	5,2	-10,9	23,8	-8,6	-4,0
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	183,4	-0,7	6,9	12,7	–
Transferaufwand	2,6	20,6	1,6	2,9	4,3	3,7	6,9
Anteile Dritter an Bundeserträgen	12,1	6,5	-14,0	-4,0	0,5	8,3	-1,2
Entschädigungen an Gemeinwesen	-9,1	-3,1	-17,8	-0,9	8,4	3,7	-4,9
Beiträge an eigene Institutionen	0,2	21,8	1,8	5,8	4,2	4,7	8,3
Beiträge an Dritte	0,6	0,3	30,0	4,8	6,8	2,5	8,8
Beiträge an Sozialversicherungen	0,0	5,0	1,2	5,1	3,8	1,5	3,2
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	–	-22,3	5,3	0,1	5,8	–
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	–	0,0	-45,3	89,6	27,5	–
Finanzaufwand	10,6	-2,2	-3,7	-13,6	-6,1	-1,2	-5,3
Zinsaufwand	11,6	-9,0	-8,3	-8,8	-1,2	-4,6	-7,7
Abnahme von Equitywerten	–	–	–	-15,8	-100,0	1 632,4	–
Übriger Finanzaufwand	-16,5	238,5	38,3	-43,9	-54,4	2,9	28,2
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	–	–	-36,2	-82,1	-100,0	97,3	–

Hinweise:

– Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

– Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010
Ordentlicher Ertrag	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskalertrag	93,1	89,4	90,6	88,5	92,5	90,9
Direkte Bundessteuer	26,1	26,5	27,3	27,9	28,3	28,2
Verrechnungssteuer	7,2	4,7	9,0	8,2	5,2	6,8
Stempelabgaben	5,3	5,2	4,6	4,4	4,6	4,5
Mehrwertsteuer	34,8	33,9	32,0	30,9	34,8	32,5
Übrige Verbrauchssteuern	13,3	12,7	11,7	11,3	12,7	12,0
Verkehrsabgaben	3,5	3,5	3,3	3,3	3,3	3,5
Zölle	1,9	1,8	1,6	1,6	1,6	1,7
Verschiedener Fiskalertrag	1,0	1,0	1,0	0,9	2,0	1,8
Regalien und Konzessionen	2,3	2,3	2,0	2,1	2,3	2,2
Finanzertrag	2,0	5,1	4,3	4,8	2,2	3,9
Beteiligungsertrag	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	–	3,2	2,8	3,4	1,3	2,9
Übriger Finanzertrag	0,9	1,9	1,5	1,4	0,9	1,0
Übriger Ertrag	2,5	3,2	3,1	4,5	2,9	2,8
Entgelte	2,4	2,4	2,4	2,1	2,1	2,0
Verschiedener Ertrag	0,1	0,8	0,7	2,4	0,8	0,9
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	–	0,0	0,0	0,1	0,2	0,2
Ordentlicher Aufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenaufwand	17,8	17,6	20,2	20,7	20,9	20,3
Personalaufwand	9,4	8,3	8,0	8,3	8,2	8,1
Sach- und Betriebsaufwand	5,8	6,0	6,6	7,1	7,0	6,9
Rüstungsaufwand	2,6	2,2	2,2	1,9	2,3	1,7
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	1,2	3,4	3,3	3,4	3,6
Transferaufwand	73,3	74,8	72,9	73,5	73,9	74,1
Anteile Dritter an Bundeserträgen	17,6	15,9	13,1	12,3	11,9	13,0
Entschädigungen an Gemeinwesen	2,1	1,8	1,4	1,3	1,4	1,4
Beiträge an eigene Institutionen	4,5	4,7	4,5	4,7	4,7	4,8
Beiträge an Dritte	21,2	17,9	22,4	23,0	23,7	22,9
Beiträge an Sozialversicherungen	27,8	24,7	24,0	24,7	24,7	24,4
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	9,1	6,8	7,0	6,8	7,2
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	0,7	0,7	0,4	0,6	0,4
Finanzaufwand	8,9	7,4	6,8	5,8	5,2	5,6
Zinsaufwand	8,7	6,7	5,9	5,3	5,0	4,9
Abnahme von Equitywerten	–	–	0,0	0,0	–	0,2
Übriger Finanzaufwand	0,2	0,7	0,9	0,5	0,2	0,5
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	–	0,2	0,1	0,0	–	0,0

Hinweise:

– Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

– Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Zahlen 2007 und 2008 sind nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2010

Mio. CHF	Total Rechnung 2010	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	63 523	20	51	478	120	173	62 212	319	152
Fiskalertrag	57 757	–	–	381	–	–	57 339	0	36
Direkte Bundessteuer	17 886	–	–	–	–	–	17 886	–	–
Verrechnungssteuer	4 323	–	–	–	–	–	4 323	–	–
Stempelabgaben	2 855	–	–	–	–	–	2 855	–	–
Mehrwertsteuer	20 672	–	–	–	–	–	20 672	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 602	–	–	–	–	–	7 602	–	–
Verkehrsabgaben	2 210	–	–	–	–	–	2 210	–	–
Zölle	1 079	–	–	–	–	–	1 079	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 129	–	–	381	–	–	712	0	36
Regalien und Konzessionen	1 383	–	–	–	–	–	1 150	199	33
Finanzertrag	2 446	–	0	1	0	0	2 411	32	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	1 840	–	–	–	–	–	1 840	–	–
Übriger Finanzertrag	605	–	0	1	0	0	571	32	1
Übriger Ertrag	1 803	20	51	96	120	173	1 176	86	81
Entgelte	1 259	19	50	94	96	111	749	69	71
Verschiedener Ertrag	544	1	1	1	24	62	427	17	10
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	135	–	–	–	–	–	135	–	–
Ordentlicher Aufwand	59 385	310	2 331	19 762	1 362	4 604	15 385	6 103	9 528
Eigenaufwand	12 039	310	666	505	532	4 402	2 792	448	2 384
Personalaufwand	4 824	260	512	314	360	1 522	1 205	318	333
Sach- und Betriebsaufwand	4 071	49	149	186	134	1 664	1 149	124	616
Rüstungsaufwand	1 001	–	–	–	–	1 001	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 143	1	5	5	38	215	438	6	1 435
Transferaufwand	44 024	–	1 665	19 257	830	202	9 273	5 655	7 142
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 705	–	–	455	–	–	6 292	–	959
Entschädigungen an Gemeinwesen	807	–	–	33	683	66	–	2	24
Beiträge an eigene Institutionen	2 850	–	–	2 316	–	–	3	32	500
Beiträge an Dritte	13 608	–	1 651	2 308	129	132	2 979	4 947	1 461
Beiträge an Sozialversicherungen	14 493	–	–	14 080	–	–	–	413	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 302	–	–	66	18	4	–	139	4 075
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	259	–	14	–	–	–	–	122	123
Finanzaufwand	3 299	–	0	–	–	0	3 298	–	2
Zinsaufwand	2 902	–	–	–	–	0	2 901	–	2
Abnahme von Equitywerten	95	–	–	–	–	–	95	–	–
Übriger Finanzaufwand	302	–	0	–	–	0	302	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	22	–	–	–	–	–	22	–	–

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2009

Mio. CHF	Total Rechnung 2009	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	efd	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	64 146	18	56	546	121	208	61 728	302	1 167
Fiskalertrag	56 790	–	–	415	–	–	56 343	4	27
Direkte Bundessteuer	17 877	–	–	–	–	–	17 877	–	–
Verrechnungssteuer	5 280	–	–	–	–	–	5 280	–	–
Stempelabgaben	2 806	–	–	–	–	–	2 806	–	–
Mehrwertsteuer	19 830	–	–	–	–	–	19 830	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 279	–	–	–	–	–	7 279	–	–
Verkehrsabgaben	2 114	–	–	–	–	–	2 114	–	–
Zölle	1 033	–	–	–	–	–	1 033	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	570	–	–	415	–	–	124	4	27
Regalien und Konzessionen	1 350	–	–	–	–	–	1 132	182	36
Finanzertrag	3 075	–	0	1	0	0	3 052	21	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	2 179	–	–	–	–	–	2 179	–	–
Übriger Finanzertrag	896	–	0	1	0	0	873	21	1
Übriger Ertrag	2 893	18	56	130	121	208	1 163	95	1 102
Entgelte	1 354	18	54	128	101	139	750	93	69
Verschiedener Ertrag	1 539	0	1	2	19	69	413	1	1 033
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	37	–	–	–	–	–	37	–	–
Ordentlicher Aufwand	57 726	298	2 225	19 367	1 298	4 657	15 058	6 032	8 790
Eigenaufwand	11 929	298	671	568	517	4 465	2 645	446	2 320
Personalaufwand	4 812	250	507	320	352	1 598	1 153	316	316
Sach- und Betriebsaufwand	4 120	47	159	243	135	1 638	1 162	124	610
Rüstungsaufwand	1 095	–	–	–	–	1 095	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	1 902	0	4	4	30	134	329	6	1 394
Transferaufwand	42 445	–	1 555	18 799	780	193	9 061	5 587	6 470
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 116	–	–	449	–	–	6 147	–	521
Entschädigungen an Gemeinwesen	778	–	–	33	653	63	–	2	26
Beiträge an eigene Institutionen	2 723	–	–	2 181	–	–	–	32	510
Beiträge an Dritte	13 279	–	1 549	2 145	110	125	2 915	4 988	1 446
Beiträge an Sozialversicherungen	14 280	–	–	13 895	–	–	–	385	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 065	–	–	97	17	5	–	101	3 846
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	203	–	5	–	0	–	–	78	120
Finanzaufwand	3 341	–	0	–	–	0	3 341	–	0
Zinsaufwand	3 042	–	–	–	–	0	3 042	–	0
Abnahme von Equitywerten	5	–	–	–	–	–	5	–	–
Übriger Finanzaufwand	293	–	0	–	–	0	293	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	11	–	–	–	–	–	11	–	–

D01 Bilanz im Detail

Mio. CHF	2008	2009	2010	Differenz zu 2009	
				absolut	%
Aktiven	105 024	100 220	104 222	4 002	4,0
Finanzvermögen	29 108	27 360	30 193	2 833	10,4
Umlaufvermögen	17 094	13 787	14 584	797	5,8
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	1 739	2 949	6 015	3 066	104,0
Kasse	2	6	5	-1	-22,6
Post	137	187	135	-52	-27,7
Bank	1 600	2 756	995	-1 761	-63,9
Kurzfristige Geldanlagen	–	–	4 880	4 880	–
Forderungen	5 943	5 246	6 459	1 213	23,1
Steuer- und Zollforderungen	4 850	4 072	4 966	893	21,9
Kontokorrente	774	942	1 289	347	36,9
Andere Forderungen	268	181	156	-25	-13,6
Übrige Forderungen	51	51	48	-3	-6,2
Kurzfristige Finanzanlagen	7 717	4 212	414	-3 798	-90,2
Festgelder	7 500	4 100	400	-3 700	-90,2
Darlehen	162	80	–	-80	-100,0
Positive Wiederbeschaffungswerte	49	26	8	-18	-69,4
Übrige Anlagen	6	6	6	0	0,0
Aktive Rechnungsabgrenzung	1 696	1 379	1 696	317	22,9
Zinsen	142	30	30	0	0,6
Disagio	497	433	359	-74	-17,1
Übrige aktive Rechnungsabgrenzung	1 056	916	1 307	390	42,6
Anlagevermögen	12 014	13 573	15 609	2 036	15,0
Langfristige Finanzanlagen	12 014	13 573	15 576	2 003	14,8
Festverzinsliche Wertpapiere	204	50	–	-50	-100,0
Darlehen an Arbeitslosenversicherung	4 100	5 600	7 400	1 800	32,1
Übrige Darlehen	400	470	570	100	21,3
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	7 310	7 453	7 606	153	2,1
Forderungen ggü. zweckgeb. Fonds im Fremdkapital	–	–	32	32	–
Lenkungsabgaben	–	–	32	32	–
Verwaltungsvermögen	75 916	72 860	74 029	1 169	1,6
Umlaufvermögen	224	297	285	-12	-4,0
Vorräte	224	297	285	-12	-4,0
Vorräte aus Kauf	210	286	270	-16	-5,5
Vorräte aus Eigenfertigung	15	11	15	4	35,2
Anlagevermögen	75 692	72 564	73 745	1 181	1,6
Sachanlagen	49 921	51 094	51 194	100	0,2
Mobilien	321	332	321	-11	-3,3
Anlagen im Bau	13 013	8 267	9 401	1 134	13,7
Aktivierte Einlagen in Sonderrechnungen	1 699	1 428	1 263	-165	-11,6
Liegenschaften	12 798	12 975	13 024	50	0,4
Nationalstrassen	22 090	28 089	27 178	-911	-3,2
Anzahlungen auf Sachanlagen	–	2	6	4	159,5
Immaterielle Anlagen	97	130	148	18	13,6
Software	46	49	62	13	27,2
Anlagen im Bau	49	81	86	4	5,4
Übrige immaterielle Anlagen	2	0	–	0	-100,0
Darlehen	9 475	3 411	3 536	125	3,7
Allgemeine Verwaltung	5 930	2	2	0	0,4
Beziehungen zum Ausland	430	431	438	6	1,4
Soziale Wohlfahrt	1 865	1 739	1 967	228	13,1
Verkehr	7 547	7 575	7 665	90	1,2
Landwirtschaft	2 409	2 458	2 507	49	2,0
Übrige Volkswirtschaft	1 182	1 124	1 223	100	8,9
Wertberichtigung Darlehen des Verwaltungsvermögens	-9 888	-9 917	-10 265	-348	-3,5

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes).

D01 Bilanz im Detail

Fortsetzung

Mio. CHF	2008	2009	2010	Differenz zu 2009	
				absolut	%
Beteiligungen	16 199	17 928	18 866	938	5,2
Namhafte Beteiligungen	16 151	17 889	18 845	956	5,3
Übrige Beteiligungen	1 136	1 122	1 230	108	9,6
Wertberichtigung Beteiligungen	-1 088	-1 083	-1 209	-125	-11,6

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes).

D01 Bilanz im Detail

Fortsetzung

Mio. CHF	2008	2009	2010	Differenz zu 2009	
				absolut	%
Passiven	105 024	100 220	104 222	4 002	4,0
Kurzfristiges Fremdkapital	36 056	29 507	33 787	4 280	14,5
Laufende Verbindlichkeiten	13 700	12 659	14 024	1 365	10,8
Kontokorrente	10 123	9 143	10 361	1 218	13,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 102	1 368	1 420	52	3,8
Verwaltete Stiftungen	96	95	80	-15	-16,0
Übrige laufende Verbindlichkeiten	1 379	2 054	2 164	110	5,4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	15 495	10 310	13 064	2 754	26,7
Geldmarkt	10 670	6 947	9 181	2 234	32,2
Bundeseigene Unternehmungen	1 460	–	–	–	–
Sparkasse Bundespersonal	2 739	2 955	3 106	151	5,1
Negative Wiederbeschaffungswerte	432	397	777	380	95,7
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	194	11	–	-11	-100,0
Passive Rechnungsabgrenzung	6 394	6 094	6 377	284	4,7
Zinsen	2 179	2 013	1 954	-59	-2,9
Agio	1 569	1 556	1 624	68	4,4
Abgrenzung Subventionen	–	–	265	265	–
Abgrenzung Verrechnungssteuer	2 225	2 123	2 397	274	12,9
Übrige passive Rechnungsabgrenzung	421	402	137	-265	-65,8
Kurzfristige Rückstellungen	467	443	321	-123	-27,7
Rückstellungen Restrukturierungen	170	142	26	-116	-81,7
Rückstellungen Leistungen an Arbeitnehmer	287	279	277	-2	-0,9
Übrige kurzfristige Rückstellungen	9	22	18	-4	-19,9
Langfristiges Fremdkapital	110 155	104 582	99 938	-4 644	-4,4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	92 576	87 955	83 473	-4 482	-5,1
Bundeseigene Unternehmungen	50	1 740	1 840	100	5,7
Anleihen	92 435	86 119	81 538	-4 582	-5,3
Eidg. Technische Hochschulen ETH	91	95	95	0	-0,4
Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen	2 092	1 793	1 599	-194	-10,8
Infrastrukturfonds	2 092	1 793	1 599	-194	-10,8
Langfristige Rückstellungen	13 951	13 107	13 572	465	3,5
Rückstellungen Verrechnungssteuer	9 800	8 900	9 300	400	4,5
Übrige langfristige Rückstellungen	4 151	4 207	4 272	65	1,5
Verbindlichkeiten ggü. zweckgebundenen Fonds im FK	1 537	1 727	1 294	-433	-25,1
Lenkungsabgaben	494	712	256	-456	-64,0
Spezialfonds im Fremdkapital	–	–	75	75	–
Übrige zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	1 043	1 015	964	-52	-5,1
Eigenkapital	-41 187	-33 869	-29 502	4 366	12,9
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	2 808	2 934	4 048	1 114	38,0
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 722	2 848	2 783	-64	-2,3
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO	–	–	1 178	1 178	–
Übrige zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	87	87	87	0	0,1
Spezialfonds	1 229	1 258	1 287	29	2,3
Reserven aus Globalbudget	79	111	114	3	2,6
Allgemeine Reserven aus Globalbudget	27	35	39	4	12,1
Zweckgebundene Reserven aus Globalbudget	52	76	75	-1	-1,8
Restatementreserve	–	–	–	–	–
Übriges Eigenkapital	0	0	0	0	-100,0
Bilanzfehlbetrag	-45 302	-38 173	-34 951	3 221	8,4

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes).

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

CHF	2009			2010		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
Darlehen	13 328 901 473	-9 917 418 493	3 411 482 980	13 801 842 783-10	2 265 498 891	3 536 343 892
201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Zusammenarbeit	368 064 842	-137 134 800	230 930 042	383 566 195	-151 463 200	232 102 995
Darlehen an die FIPOI	361 840 513	-137 134 800	224 705 713	377 794 313	-151 463 200	226 331 113
Darlehen Weltpostverein	4 133 355	-	4 133 355	3 757 595	-	3 757 595
Darlehen für Ausrüstung	2 090 974	-	2 090 974	2 014 287	-	2 014 287
420 Bundesamt für Migration	40 626 892	-	40 626 892	36 921 968	-	36 921 968
Darlehen für Unterkünfte Asylsuchende (AsylG Art. 90)	40 491 892	-	40 491 892	36 921 968	-	36 921 968
Darlehen Betriebsvorschuss an OSP AG	135 000	-	135 000	-	-	-
606 Eidgenössische Zollverwaltung	-	-	-	85 000	-	85 000
Indoor-Schiessanlage, Schüpfen	-	-	-	85 000	-	85 000
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	1 112 006 786	-328 845 885	783 160 900	1 204 507 636	-365 944 851	838 562 785
Regionalentwicklung	898 406 673	-158 100 000	740 306 673	1 000 531 646	-196 375 667	804 155 979
SGH Darlehen für Hotelerneuerung und -entschuldung	87 071 082	-87 071 082	-	87 071 082	-87 071 082	-
SGH Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Darlehen	48 625 000	-48 625 000	-	48 625 000	-48 625 000	-
Indonesien, Mischkredit	34 000 000	-12 142 857	21 857 143	31 166 667	-12 466 667	18 700 000
SOFI Studienfinanzierungsfonds	10 859 710	-10 859 710	-	10 859 710	-10 859 710	-
Darlehen BG Mitte, Bürgschaften für KMU	8 000 000	-	8 000 000	8 000 000	-	8 000 000
Jugoslawien, Beitrittskosten EBRD	5 518 976	3 106 494	8 625 470	-	-	-
Darlehen Kurs- und Erholungszentrum Fiesch	4 440 000	-4 440 000	-	4 315 000	-	4 315 000
Konsolidierungsabkommen, Pakistan III	3 589 635	-1 435 854	2 153 781	3 589 635	-1 435 854	2 153 781
Konsolidierungsabkommen, Sudan I	3 323 100	-3 323 100	-	3 323 100	-3 323 100	-
Konsolidierungsabkommen, Togo	3 269 625	-3 269 625	-	3 269 625	-3 269 625	-
Kolumbien, Mischkredit	2 073 391	-552 904	1 520 487	1 382 261	-552 904	829 356
Konsolidierungsabkommen, Sudan III	851 220	-851 220	-	851 220	-851 220	-
Konsolidierungsabkommen, Sudan IV	841 577	-841 577	-	841 577	-841 577	-
China, Mischkredit	602 384	-240 954	361 430	184 874	-73 950	110 924
Konsolidierungsabkommen, Bangladesch I	534 412	-198 496	335 916	496 240	-198 496	297 744
708 Bundesamt für Landwirtschaft	2 458 101 616	-2 458 101 616	-	2 507 265 265	-2 507 265 265	-
Kanton Bern	408 558 266	-408 558 266	-	420 615 063	-420 615 063	-
Kanton Luzern	265 810 366	-265 810 366	-	271 699 815	-271 699 815	-
Kanton St. Gallen	205 141 514	-205 141 514	-	210 153 272	-210 153 272	-
Kanton Freiburg	191 470 280	-191 470 280	-	201 480 228	-201 480 228	-
Kanton Waadt	178 311 928	-178 311 928	-	183 325 693	-183 325 693	-
Kanton Zürich	161 424 066	-161 424 066	-	163 931 522	-163 931 522	-
Kanton Graubünden	156 551 321	-156 551 321	-	163 485 565	-163 485 565	-
Kanton Thurgau	110 136 308	-110 136 308	-	114 150 619	-114 150 619	-
Kanton Aargau	109 037 575	-109 037 575	-	113 094 494	-113 094 494	-
Kanton Wallis	100 556 712	-100 556 712	-	80 585 253	-80 585 253	-
Kanton Jura	69 608 094	-69 608 094	-	69 769 706	-69 769 706	-
Kanton Schwyz	67 496 925	-67 496 925	-	69 553 615	-69 553 615	-
Kanton Solothurn	67 494 524	-67 494 524	-	70 007 295	-70 007 295	-
Kanton Neuenburg	62 901 391	-62 901 391	-	65 177 409	-65 177 409	-
Kanton Basel-Land	42 646 545	-42 646 545	-	44 650 783	-44 650 783	-
Kanton Tessin	41 166 248	-41 166 248	-	41 177 980	-41 177 980	-
Kanton Schaffhausen	34 360 848	-34 360 848	-	36 867 951	-36 867 951	-
Kanton Appenzell A.Rh.	32 793 002	-32 793 002	-	32 802 970	-32 802 970	-
Kanton Obwalden	29 995 631	-29 995 631	-	30 010 383	-30 010 383	-
Kanton Appenzell I.Rh.	28 236 413	-28 236 413	-	28 238 734	-28 238 734	-
Kanton Uri	24 761 854	-24 761 854	-	24 793 679	-24 793 679	-
Kanton Zug	21 534 040	-21 534 040	-	21 570 366	-21 570 366	-
Kanton Nidwalden	20 157 548	-20 157 548	-	21 165 933	-21 165 933	-
Kanton Glarus	16 588 416	-16 588 416	-	17 591 146	-17 591 146	-
Kanton Genf	11 361 801	-11 361 801	-	11 365 790	-11 365 790	-

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung	2009			2010		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
CHF						
725 Bundesamt für Wohnungswesen	1 698 482 882	-165 408 327	1 533 074 555	1 930 063 399	-282 030 149	1 648 033 250
Hypothekendarlehen an WBG aus Bundesmitteln	700 724 180	–	700 724 180	679 278 578	-10 290 575	668 988 003
Darlehen Gemeinnützige Wohnbauträger	422 413 206	-76 496 397	345 916 809	461 967 199	-20 394 800	441 572 399
Grundverbilligungsvorschüsse Mietwohnungen	257 569 962	-66 968 190	190 601 772	476 802 583	-183 164 830	293 637 753
Hypothekendarlehen an WBG aus Mitteln Publica	191 297 678	–	191 297 678	189 493 176	–	189 493 176
Darlehen preisgünstiger Wohnraum gem. WFG	116 809 780	-21 943 740	94 866 040	113 633 240	-68 179 944	45 453 296
Hypothekendarlehen an ETH-Professoren	9 668 076	–	9 668 076	8 888 624	–	8 888 624
802 Bundesamt für Verkehr	6 374 434 053	-5 659 117 865	715 316 188	6 467 246 439	-5 789 985 426	677 261 013
SBB AG	2 878 855 264	-2 878 354 610	500 654	2 901 629 291	-2 901 162 032	467 259
RhB 975 735 149	-830 710 930	145 024 219	1 013 178 101	-868 395 102	144 782 999	–
BLS Netz AG	444 242 604	-444 242 604	–	380 859 695	-380 859 695	–
BLS AG	292 765 755	-213 489 830	79 275 925	286 476 329	-213 489 830	72 986 499
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	185 678 964	-157 584 602	28 094 362	205 545 330	-179 291 240	26 254 090
Zentralbahn	169 497 750	-166 278 407	3 219 343	199 667 773	-196 798 554	2 869 219
Südostbahn	148 175 643	-124 332 187	23 843 456	176 450 640	-154 726 228	21 724 412
Transports publics fribourgeois	121 119 256	-105 580 029	15 539 227	130 726 528	-116 338 276	14 388 252
RBS AG	113 818 490	-78 958 568	34 859 922	116 883 501	-84 606 354	32 277 147
Appenzeller Bahnen	90 481 455	-55 149 197	35 332 258	92 553 234	-59 486 103	33 067 131
Métro Lausanne-Ouchy SA	70 000 000	-70 000 000	–	70 000 000	-70 000 000	–
Transports Publics du Chablais	63 949 625	-45 112 971	18 836 654	64 111 182	-46 275 023	17 836 159
Montreux - Berner Oberland - Bahn	59 862 633	-45 574 383	14 288 250	61 411 077	-48 180 929	13 230 148
Baselland Transport AG	54 940 625	-39 521 406	15 419 219	55 720 498	-41 434 883	14 285 615
Aare Seeland Mobil AG	45 348 624	-34 993 417	10 355 207	53 869 477	-44 205 978	9 663 499
Berner Oberland-Bahnen	34 744 589	-29 887 018	4 857 571	34 214 313	-29 887 018	4 327 295
Chemins de Martigny et régions SA	34 396 344	-25 811 918	8 584 426	39 456 709	-31 331 918	8 124 791
Chemins de fer du Jura	28 572 615	-16 761 194	11 811 421	30 307 451	-19 250 765	11 056 686
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher	24 629 324	-20 710 977	3 918 347	28 500 923	-24 917 897	3 583 026
Wynental- und Suhrentalbahn	23 977 766	-18 194 969	5 782 797	23 522 086	-18 329 969	5 192 117
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi	23 914 902	-10 520 674	13 394 228	23 211 327	-10 520 674	12 690 653
Sihltal-Zürich-Uettilberg-Bahn	23 447 333	-17 428 537	6 018 796	23 045 071	-17 428 537	5 616 534
Transports Montreux-Vevvey-Riviera	21 029 086	-15 962 858	5 066 228	20 780 747	-15 962 858	4 817 889
Travys SA	18 457 643	-13 577 894	4 879 749	18 609 356	-14 077 894	4 531 462
Transport régionaux neuchâtelois	17 316 056	-8 936 839	8 379 217	16 718 560	-8 936 839	7 781 721
BDWM Transport AG	17 147 902	-14 418 428	2 729 474	17 458 892	-14 886 887	2 572 005
Ferrovie Luganesi SA	16 327 938	-13 980 740	2 347 198	16 068 391	-14 120 361	1 948 030
Transports Publics Genevois	15 861 080	-15 861 080	–	15 861 080	-15 861 080	–
Société des transports de la région Bières-Apples-Morges	14 598 481	-10 425 511	4 172 970	14 464 185	-10 700 471	3 763 714
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez	14 303 035	-10 882 613	3 420 422	14 375 312	-11 260 063	3 115 249
Thurbo AG	10 898 010	-10 614 767	283 243	14 900 248	-14 634 854	265 394
Waldenburgerbahn AG	10 516 000	-5 202 411	5 313 589	10 304 415	-5 443 641	4 860 774
Diverse KTU	146 423 597	-102 426 568	43 997 029	135 350 836	-97 426 225	37 924 611
Termini SA	117 687 985	–	117 687 985	113 435 920	–	113 435 920
Übriger öffentlicher Verkehr	45 712 530	-7 629 728	38 082 802	47 577 961	-9 757 248	37 820 713
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	1 198 716 541	-1 168 810 000	29 906 541	1 196 362 954	-1 168 810 000	27 552 954
Darlehen Swissair	1 168 810 000	-1 168 810 000	–	1 168 810 000	-1 168 810 000	–
Genf: Objekt 4-2	3 645 595	–	3 645 595	3 450 008	–	3 450 008
Genf: Objekt 4-1	3 232 710	–	3 232 710	3 012 503	–	3 012 503
Basel: Objekt 2+4	2 119 797	–	2 119 797	1 834 658	–	1 834 658
Basel: Objekt 21	2 086 369	–	2 086 369	1 974 435	–	1 974 435
Genf: Objekt 2+3	1 916 438	–	1 916 438	1 658 654	–	1 658 654
Basel: Objekt 10	1 829 569	–	1 829 569	1 731 412	–	1 731 412
Genf: Objekt 9-1	1 784 757	–	1 784 757	1 663 182	–	1 663 182
Basel: Objekt 1	1 340 339	–	1 340 339	1 256 431	–	1 256 431
Genf: Objekt 1	1 226 543	–	1 226 543	1 061 558	–	1 061 558
Basel: Objekt 8	1 213 448	–	1 213 448	1 148 346	–	1 148 346

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung	2009			2010		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
CHF						
Basel: Objekt 3	1 204 002	–	1 204 002	1 139 407	–	1 139 407
Genf: Objekt 1-2	1 054 456	–	1 054 456	946 358	–	946 358
Basel: Objekt 22	963 365	–	963 365	903 056	–	903 056
Genf: Objekt 1-4	943 232	–	943 232	872 905	–	872 905
Genf: Objekt 1-3	933 597	–	933 597	848 335	–	848 335
Basel: Objekt 7	782 625	–	782 625	737 369	–	737 369
Birrfeld	472 125	–	472 125	417 117	–	417 117
Basel: Objekt 23	425 780	–	425 780	399 125	–	399 125
Bern: Objekt 2	300 533	–	300 533	281 719	–	281 719
Genf: Objekt 1-6	289 804	–	289 804	271 662	–	271 662
Basel: Objekt 11	243 186	–	243 186	225 853	–	225 853
Sion	219 834	–	219 834	194 222	–	194 222
Monricher I	210 000	–	210 000	195 500	–	195 500
Amlikon	202 668	–	202 668	163 724	–	163 724
Schänis I	191 974	–	191 974	188 974	–	188 974
Courtelay	154 312	–	154 312	137 213	–	137 213
Schänis II	134 000	–	134 000	132 000	–	132 000
Basel: Objekt 9	113 709	–	113 709	107 609	–	107 609
Ecuwillens I	110 512	–	110 512	90 280	–	90 280
Genf: Objekt 1-5	103 765	–	103 765	97 269	–	97 269
Genf: Objekt 9-2	100 152	–	100 152	93 882	–	93 882
Bern: Objekt 1	95 173	–	95 173	86 481	–	86 481
Ecuwillens II	78 498	–	78 498	66 054	–	66 054
Ecuwillens III	68 315	–	68 315	62 701	–	62 701
Basel: Objekt 17	56 550	–	56 550	56 550	–	56 550
Monricher II	48 759	–	48 759	36 929	–	36 929
Basel: Objekt 18	10 052	–	10 052	9 471	–	9 471
806 Bundesamt für Strassen	1 360 000	–	1 360 000	1 160 000	–	1 160 000
Parking Simplon Gare SA, Lausanne	1 360 000	–	1 360 000	1 160 000	–	1 160 000
810 Bundesamt für Umwelt	77 107 860	–	77 107 860	74 663 927	–	74 663 927
Investitionskredit an die Forstwirtschaft	77 107 860	–	77 107 860	74 663 927	–	74 663 927

D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

	31.12.2009	31.12.2010			Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
CHF						
Beteiligungen	17 928 283 000	12 545 778 196	-1 208 728 369	7 529 293 172	18 866 343 000	
Namhafte Beteiligungen	17 889 314 000	11 315 640 828		7 529 293 172	18 844 934 000	
601 Eidgenössische Finanzverwaltung	17 889 314 000	11 315 640 828		7 529 293 172	18 844 934 000	
SBB	9 512 300 000	9 000 000 000		971 000 000	9 971 000 000	100,0
Die Schweizerische Post	3 332 000 000	1 300 000 000		2 765 000 000	4 065 000 000	100,0
RUAG Schweiz AG	792 400 000	340 000 000		357 600 000	697 600 000	100,0
BLS Netz AG	335 100 000	335 172 078		2 627 922	337 800 000	50,1
SAPOMP	178 700 000	171 061 000		51 039 000	222 100 000	100,0
Skyguide	284 300 000	139 913 750		153 386 250	293 300 000	99,9
Swisscom	3 454 514 000	29 494 000		3 228 640 000	3 258 134 000	56,9
Übrige Beteiligungen	38 969 000	1 230 137 369	-1 208 728 369		21 409 000	
201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	–	13 228 400	-13 228 400		–	
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	–	13 228 400	-13 228 400		–	1,6
202 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit	–	462 416 717	-462 416 717		–	
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	–	256 393 226	-256 393 226		–	1,7
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	–	31 092 867	-31 092 867		–	0,8
Internationale Finanz-Corporation IFC	–	54 054 001	-54 054 001		–	1,7
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	–	62 941 432	-62 941 432		–	1,5
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	–	28 091 955	-28 091 955		–	0,5
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	–	12 393 653	-12 393 653		–	6,5
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	–	11 104 058	-11 104 058		–	1,6
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	–	6 345 525	-6 345 525		–	1,3
301 Generalsekretariat EDI	9 500 000	9 500 000	–		9 500 000	
Beteiligung SHI (Swissmedic)	9 500 000	9 500 000	–		9 500 000	65,5
316 Bundesamt für Gesundheit	–	1 000	-1 000		–	
Ludwig-Institut für Krebsforschung AG	–	1 000	-1 000		–	2,0
525 Verteidigung	51 000	52 000	-1 000		51 000	
Tätsch	50 000	51 000	-1 000		50 000	100,0
Lagergenossenschaft	1 000	1 000	–		1 000	100,0
543 armasuisse Immobilien	10 000	49 000	-39 000		10 000	
Gasverbund Seeland Lyss	–	34 000	-34 000		–	1,8
AVAG Thun	10 000	10 000	–		10 000	0,3
Thermobois SA Pruntrut	–	4 000	-4 000		–	0,4
Elektrizitätswerk Altdorf	–	1 000	-1 000		–	0,0
601 Eidgenössische Finanzverwaltung	–	6 983 100	-6 983 100		–	
Hotel Bellevue Palace	–	6 382 100	-6 382 100		–	99,7
Refuna AG	–	600 000	-600 000		–	8,3
Überbauungsgenossenschaft Murifeld-Wittigkofen	–	1 000	-1 000		–	n.a.
620 Bundesamt für Bauten und Logistik	–	1 777 917	-1 777 917		–	
71 Park St. Corp., New York	–	902 997	-902 997		–	n.a.
Kiinteistö Oy, Helsinki	–	330 000	-330 000		–	n.a.
Bostadsaktiebolaget, Blaklinten	–	303 100	-303 100		–	n.a.
Lake Shore Drive Build, Chicago	–	182 750	-182 750		–	n.a.
642 Park Av. Corp., New York	–	55 470	-55 470		–	n.a.
WBG Neuhaus, CH-3172 Niederwangen	–	3 600	-3 600		–	n.a.
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	–	568 721 223	-568 721 223		–	
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	–	195 126 185	-195 126 185		–	2,8

n.a.: nicht ausgewiesen.

D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung	31.12.2009		31.12.2010			Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	Bilanzwert	
CHF						
Swiss Technology Venture Capial Fund und Vorzugsaktien	–	30 280 850	-30 280 850		–	100,0
ASEAN - China Investment Fund	–	20 000 000	-20 000 000		–	n.a.
SSPF - Sino-Swiss Partnership Fund	–	18 750 000	-18 750 000		–	n.a.
IDFC - Indien, Infrastructure Development Finance Co.	–	14 968 234	-14 968 234		–	4,6
AIF - African Infrastructure Fund	–	14 561 269	-14 561 269		–	2,3
AEAF - Aureos East Africa Fund	–	9 652 732	-9 652 732		–	n.a.
SDFC-Swiss Development Finance Corporation, Beteiligung	–	9 550 339	-9 550 339		–	49,0
Vantage Mezzanine Fund SA	–	8 795 820	-8 795 820		–	n.a.
CAGF - Central American Growth Fund	–	8 650 000	-8 650 000		–	n.a.
Vietnam Investment Fund	–	8 957 500	-8 957 500		–	n.a.
ALTRA FUND I, Peru-Kolumbien	–	8 400 000	-8 400 000		–	n.a.
SEAF Blue Waters Growth Fund: Vietnam	–	8 150 000	-8 150 000		–	n.a.
SEAF Latam Growth Fund	–	7 910 000	-7 910 000		–	n.a.
KDPEF - KD Private Equity Fund	–	7 808 075	-7 808 075		–	n.a.
Virgin Islands, Terra capital Invest. Ltd., Beteiligung	–	7 650 000	-7 650 000		–	32,0
HEP III - Horizon Equity Fund III	–	7 441 275	-7 441 275		–	n.a.
SEAF - Trans Andean Fund	–	7 038 300	-7 038 300		–	n.a.
SEAF - Central Asia Small Enterprise Fund	–	6 990 558	-6 990 558		–	n.a.
MPEF - Maghreb Private Equity Fund II	–	6 918 425	-6 918 425		–	n.a.
GMF/Ltd - Global Microfinance Facility Ltd.	–	6 747 300	-6 747 300		–	n.a.
MEFII - Mekong Enterprise Fund II	–	6 387 563	-6 387 563		–	n.a.
SEAF - Central+Eastern Europe Growth Fund	–	6 364 423	-6 364 423		–	n.a.
EUF - Euroventures Ukraine Fund	–	6 250 000	-6 250 000		–	n.a.
SEAF - South Balkan Fund	–	6 091 565	-6 091 565		–	n.a.
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	–	6 000 000	-6 000 000		–	50,0
SIFEM - CASEIF II	–	5 582 500	-5 582 500		–	n.a.
GFEF - Ghana Fidelity Equity Fund I	–	5 350 075	-5 350 075		–	n.a.
raBOP	–	5 000 000	-5 000 000		–	n.a.
SIFEM: SPHINX Turnaround Fund	–	5 796 057	-5 796 057		–	n.a.
BFSEF - Balkan Financial Sector Equity Fund	–	4 680 668	-4 680 668		–	n.a.
CMFII - Capital Marocco Fund II	–	4 660 000	-4 660 000		–	n.a.
MPEF - Maghreb Private Equity Fund	–	4 387 500	-4 387 500		–	10,0
GMF II - Global Microfinance Facility Ltd.	–	4 375 000	-4 375 000		–	n.a.
MEF - Mekong Enterprise Fund	–	4 207 598	-4 207 598		–	n.a.
SEAF - Trans Balkan Fund	–	4 160 653	-4 160 653		–	12,5
GMF - Global Microfinance Fund	–	4 000 000	-4 000 000		–	n.a.
GFEAF - GroFin East Africa Fund	–	3 939 205	-3 939 205		–	n.a.
SIF - Solidus Investment Fund	–	3 750 000	-3 750 000		–	n.a.
Fidelity Equity Fund II	–	3 590 000	-3 590 000		–	n.a.
Credins Bank, Sub. Debt.	–	3 498 000	-3 498 000		–	n.a.
Trust Bank Ghana II	–	3 125 000	-3 125 000		–	n.a.
VEF - Vietnam Equity Fund	–	3 100 000	-3 100 000		–	n.a.
CEEE-Beteiligung Central+Eastern European Environment	–	3 055 014	-3 055 014		–	9,0
TIL - Tuninvest International, Kapitalbeteiligung	–	2 978 887	-2 978 887		–	8,5
HTF - Horizon Techventures Fund	–	2 923 098	-2 923 098		–	n.a.
Symbiotics MFI Global Sub Debt CDO	–	2 700 000	-2 700 000		–	n.a.
FINARCA - Financiera Arrendadora Centroamerica	–	2 500 000	-2 500 000		–	n.a.
ACIL/AMFSL-Indien, Alliance Finanzgruppe	–	2 047 957	-2 047 957		–	17,0
Business Leasing Uzbekistan	–	1 250 000	-1 250 000		–	n.a.
TMS - Tradelink Marketing Services	–	1 050 000	-1 050 000		–	n.a.
ELF - Emergency Liquidity Facility	–	625 000	-625 000		–	n.a.
SSFMC - Sino-Swiss Fund Management Company	–	601 410	-601 410		–	n.a.
MNL-Msele Nedventures Ltd, Kapitalbeteiligung	–	562 023	-562 023		–	n.a.

n.a.: nicht ausgewiesen.

D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung	31.12.2009		31.12.2010		Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	
CHF					
FSDC - Fund Solar Development Capital	–	453 129	-453 129	–	n.a.
BTS - Investment Advisors Ltd.	–	100 000	-100 000	–	n.a.
Swiss Technology Venture Capial Fund und Aktien-Beteiligung	–	32 040	-32 040	–	100,0
SIFEM: E + Co. 2010	–	4 400 000	-4 400 000	–	n.a.
SIFEM: CIFI 2010	–	11 000 000	-11 000 000	–	n.a.
SIFEM: Kendall Court Mezzan. Bristol 2010	–	8 800 000	-8 800 000	–	n.a.
SIFEM: Europe Virgin Fund 2010	–	5 000 000	-5 000 000	–	n.a.
708 Bundesamt für Landwirtschaft	160 000	7 097 800	-6 937 800		160 000
Käseunion in Liquidation	–	6 937 800	-6 937 800	–	100,0
Identitas AG	160 000	160 000	–	–	160 000
710 Agroscope	–	1 700	-1 700		–
ALP Posieux/Anteilscheine Trocknungsge- nossenschaft Sensebezirk	–	1 000	-1 000	–	n.a.
ART Tänikon /Anteilschein Genossenschaft	–	600	-600	–	n.a.
Koll. Getreidesammelstelle Strass-Frauenfeld	–				
ART Tänikon /Anteilschein Wohnbauge- nossenschaft Lilienthal Gunterhausen	–	100	-100	–	n.a.
725 Bundesamt für Wohnungswesen	29 248 000	11 813 000	-125 000		11 688 000
Logis Suisse AG	16 544 000	3 544 000	–	–	3 544 000
Alloggi Ticino SA	5 399 000	5 399 000	–	–	5 399 000
Logement Social Romand SA	4 410 000	–	–	–	–
Wohnstadt Bau+Verwaltungsgenossenschaft	1 500 000	1 500 000	–	–	1 500 000
Soc. Coop. Rom. De Caution Immob. CRCl	750 000	600 000	–	–	600 000
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG	280 000	280 000	–	–	280 000
WOGENO (Neu: GEWO ZH Ost)	125 000	250 000	-125 000	–	125 000
Hyp.-Bürg.Gen. (HBW)	140 000	140 000	–	–	140 000
L>Artisane Nouvelle	100 000	100 000	–	–	100 000
802 Bundesamt für Verkehr	–	148 475 513	-148 475 513		–
Rhätische Bahn RhB	–	25 000 000	-25 000 000	–	43,1
Zentralbahn zb	–	19 350 000	-19 350 000	–	16,1
BLS AG	–	17 240 608	-17 240 608	–	21,7
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	–	11 050 000	-11 050 000	–	76,7
Montreux-Oberland-Bahn MOB	–	8 913 000	-8 913 000	–	43,1
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	–	7 040 000	-7 040 000	–	26,4
Appenzeller Bahnen AB	–	6 134 400	-6 134 400	–	39,3
Berner Oberland-Bahnen BOB	–	4 400 000	-4 400 000	–	35,7
Forchbahn FB	–	4 000 000	-4 000 000	–	32,8
Aare Seeland mobil AG Asm	–	3 720 000	-3 720 000	–	36,2
Transp. publics fribourgeois TPF	–	3 700 000	-3 700 000	–	22,2
Chemin de fer du Jura CJ	–	3 623 000	-3 623 000	–	33,4
Wynental- und Suhrentalbahnhof WSB	–	3 500 000	-3 500 000	–	34,4
Schweizerische Südostbahn SOB	–	3 197 400	-3 197 400	–	35,8
DBWM Transport AG	–	3 136 000	-3 136 000	–	30,3
Transp. De Martigny et Régions SA, TMR	–	2 934 040	-2 934 040	–	43,2
Ferrovie autolinee reg. Ticinesi FART	–	2 900 000	-2 900 000	–	34,1
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	–	2 700 300	-2 700 300	–	27,8
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	–	2 496 675	-2 496 675	–	16,6
Baselland Transport AG BLT	–	2 100 000	-2 100 000	–	5,6
Frauenfeld-Wil-Bahn FW	–	1 695 300	-1 695 300	–	37,4
Transp. Publics du Chablais SA, TPC	–	1 586 560	-1 586 560	–	18,1
TRAVYS SA	–	1 131 580	-1 131 580	–	17,2
Transp. Montreux-Vevey-Riviera MVR	–	985 000	-985 000	–	17,1
Lausanne-Echallens-Bercher LEB	–	975 000	-975 000	–	42,9
Transp. Regionaux neuchâtelois TRN SA	–	913 250	-913 250	–	9,8
Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	–	912 500	-912 500	–	28,3

n.a.: nicht ausgewiesen.

D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung	31.12.2009		31.12.2010			Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	Bilanzwert	
CHF						
Société des Forces Motrices de l'Avançon FMA	–	780 000	-780 000		–	11,0
Com. Générale de Navigation sur le Lac Léman CGN	–	667 000	-667 000		–	5,1
Waldenburgerbahn WB	–	600 000	-600 000		–	24,4
Zugerland Verkehrsbetriebe ZVB	–	500 000	-500 000		–	5,2
Morges-Bière-Cossonay MBC	–	350 000	-350 000		–	34,4
Ferrovie Luganesi/Lugano Ponte Tresa FLP	–	120 000	-120 000		–	10,0
Matterhorn Gotthard Bahn AG	–	97 200	-97 200		–	38,9
OBL Elektrifikations-Anleihe Eisenbahnge- sellschaft Spiez-Erlenbach	–	26 500	-26 500		–	n.a.
Brienz Rothorn Bahn	–	200	-200		–	n.a.
805 Bundesamt für Energie	–	20 000	-20 000		–	
Anteilscheine Genossenschaft Nagra	–	20 000	-20 000		–	16,7

n.a.: nicht ausgewiesen.

D04 Kurz- und langfristige Schulden

Mio. CHF	2008	2009	2010	Differenz zu 2009	
				absolut	%
Bruttoschulden	121 771	110 924	110 561	-363	-0,3
Kurzfristige Schulden	29 195	22 970	27 088	4 119	17,9
Laufende Verbindlichkeiten	13 700	12 659	14 024	1 365	10,8
Kontokorrente	10 123	9 143	10 361	1 218	13,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 102	1 368	1 420	52	3,8
Verwaltete Stiftungen	96	95	80	-15	-16,0
Übrige laufende Verbindlichkeiten	1 379	2 054	2 164	110	5,4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	15 495	10 310	13 064	2 754	26,7
Geldmarkt	10 670	6 947	9 181	2 234	32,2
Bundeseigene Unternehmungen	1 460	–	–	–	–
Sparkasse Bundespersonal	2 739	2 955	3 106	151	5,1
Negative Wiederbeschaffungswerte	432	397	777	380	95,7
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	194	11	–	-11	-100,0
Langfristige Schulden	92 576	87 955	83 473	-4 482	-5,1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	92 576	87 955	83 473	-4 482	-5,1
Bundeseigene Unternehmungen	50	1 740	1 840	100	5,7
Anleihen	92 435	86 119	81 538	-4 582	-5,3
Von Dritten mitfinanzierte ETH-Bauten	91	95	95	0	-0,4

E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze

	Total		Geldmarktschulden		Kapitalmarktschulden	
	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %
2010	92 559	2,9	9 181	0,1	83 378	3,2
2009	94 807	3,0	6 947	0,0	87 859	3,3
2008	104 614	3,0	12 129	0,5	92 485	3,3
2007	106 125	3,2	10 391	2,2	95 734	3,3
2006	109 525	3,2	13 806	1,7	95 719	3,4
2005	112 290	3,0	16 692	0,8	95 598	3,4

Hinweis: Die Zahlen vor 2005 sind im Detail nicht verfügbar.

E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 2010	Marktwert 2010
Total				11 021,2	11 056,1
Geldmarktbuchforderungen				9 181,2	9 178,4
06.01.2011	3617882	07.10.2010	99,980	831,9	831,8
13.01.2011	3617844	14.01.2010	99,874	364,6	364,6
20.01.2011	3617884	21.10.2010	99,990	789,9	789,8
27.01.2011	3617885	28.10.2010	100,000	853,0	852,9
03.02.2011	3617886	04.11.2010	100,000	482,0	481,9
10.02.2011	3617887	11.11.2010	100,000	593,2	593,1
17.02.2011	3617888	18.11.2010	99,990	461,4	461,3
24.02.2011	3617876	26.08.2010	99,920	146,7	146,6
03.03.2011	3617890	02.12.2010	99,990	327,7	327,6
10.03.2011	3617891	09.12.2010	99,987	777,6	777,3
17.03.2011	3617892	16.12.2010	99,990	536,7	536,5
24.03.2011	3617893	23.12.2010	99,990	589,3	589,0
31.03.2011	3617894	30.12.2010	99,990	855,2	854,8
14.04.2011	3617883	14.10.2010	99,920	848,5	848,0
26.05.2011	3617889	25.11.2010	99,950	339,4	339,1
14.07.2011	3617870	15.07.2010	99,939	384,6	384,1
Festgelder				1 840,0	1 877,7
SERV					
12.01.2011		05.01.2007	2,44%	100,0	102,5
12.01.2011		08.12.2010	0,02%	50,0	50,0
13.04.2011		03.10.2008	1,45%	50,0	50,7
13.07.2011		05.01.2007	2,43%	100,0	103,6
12.10.2011		03.10.2008	1,53%	50,0	50,6
18.01.2012		05.01.2007	2,42%	100,0	104,6
18.01.2012		21.01.2010	0,35%	140,0	140,5
11.04.2012		03.10.2008	1,57%	80,0	82,1
10.10.2012		03.10.2008	1,71%	50,0	51,3
14.01.2013		13.01.2010	0,61%	150,0	151,2
14.01.2013		14.07.2010	0,34%	100,0	99,8
10.04.2013		03.10.2008	2,00%	50,0	52,3
16.05.2013		14.01.2009	1,35%	100,0	102,5
16.10.2013		03.10.2008	2,12%	50,0	52,1
15.01.2014		28.11.2008	1,75%	30,0	31,3
15.01.2014		14.07.2010	0,52%	100,0	99,3
16.04.2014		03.10.2008	2,17%	50,0	52,8
15.05.2014		14.01.2009	1,50%	100,0	102,8
16.07.2014		03.12.2008	1,80%	30,0	31,1
16.07.2014		31.12.2008	1,55%	20,0	20,5
30.09.2014		27.02.2009	1,10%	40,0	40,2
15.10.2014		03.10.2008	2,24%	50,0	52,4
15.10.2014		13.10.2010	0,63%	50,0	49,3
15.01.2015		13.01.2010	1,00%	50,0	50,2
14.04.2015		14.04.2010	1,20%	100,0	100,9
Skycare					
19.12.2015		19.12.2003	2,75%	50,0	53,4

E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit	Freie Eigen- quoten	Bilanzwert 2010	Marktwert 2010	
Eidgenössische CHF Anleihen						3 295	81 537,9	92 945,7
10.06.2011	1084089	4,00%	2000-2011	–	50	7 632,4	7 928,7	
10.06.2012	805564	2,75%	1999-2012	–	160	8 600,1	9 026,0	
11.02.2013	1037930	4,00%	2000-2013	–	280	6 900,2	7 661,9	
06.01.2014	148008	4,25%	1994-2014	–	–	4 608,4	5 280,3	
09.11.2014	2313981	2,00%	2005-2014	–	215	1 691,3	1 775,1	
10.06.2015	1238558	3,75%	2001-2015	–	70	3 583,3	4 090,8	
12.03.2016	1563345	2,50%	2003-2016	–	190	6 713,8	7 317,1	
12.10.2016	2285961	2,00%	2005-2016	–	300	2 666,8	2 807,7	
05.06.2017	644842	4,25%	1997-2017	–	160	5 600,1	6 749,2	
08.01.2018	1522166	3,00%	2003-2018	–	300	6 736,0	7 588,3	
12.05.2019	1845425	3,00%	2004-2019	–	290	5 709,1	6 485,5	
06.07.2020	2190890	2,25%	2005-2020	–	255	3 379,9	3 614,3	
28.04.2021	11199981	2,00%	2010-2021	–	300	1 756,8	1 831,7	
11.02.2023	843556	4,00%	1998-2023	–	120	4 437,7	5 631,1	
27.06.2027	3183556	3,25%	2007-2027	–	120	593,0	712,3	
08.04.2028	868037	4,00%	1998-2028	–	–	5 612,5	7 476,4	
08.04.2033	1580323	3,50%	2003-2033	–	–	2 905,0	3 798,2	
08.03.2036	2452496	2,50%	2006-2036	–	485	1 450,3	1 664,3	
06.01.2049	975519	4,00%	1999-2049	–	–	961,4	1 506,6	

E04 Nettozinslast

	Nettozinslast		Zinsausgaben		Zinseinnahmen	
	% ordentliche Einnahmen	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF	
2010	3,9	2 474	2 834	360		
2009	4,3	2 600	3 135	535		
2008	4,6	2 945	3 660	715		
2007	5,5	3 185	3 849	664		
2006	6,4	3 515	3 993	478		
2005	6,3	3 242	3 577	335		
2004	5,9	2 876	3 167	292		
2003	6,3	2 964	3 293	329		
2002	6,9	3 274	3 764	490		
2001	5,4	2 645	3 394	749		
2000	5,4	2 759	3 489	730		
1999	6,8	2 905	3 586	681		
1998	5,2	2 281	3 345	1 063		
1997	5,0	1 940	3 079	1 139		
1996	4,0	1 591	2 922	1 331		
1995	4,4	1 641	3 080	1 440		
1994	4,9	1 793	3 079	1 287		
1993	4,3	1 411	2 486	1 076		
1992	4,7	1 651	2 546	895		
1991	3,9	1 310	2 050	740		
1990	3,6	1 180	1 832	652		

E05 Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Marktwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010
Derivative Finanzinstrumente	7 707	6 638	-371	-769	26	8	-397	-777
Zinsinstrumente	3 560	2 650	-261	-240	10	8	-271	-248
Zinsswaps	3 560	2 650	-261	-240	10	8	-271	-248
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Devisen	4 147	3 988	-110	-529	16	-	-126	-529
Terminkontrakte	4 147	3 988	-110	-529	16	-	-126	-529
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-

F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand¹

	Total		Personal zu Lasten von Personalkrediten		Personal zu Lasten von Sachkrediten		Personal zu Lasten FLAG-Verwaltungseinheiten ²		Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2010 ³	4 740	33 312	3 703	26 945	126	626	835	5 661	78	80
2009 ³	4 675	33 056	3 684	26 865	114	581	804	5 532	73	78
2008 ³	4 361	32 398	3 453	26 412 ⁴	105	590 ⁴	734	5 320	69	76
2007 ³	4 256	32 105	3 449	26 712	102	569	638	4 750	67	74
2006 ³	4 110	32 163 ⁴	3 571	28 533 ⁴	121	753	352	2 815 ⁴	66	62
2005	4 111	33 290	3 591	29 639	117	889	336	2 710	67	52
2004	4 188	34 155	3 675	30 499	114	874	333	2 733	65	49
2003	4 148	34 619	3 675	31 187	106	782	306	2 616	61	34
2002 ⁵	4 079	33 662	3 618	30 433	107	745	298	2 484	56	–
2001 ⁵	3 890	32 498	3 455	29 421	98	695	284	2 382	52	–
2000 ⁵	3 619	31 269	3 284	28 758	38	334	253	2 177	45	–

1 Personalbestand: durchschnittlicher Bestand Vollzeitstellen (Full Time Equivalent)

2 Anzahl FLAG-Verwaltungseinheiten: 2010 (22), 2009 (23), 2008 (24), 2007 (23), 2006 (14), 2004 (12), 2001 (11), 2000 (10).

3 Rechnung nach NRM

4 2006: Korrektur Personalbestand - Übrige Kredite sind nachträglich ausgeschlossen worden. Für das Personal zu Lasten Personalkredit 118 Stellen, für Personal zu Lasten FLAG 85 Stellen. 2008: Korrektur Sachkredit im BAG um 32 Stellen vom Personalkredit zum Sachkredit.

5 Daten zum Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter sind im Personal zu Lasten Personalkrediten enthalten

F02 Personalaufwand im Detail

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Rechnung 2010	Differenz zu R 2009 absolut	%
Personalaufwand	4 492	4 501	4 812	4 927	4 824	12	0,2
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 389	4 396	4 698	4 819	4 698	0	0,0
Legislative	60	64	69	71	70	2	2,2
Entschädigungen für Parlamentarier	32	35	36	38	36	0	0,0
Personalaufwand ¹	28	29	33	32	34	2	4,6
Übriger Personalaufwand	–	–	0	0	0	0	0,0
Judikative	116	119	132	141	137	5	4,1
Bezüge Bundesrichter	34	33	37	38	37	1	2,5
Personalaufwand ¹	81	85	95	102	99	4	4,6
Übriger Personalaufwand	1	1	1	2	1	0	12,5
Exekutive	4 031	4 138	4 425	4 355	4 462	37	0,8
Bezüge BR und BK	4	4	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	1	1	0	0,0
Personalaufwand ¹	3 926	4 019	4 287	4 214	4 346	59	1,4
Personalaufwand Lokalpersonal EDA ¹	47	50	69	63	57	-13	-18,1
Übriger Personalaufwand	53	65	64	73	55	-10	-15,2
Global- und Spezialkredite	151	67	42	182	71	29	68,2
Globalkredite ²	–	–	–	56	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge global ³	–	–	–	73	–	–	–
Arbeitgeberleistungen ⁴	151	67	41	53	71	30	72,3
Umstrukturierungen	31	7	30	71	-42	-72	n.a.
Sozialplan	31	–	3	26	-76	-79	n.a.
Vorruhestand	–	7	28	45	34	6	23,2
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	103	105	114	108	126	12	10,3
Aufwand für befristet angestelltes Personal ¹	103	105	114	108	126	12	10,3
Personalausgaben	4 462	4 555	4 828	4 927	4 894	66	1,4

n.a.: nicht ausgewiesen

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge.

2 Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.

3 Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Dienststellen dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2010 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.

4 VLVA-Überbrückungsrenten nach Art. 88i BPV (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken).

F03 Höchstbezüge 2010 nach Lohnklassen

Lohnklassen	100% (Höchstbeträge) Jahresgehalt in Fr.	Bruttobezüge im Monat (1/13) in Fr.	Lohnerhöhungen ab 1.1.2010 in Fr.
1	2	3	4
1	59 446	4 573	Lohnentwicklung nach Art. 39 BPV:
2	60 410	4 647	
3	61 385	4 722	Beurteilungsstufen 4 = 4,0% - 5,0% 3 = 2,5% - 3,5% 2 = 1,0% - 2,0% 1 = -2,0% - 0,0%
4	62 360	4 797	
5	64 168	4 936	
6	67 154	5 166	Berechnungsbasis = Spalte 2
7	70 130	5 395	
8	73 075	5 621	
9	76 093	5 853	
10	79 097	6 084	
11	82 069	6 313	
12	85 113	6 547	
13	88 209	6 785	
14	91 393	7 030	
15	95 184	7 322	
16	99 029	7 618	
17	103 155	7 935	
18	108 066	8 313	
19	112 954	8 689	
20	117 850	9 065	
21	122 741	9 442	
22	127 648	9 819	
23	133 881	10 299	
24	142 056	10 927	
25	149 489	11 499	
26	156 947	12 073	
27	164 395	12 646	
28	171 872	13 221	
29	180 415	13 878	
30	193 584	14 891	
31	202 404	15 570	
32	211 236	16 249	
33	228 976	17 614	
34	246 927	18 994	
35	265 045	20 388	
36	283 362	21 797	
37	301 859	23 220	
38	362 529	27 887	

Ortszuschlag und Betreuungszulage sind in den Bezügen nicht inbegriffen.
Beträge sind kaufmännisch gerundet.